



14. Heft | 20. Juli 1916

AUGUST MÜLLER · DIE STELLUNG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ZUM KRIEG UND ZU DEN KRIEGSMASSNAHMEN

IN dem Menschenalter, das seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes verstrichen ist, hat sich in der innern Parteigeschichte viel ereignet, sicherlich viel mehr als in der einer andern politischen Partei. Mag man auch zu den Ergebnissen aller Parteidiskussionen, zu den Antworten auf die erörterten Parteifragen und zu den Einwirkungen dieser Debatten auf die politische Haltung der Partei noch so kritisch stehen, das eine muß vorbehaltlos zugegeben werden: langweilig ist es im innern Parteileben nie zugegangen. Vielleicht hätte mancher Streit in anderen Formen ausgetragen und manche die Partei bis in die Tiefen aufwühlende Diskussion vermieden werden können, im Grunde genommen aber muß der das Vergangene prüfende Betrachter dieser Dinge doch feststellen, daß alle diese, sich mit der Regelmäßigkeit von Ebbe und Flut folgenden *Parteifragen* ihre Bedeutung gehabt haben, und daß man eigentlich keine vermissen möchte. Denn sie sind stets mehr gewesen als ein aufschlußreicher Beitrag zur Parteipsychologie und auch mehr als eine den Lebenswillen und den Betätigungsdrang der Partei kennzeichnende Temperamentsaufwallung (die immer ihr Gutes hat): mehr oder minder lag ihnen allen doch das Bestreben zugrunde mit den mannigfaltigen Problemen ins reine zu kommen, die bei dem Versuch die richtige Stellung der Arbeiterschaft zur Staatsgewalt und zu den übrigen wirtschaftlichen Machtgruppen zu finden, notwendig entstehen mußten. Und dieser Drang zur Klarheit, der den inneren Parteikämpfen die Triebkraft verleiht, versöhnt schließlich mit dem manchmal nicht ganz einwandfreien Methoden, die einzelne der handelnden Akteure anwenden; man findet darin sogar Milderungsgründe für das hohe Maß von taktischen Ungeschicklichkeiten, die meistens mit diesen Erörterungen einhergehen oder doch als ihre Konsequenzen in der praktischen Haltung der Sozialdemokratie zu politischen Fragen hervortreten. Wobei freilich betont werden muß, daß man natürlich einen um so strengern Maßstab der Beurteilung anzulegen hat, je größer die Gefahr ist, daß über dem Diskussionsdrang und der Neigung zu höherer Bewertung imaginärer *Grundsätze* als des unmittelbaren politischen Interesses der Arbeiter dieses zu kurz kommt, eine Gefahr, die, wie niemals zuvor in gleichem Maß, im gegenwärtigen Moment besteht.

Die durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen auf dem Gebiet der innern und äußern Politik für die Sozialdemokratie bewirkte Situation läßt sich, mit dem bei solchen Vergleichen immer notwendigen Vorbehalt, nur zu der Parteilage in eine Parallele bringen, die aus dem Wahlsieg im Jahr 1903 entstand. Auf das ungeheure Vertrauensvotum, das damals die Sozialdemokratie erhielt, antwortete sie mit dem Parteitag in Dresden. Sehr vielen Sozialdemokraten erscheinen die Dresdener Beschlüsse heute noch als eine Heldentat und der politischen Weisheit letzter Schluß. Tatsächlich waren sie mutlos und kurzsichtig. Mutlos, weil die Furcht vor der Verantwortung, die mit einer auf unmittelbare praktische Ziele gerichteten Politik untrennbar verbunden ist, die Dresdener Entschließungen wesentlich beeinflusste. Kurzsichtig, weil auch viele ernstzunehmende Parteiangehörige auf die abschüssige Bahn der Konkurrenz mit den bloßen Agitatoren traten, als sie jenen Beschlüssen ihre Zustimmung erteilten und damit auch die Methoden anerkannten, durch die sie vorbereitet und durchgesetzt worden waren. Denn das ist für jede Massenbewegung das elementarste Gesetz: Sie kann sich als Mittel zu dem Zweck die sozialen Verhältnisse zugunsten ihrer Anhänger zu beeinflussen nur behaupten, wenn sie es versteht den Sachverständigen einen größeren Einfluß auf die Parteigeschicke einzuräumen als den Agitatoren. Eine Partei, die sich zum Selbstzweck geworden ist, kann lange leben oder, besser gesagt, vegetieren, wenn in ihr die politischen Demagogen das Zepter führen. Aber ihr sozialer Wert ist dann dahin, weil er nicht in ihrem Vorhandensein, nicht in ihrer Organisation, ihren Kassen und Parteibureaukraten sondern in dem besteht, was sie für ihre Mitglieder sozial leistet. Der Parteikörper beginnt abzusterben, der sich selbstzufrieden mit seinen Mitgliederzahlen und Kassenleistungen brüstet und die auf die Anteilnahme am sozialen Entwicklungsprozeß gerichtete Tätigkeit und die Erzielung unmittelbarer, praktischer Vorteile für seine Mitglieder geringer bewertet als jene formalen Vorbedingungen des politischen Lebens (die darum natürlich nicht ganz gering einzuschätzen sind, weil sie nicht selbst der Zweck der Partei sondern nur ein Mittel zu deren viel weiter gesteckten Zwecken sind). Das alles sind ja eigentlich Gemeinplätze. Wer es aber hundert- und tausendfältig gehört hat, wie erstaunt die Arbeiter auf die Feststellung der Tatsache, daß zwischen den unmittelbaren politischen Ergebnissen der sozialdemokratischen Politik und den sozialen und politischen Betätigungsmöglichkeiten für die Arbeiter ein großer Widerspruch klafft, erwidern, die Partei hätte doch so und so viele Mitglieder und so und so viel Geld, das deute doch nicht auf zurückgehenden Einfluß hin, der weiß, wie weit die Begriffsverwechslung bereits gediehen ist. In ihr ist geradezu ein Erklärungsgrund dafür zu finden, daß vielfach die Arbeiter den Sperling der wirtschaftlichen Einzelforderung in der Hand geringschätzig beurteilen und dafür der Taube der *grundsätzlichen Ziele* auf dem Dach nachjagen. Das Verständnis für die hier erörterten Zusammenhänge wird natürlich erschwert durch den Umstand, daß die Gleichsetzung eines Parteikörpers mit seinem Zweck so rein, wie man sie gedanklich konstruieren kann, in der Praxis nie vorkommt. Ein gewisses Maß von Arbeit leistet jede Partei für ihre Mitglieder; daß sie erstarrt und an Wirkungsmöglichkeit zurückgeht, erkennt der einfache Mann schließlich nur an ihrem Ende. Aber Parteien sterben langsam, ihre Agonie kann länger dauern als die Periode ihres gesunden, mit dem Höchstmaß nützlicher Arbeit ausgefüllten Daseins.

Der Ersatz der sozialdemokratischen Parteiarbeit als Mittel zum Zweck durch die Partei als Selbstzweck ist noch nicht das Schlimmste. Der Fehler läßt sich korrigieren, er verschwindet, wenn es der Sozialdemokratie gelingt sich von dem ändern, viel schlimmern Übel zu befreien, das seit den Dresdener Tagen an ihrem Mark zehrt: von der Scheu vor dem Positiven, wie ich es einmal nennen will. Nur darauf allein gründet sich die Herrschaft der Intransigenz und der Phrase, der Minderheit über die Mehrheit, die mit Dresden begann, am 4. August 1914 völlig überwunden schien und jetzt wiederum am Werk ist die verlorene Position zurückzugewinnen.

Ob es in der deutschen Arbeiterschaft mehr gibt als eine ganz kleine, einflußlose Minderheit, die den Spartacusleuten oder auch nur den Parteispaltungsstrategen, die in Berlin und an einigen anderen Orten das große Wort führen, wesensverwandt ist und die allmählich immer deutlicher zutage tretenden syndikalistisch-anarchistischen Grundsätze jener Gruppe mit Bewußtsein zu den ihrigen macht, das kann hier auf sich beruhen bleiben. Ich habe gewiß Wirrköpfe, logischen Denkens unfähige und von unklaren Gefühlen (die an sich nichts Minderwertiges darstellen) beseelte Anhänger dieser Gruppe unter den Arbeitern genug kennen gelernt. Aber was insbesondere die Konkurrenten der Arbeitsgemeinschaft um die Volksgunst, die öffentliches Wirken verabscheuen und nicht durch parlamentarische Mandate zur Mäßigung ihres schrankenlosen Radikalismus genötigt werden, aus ihnen machen wollen, das stellen auch diejenigen Arbeiter nicht dar, die bewußt zur anationalen Haltung von ehemals zurückgekehrt sind. Auf diese Tatsachen gründet sich auch meine Anschauung, daß die Reformisten es nicht sind, die sich vor einer Parteispaltung zu fürchten brauchten. Die Radikalen finden keine Gefolgschaft, die auch nur entfernt im Verhältnis zu dem Lärm steht, mit dem sie die Öffentlichkeit erfüllen, und der kleine Bruchteil, der sich abspalten würde, ist so von Spaltpilzen durchsetzt, daß er schon deshalb nicht aktionsfähig sein kann. Solange die Syndikalisten in der Partei bleiben, nötigt ihnen ihre zahlenmäßige Unterlegenheit eine gewisse Geschlossenheit auf. Man lasse sie aber einmal als selbständigen Parteikörper wirken, und man wird bald sehen, daß die verschiedenartigen Tendenzen in dieser Bewegung stärker sind als der Trieb zur Einheit. Die anscheinende Stärke des Radikalismus in Berlin und an anderen Orten täuscht. Auch hier ist es ja nur eine Minderheit, die das Heft in Händen hat und ihre Taktik dadurch zum Erfolg führte, daß sie es verstand die Mehrheit der Arbeiter, die, wie überall, auch in diesen Zentren des Radikalismus verständig und den Möglichkeiten und Notwendigkeiten des politischen Lebens Rechnung zu tragen bestrebt ist, vom Einfluß auf die Parteigeschäfte fernzuhalten. Außerdem ist es ein anderes innerhalb der Parteiorganisation Opposition zu machen, ein anderes, von dem großen Parteikörper mit seinen Traditionen und vielseitigen Beziehungen getrennt, selbständig zu werben und zu wirken.

Was der Parteiopposition den Anschein einer viel größern Bedeutung verleiht als ihr tatsächlich zukommt, das ist neben ihrer größern Rührigkeit und der Hemmungslosigkeit, mit der sie die durch die Kriegserfordernisse bedingten Verhältnisse ausnutzt (die ihre Agitationsmethoden besonders begünstigen, aber nicht, wie die Wortführer der Radikalen in ihrer Presse gern betonen, erschweren) die Abneigung der Mehrheit auszusprechen, was

ist. Ich kann es verstehen, daß die für die Geschäftsführung der Partei verantwortlichen Instanzen so lange wie möglich an dem Gedanken festhielten, das gemeinsame Parteiinteresse werde sich, wie so oft schon, auch hier wieder stärker erweisen als die auseinanderstrebenden Tendenzen. Aber einmal zeigt doch die planmäßige Art und Weise, wie die Opposition ihre Sonderorganisation ausbaut, daß die jetzige Situation kein Gegenstück hat zu irgendeinem Vorgang in der frühern Parteigeschichte. Dann aber darf man doch wohl auch erwarten, daß sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine genügend große Zahl von Männern in Führerstellungen befindet, die sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sind, die der Krieg und die Notwendigkeit seiner erfolgreichen Durchführung und im Anschluß daran die Fülle der politischen und wirtschaftlichen Probleme von vorläufig noch ganz unabsehbarer Bedeutung, mit denen fertig zu werden der Krieg uns als Aufgabe hinterlassen muß, der deutschen Arbeiterschaft auferlegt. Ich stehe nicht an zu sagen, daß gerade der Lösung dieser Aufgaben eine endgültige Abspaltung des syndikalistischen Radikalismus von der Sozialdemokratie nur förderlich sein könnte. Er bildet seit den Dresdener Tagen das Bleigewicht, das jede entschlossene Wendung zur praktischen, positiv schaffenden sozialen Arbeit verhinderte. Seine ganz aufs Agitatorische eingestellte Methode hat die Partei mit *Roten Wochen* und ähnlichen schönen Dingen beglückt. Aber wo sich eine Situation bot, in der ein verständiges Gesetz mit Hilfe der Sozialdemokratie gemacht werden konnte, da verhinderte oder erschwerte er das mit seinen *grundsätzlichen Erwägungen*, die meistens nichts waren als leere Schemen, Abstraktionen, die ein Hohn auf die Vernunft sowie die Anforderungen der sozialen Bedürfnisse und das politische Interesse der Arbeiter darstellen. Wenn die Sozialdemokratie, von diesen Einflüssen befreit, an die gewaltige Arbeit herantreten könnte, die ihrer nach Beendigung des Krieges harret, so würde das gerade auch für die Aufrechterhaltung und Durchführung der Grundsätze wohltuend sein, die zu beachten ein Existenzgebot für die deutsche Arbeiterklasse ist, Grundsätze allerdings, von denen sich nicht sehr viele im Tempelschatz der Gralshüter des Radikalismus befinden. Das alles ist doch so einleuchtend, daß man sich nur darüber wundern muß, weshalb die Taktik der Mehrheit so gar nichts davon erkennen läßt, daß sie solchen Erwägungen ihre Maßnahmen unterzuordnen gedenkt. Und vielleicht ist gerade hier, nicht im Verhalten der Arbeitsgemeinschaft und ihres Anhangs, das Bedenkliche zu sehen, das der jetzigen Lage anhaftet.

Es gilt vor allem eines in Zeitläuften wie den jetzigen: den Mut zur Tat aufzubringen. Man höre doch endlich einmal auf mit dem Versuch die Abstimmung vom 4. August 1914 und das, was ihr folgte, als eine einfache Konsequenz der Parteitaktik in dem Jahrzehnt von 1904 bis 1914 hinzustellen. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten war eine Folge des auch im Arbeiter lebendigen Gemeinschaftsgefühls mit den anderen Volksgenossen, seiner Vaterlandsliebe und seiner Treue zur deutschen Nation, ihrer Arbeit und ihrer Zukunft. Von diesen Dingen konnte man so lange wegwerfend reden, so lange sie nicht in Gefahr standen verloren zu gehen. Als aber die Erhebung des deutschen Volkes zur Notwendigkeit wurde, weil man ihm die Grundlagen seiner nationalen Existenz entziehen wollte, da war auch jeder sozialdemokratische Bürger ein Cincinnatus, der Pflichten gegen

sein Land bewußt und bereit die Opfer zu bringen, die jedem Staatsbürger in solchen Situationen obliegen. Das hat nun freilich die Mehrheit der Partei im Grunde vorausgesehen; die radikalistischen Glaubensbekenntnisse, die in den Jahren vorher von den Parteischolastikern als Meinungsäußerung der deutschen Arbeiterklasse der Welt präsentiert wurden, hatten diesen Fall aber doch etwas anders beurteilt. Geben wir es doch einmal offen zu: Das seit den Dresdener Tagen auf der Partei lastende drückende Gefühl, daß sie in einer entscheidenden Stunde einen falschen Weg eingeschlagen habe, wich am 4. August 1914 der frohen Hoffnung, daß der damals begangene Fehler nunmehr wieder gutgemacht und der Anschluß an die bewußt in den Vordergrund als entscheidend gestellte soziale Reformarbeit erreicht werden könne, deren Verdrängung durch einen leeren Wortradikalismus seit Dresden von weiten Parteikreisen als das schwerste Übel empfunden wurde. Auch die Frage der Stellungnahme zu den Militär-, Marine- und Kolonialproblemen, die von immer weiteren Parteikreisen als einer Änderung bedürftig erkannt wurde, schien durch die Vorgänge an jenem 4. August einer Klärung näherzurücken. Kurz, es gab neben der allgemeinen Stimmung, die jene Zeit erfüllte, auch mancherlei Parteifragen, die zwar nicht klar ausgesprochen wurden, aber zum mindesten ihr Teil zu der freudigen Zustimmung beigetragen haben, der die Haltung der Fraktion überall begegnete.

Und diese Erkenntnis hat sich in allen den Monaten vertieft, die seit der Abstimmung vom 4. August verstrichen sind, sie bildet auch den Anlaß zu dem Sturmlauf der Opposition gegen die jetzige Mehrheit. Dabei zeigt sich aber leider, daß der Bekennermut der Mehrheit geringer ist als man anzunehmen geneigt sein konnte. Sie sucht dem Radikalismus dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß sie diese klaren Zusammenhänge bestreitet und die Fiktion vertritt, am Ende des Weltkriegs werde die deutsche Sozialdemokratie wieder da fortfahren, wo sie an seinem Beginn stand. Nach dieser Auffassung ist die Zeit des Weltkriegs ein Zwischenstadium, in dem die Sozialdemokratie, durch die Umstände gezwungen, eine von der üblichen Art und Weise abweichende Politik treibt, durch das höchstensfalls ein paar taktische Methoden geändert, aber keine Wandlung grundsätzlicher Art herbeigeführt werde. In dieser Argumentation ist ein Ausfluß jener üblen Methode zu erblicken, die sich scheut die Wahrheit auszusprechen. Und zu einem guten Teil doch nur lediglich deshalb, weil man das für *taktisch geschickt* hält. Aber man erreicht damit gerade das Gegenteil des Gewollten. Die Parteioption wird nicht müde die grundsätzliche Abkehr von früheren Parteimeinungen zu betonen. Will man sie daran verhindern daraus ein Zerrbild zukünftiger Parteitaktik zu machen, so ist das erste Erfordernis, daß man zugibt, was zugegeben werden muß, zugleich aber auch den Parteianhängern vorführt, warum es nach dem Krieg anders werden muß als vorher.¹⁾ Das jetzige Verhalten der Mehrheit führt ganz natürlich zur Unsicherheit und zum Schwanken in den Reihen der die Mehrheit Unterstützenden. Denn sie haben das sichere Gefühl dafür, daß die Sozialdemokratie, die den Weltkrieg überdauert, anders aussehen muß als die, die an seinem Beginn stand. Aber sie hat keinen Halt, an dem sie sich orientieren kann, kein Leitseil, das sie durch das Labyrinth der auftauchenden Zweifels-

¹⁾ Der Forderung Heinemanns in seinem Artikel Energie gegen Energie, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 681 ff., ist von jedem zuzustimmen, der die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse sichern helfen will.

fragen führt, und so fällt sie den Nichts-als-Agitatoren zur Beute, die gerade dieses Thema ausgiebig erörtern, aber nicht zu dem Zweck, um Klarheit zu schaffen, sondern um eine Karikatur der zukünftigen Partei zu entwerfen und damit die Anhänger der Mehrheit zu schrecken.

Auf die Gironde folgt der Berg, auf diesen der Terror. Das ist das Schicksal aller Bewegungen, die an Stelle sachlicher Leistungen agitatorische Methoden in den Vordergrund stellen. Gegen den Wortradikalismus kommt niemand mit Verantwortlichkeitsgefühl auf. Denn dessen Kraft liegt in seiner bedenkenlosen Beredsamkeit, die vor keiner Lobhudelei der Parteimitglieder, vor keinem Versprechen zurückschreckt. Die Tatsachen zeigen, wie schnell die Führer von heute abgewirtschaftet haben, wenn sie solchen Methoden Konzessionen machen. Also gilt es nicht dem Wortradikalismus durch Entgegenkommen das Gewerbe zu erschweren (das ist vergebliche Arbeit) sondern für eine klare Grundlage der Diskussion zu sorgen, indem man auch zu scheinen wagt, was man wirklich ist.



IN Gebiet, auf dem die schlimmen Folgen der soeben geschilderten Methoden ganz besonders stark hervortreten, ist das der Besprechung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes im Krieg. Die auf vielen anderen Gebieten eingeschränkte Kritik kann sich hier ja ziemlich schrankenlos gebärden, und die Presse macht davon auch ausgiebigen Gebrauch. Ich bin der letzte, der das nicht billigte, obgleich mir scheinen will, in manchen Fragen wäre eine größere Zurückhaltung vielleicht der Situation mehr entsprechend gewesen; aber ändern läßt sich das ja nicht, und zweifellos hat die Freilassung der Kritik an den Lebensmittelverhältnissen mehr Vorteile als Schaden gebracht. Indes, diese Dinge stehen im Zusammenhang mit den in diesem Artikel erörterten inneren Parteifragen, und das ist der Grund, weshalb ich hier ein paar Worte zu dieser Angelegenheit sagen möchte.

Der englische Aushungerungsplan trifft uns gewiß nicht gelinde. Wir haben mancherlei Schwierigkeit zu überwinden, die Lebensmittel werden knapp, und zu dieser Knappheit sind bei manchen unzureichende Verteilungsmethoden und recht unerfreuliche Preisentwicklungen getreten, denen gegenüber Worte der Kritik wohl am Platz sind. Der berechtigige Unmut, der hierdurch entstanden ist, dient nun dem Parteiradikalismus als das Hauptmittel, um Stimmung für seine Anschauungen und gegen die Fraktionspolitik zu machen. Leider hat sich dabei auch die Presse der Fraktionsmehrheit verleiten lassen mit den radikalen Wortführern den Wettbewerb in der Kritik aufzunehmen, und das hat natürlich die Folgen, die vorher für solche Methoden vorausgesagt wurden: Der Wettlauf mit dem Radikalismus auf diesem Gebiet beeinträchtigt diesem durchaus nicht die Wirkung seiner Agitation, wohl aber versperrt sich die Presse der Mehrheit immer mehr und mehr die Möglichkeit durch eine sachgemäße Aufklärung über die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes im Krieg Beruhigung unter der Arbeiterschaft zu verbreiten und zu ihrem Teil zur Behebung der Mängel beizutragen, die zweifellos auf diesem Gebiet bestehen. Mit dem Schimpfen auf die bösen Agrarier, die angeblich alles verteuern, ist es in diesem Fall wirklich nicht getan. Wer da glaubt, daß bestimmte Volkskreise ihren Vorteil aus der Not des Volkes ziehen, mag es

meinethalben tun. Über dieses Thema redet man aber doch besser nach dem Krieg, und wenn die hier herrschenden Vorstellungen ihre Bestätigung finden sollten, wird es Sache der politischen Parteien sein die notwendigen sozialen und wirtschaftlich-politischen Konsequenzen zu ziehen. Während des Krieges könnte man diese Dinge nicht ändern, selbst wenn jenen Vorwürfen wirklich das Maß von Berechtigung innewohnen sollte, wie es vielfach behauptet wird. Stellt man alle Erörterungen aber immer auf dieses eine Thema ein, so wird dadurch nicht nur ein Punkt, der vielleicht zur Kritik Veranlassung geben muß, in unzulässiger Weise verallgemeinert, die Aufmerksamkeit wird auch von dem Hauptgrund aller Schwierigkeiten: der englischen Hungerblockade, abgelenkt und eine Stimmung geschaffen, die dem deutschen Volk das wirtschaftliche Durchhalten zwar erschwert, zur Behebung der vorhandenen Mängel aber gar nichts beitragen kann.

Es ist nicht meine Absicht in diesem Zusammenhang das weite Gebiet der Nahrungsmittelversorgung zu behandeln, das ja in den Sozialistischen Monatsheften während der Kriegszeit bereits in zahlreichen Artikeln, namentlich von Kaliski und von Schulz, bearbeitet worden ist, und alle die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die hier auch dann vorhanden wären, wenn sämtliche Landwirte von absoluter Uneigennützigkeit wären und auch nicht einer von ihnen Kriegsgewinne erzielte. Es zeugt aber meiner Ansicht nach von einer gewaltigen Unkenntnis über den Stand der Dinge und wohl auch von einem Gedankengang, der viel mehr manchesterlich als sozialistisch ist, wenn der Preis der Waren bei allen Betrachtungen über Ernährungsfragen in den Vordergrund gerückt wird. Erstes und hauptsächlichstes Erfordernis kann doch nur die Beschaffung von Nahrungsmitteln sein, und es bedeutet eine totale Verkennung der Zusammenhänge, wenn die Auffassung vertreten wird, die Frage der genügenden Beschaffung von Waren könne gelöst werden, ohne die Erzeuger durch eine entsprechende Preisgestaltung an diesem Problem zu interessieren. Daß dem so ist, konnte man doch eigentlich in zwei Jahren Kriegswirtschaft zur Genüge erfahren; deshalb erscheint es mir viel wichtiger, man prüft die Frage, wie die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung dem Preisstand anzupassen sind, anstatt unter allen Umständen einen geringen Preis zu verlangen, der nach tausendfältigen Erfahrungen nur zu leicht dazu führt, daß die Ware vom Markt verschwindet. Natürlich haben diese Bemerkungen nicht den Zweck irgendwelche Preistreiberien zu entschuldigen. An den Pranger mit Lebensmittelwucherern, wo sie auch zu finden seien! Aber das wirtschaftliche Interesse als Regulator des Wirtschaftslebens läßt sich in der Gesellschaft, so wie sie heute organisiert ist, durch die staatliche Zwangsgewalt nicht ersetzen, und mich dünkt, am allerwenigsten seien zu dieser Forderung eigentlich jene Sozialisten radikaler Färbung berechtigt, die doch jede Reformierungsmöglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft bestreiten und daher dem ganzen System den Krieg erklären. Ist dem so, so kann man aber nicht unter allen Umständen niedrige Preise verlangen, weil auf manchen Gebieten und für manche Waren unter den heutigen Verhältnissen höhere Preise als im Frieden die Voraussetzung dafür sind, daß sie überhaupt in einigermaßen ausreichender Menge hergestellt und geliefert werden können.

Damit mag diese nur andeutungsweise hier zu behandelnde Frage erledigt sein. Der Leser erkennt unschwer die Verwandtschaft dieser meiner Auf-

fassung mit jener Betrachtungsweise, die auf wirtschaftspolitischem Gebiet seit jeher in den Sozialistischen Monatsheften ihre Vertretung fand, und die vor allem darauf abzielte ein größeres Verständnis, wie für den Produzentenstandpunkt überhaupt, so namentlich auch für die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktionskraft und ihre Vorbedingungen zu wecken.²⁾ Der Zusammenhang zwischen dieser Frage und dem Hauptthema ist ja ohne weiteres gegeben, wenn man sich erinnert, daß die Lebensmittelversorgung das Hauptmittel ist, mit dem die Parteioption Stimmung für ihre Anschauungen zu machen bemüht ist. Konkurrerieren kann die Mehrheit auf diesem Gebiet nicht mit der Minderheit, von der ihr vielmehr ein Teil der Schuld an den unbefriedigenden Verhältnissen zugeschoben wird. Also sollte sie ihr auch das Handwerk nicht erleichtern, vielmehr nachhaltiger als bisher die positiv fördernde Seite dieser Frage erörtern, die, ohne die Preisfrage zu übersehen, doch mehr Gewicht auf die Beschaffung von Mitteln zur Erfüllung der gerechtfertigten Forderungen der Nahrungsmittelerzeuger und auf eine gerechte Verteilung der Waren legt.

Dieser Standpunkt ermöglicht uns auch das Verständnis der Aufgaben, die nach dem Krieg vom deutschen Wirtschaftsleben bewältigt werden müssen. Denn wir werden noch manches zuzulernen haben, wenn uns die Fülle der Probleme entgegentritt, die der Weltkrieg den beteiligten Völkern als vorläufig sicherstes Ergebnis hinterläßt. Wir müssen daher nicht nur begreifen sondern auch offen aussprechen, daß das ungeheure Erlebnis dieses Weltkriegs weder die Parteien noch die Staaten und ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen so beläßt wie sie vor dem Krieg waren. Es ist wirklich etwas Neues, was nach dem Krieg als Staat und Gesellschaft den ebenfalls veränderten Parteien gegenübertritt. Aber dieses Neue ist noch nicht fertig und abgeschlossen, und das ist es, was die Bedeutung aller der politischen und wirtschaftlichen Mächtegruppen ausmacht, die das Geschick dazu berufen hat die volks- und weltwirtschaftlichen Aufgaben lösen zu helfen, die sich in unübersehbarer Größe vor uns erheben. Auch der Sozialdemokratie schlägt hier ihre Schicksalsstunde: Entweder beteiligt sie sich positiv schaffend an diesem Werk, oder sie bereitet sich selbst ein unrühmliches Ende.

XX
LUDWIG QUESSEL · SOZIALIMPERIALISMUS



IEFES Erstaunen muß jeden befallen, der da sieht, wie in einer Zeit, in der um das Schicksal der Reiche und Völker gerungen wird, die deutsche Sozialdemokratie in Groß Berlin und anderen Orten sich um kleinliche Organisationsfragen, um Beitragssperre und Instanzenzug herumzankt. Der Kampf der Richtungen, der auch in diesen Niederungen tobt, könnte wahrlich auf der Höhe der geistigen und

²⁾ Es sei namentlich auf die grundlegenden Arbeiten Schippels verwiesen, die hier seit 1900 veröffentlicht werden, und denen dann eine Reihe anderer folgte. Von den Artikeln dieser Grundtendenz, die während der Kriegszeit in den Sozialistischen Monatsheften erschienen sind, seien nur genannt: A r o n s Das Volkswohl (1915, 1. Band, pag. 217 ff.), K a l i s k i Forderungen nationaler Selbsterhaltung (1915, 1. Band, pag. 427 ff.) und Produktionssicherung und Konsumentenfürsorge in der Volksernährung (1915, 3. Band, pag. 1238 ff.), P e u s Die organisierte Verbindung zwischen Produktion und Konsum in der Lebensmittelversorgung (1915, 3. Band, pag. 1355 ff.), S c h u l z Sind die Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft berechtigt? (1915, 3. Band, pag. 1285 ff.) und Die Kriegskartoffelpolitik, die Schweinemassenschlachtung und unsere Partei (1916, 1. Band, pag. 82 ff.).

politischen Anschauungen, um die es doch letzten Endes geht, und die unsere physische und moralische Zukunft bestimmen sollen, in sachlicher Reinheit ausgefochten werden. Daß es der Sozialdemokratie nicht an Anregungen zur Erörterung neuer Probleme gebricht, dafür legt die reiche literarische Tätigkeit einer Reihe von Genossen in der Kriegszeit Zeugnis ab. Besonders beachtenswert ist in dieser Hinsicht ein Buch, das Genosse Paul Lensch dieser Tage hat erscheinen lassen¹⁾; es müßte gerade die Berliner Parteigenossen zum Denken veranlassen, weil hier ein Radikaler zu Radikalen spricht, ein Sozialrevolutionär zu Sozialrevolutionären, der ihnen den Beweis erbringen will, daß die von ihm vor dem Krieg angekündigte Weltrevolution jetzt Wirklichkeit geworden ist. Es muß anerkannt werden, daß der Vorwärts in zwei Leitartikeln am 2. und 4. Juli sich in ablehnender, aber doch recht sachlicher Weise mit dem Lenschschen Buch auseinandergesetzt hat. Ob dies für die Berliner Wahlvereine vorbildlich wirken wird, bleibt abzuwarten. Der Umstand nun, daß Genosse Lensch am 3. August 1914 zur Haase-Liebknecht-Gruppe gehörte und die Politik der Fraktionsmehrheit mit den Worten brandmarkte, die Kreditbewilliger hätten »die Eingeweide der Internationale auf den Tisch gelegt«, dann aber nach der Entscheidung des 4. August gewaltig umlernte und eine Theorie aufstellte, auf Grund deren er fortan mit der Fraktionsmehrheit zusammenarbeitete, nötigt auch den Reformismus sachlich zu seinen Ideen Stellung zu nehmen, weil gerade die Übereinstimmung in der Praxis leicht zu der Schlußfolgerung führen könnte, als ob Lensch, wie der Vorwärts sagt, eine »Theorie des Sozialimperialismus« aufgestellt hätte, die auch für den Reformismus annehmbar wäre.

Lange vor dem Krieg ist vom Radikalismus die Auffassung vertreten worden, daß der Weltkrieg unfehlbar eine Weltrevolution mit sich bringe. Was vom reformistischen Standpunkt aus dagegen vorzubringen ist, das habe ich bereits hier am 27. März 1913 in einem Aufsatz ausgesprochen, in dem es unter anderm heißt:

»Wer den treibenden Kräften der imperialistischen Strömung, die, von Tag zu Tag anschwellend, sich in gewaltigen Flutwellen über die Länder mit kapitalistischer Kultur ergießt, auf die Spur kommen will, wird zunächst nach ihrer Richtung ausschauen müssen, um sicher zu ihren Quellen emporsteigen zu können. Von den Quellgebieten ausgehend wird man ihren Lauf verfolgen und auf schwankendem Boot sich der Strömung streckenweise anvertrauen müssen, um sicher zu erfahren, wohin sie uns führt. Bei dieser Untersuchung werden zahlreiche Fragen unsern Geist in ständiger Spannung halten: Wird die Strömung stärker, je mehr die Flut sich nach allen Seiten hin ausdehnt? Wird sie machtvoll einherrauschend das Antlitz der Erde verändern oder friedlich ihre Wassermassen zu einem freundlich lächelnden See vereinen oder kraftlos in tausend Rinnsalen versickern? Vor allem aber eins: Wohin treibt sie uns? Das ist die Frage von prinzipieller Bedeutung, die zunächst Beantwortung heischt. Dem Weltkrieg entgegen, so verkündet uns selbstsicher der *sozialrevolutionäre* Sozialismus. Dem Weltkrieg zu, so schreit uns unser Leipziger Parteiorgan in die Ohren. Und prophetisch fügt es hinzu, daß die auf den Weltkrieg hinsteuernde imperialistische Epoche die letzte Phase des Kapitalismus sein muß, da der Weltkrieg mit innerer Notwendigkeit die »Weltrevolution« gebären werde. Aus dem blutigen Chaos des Weltkriegs, so tönt es von Leipzig her, muß die proletarische Weltrevolution wie eine feurige Rachedgöttin emporwachsen. Vor ihrem gewaltigen Hauch werden die imperialistischen Gespenster, die die Menschheit so lange ängstigten und quälten, ins Wesenlose zerrinnen. Und so muß der tiefste Fall der Menschheit zu ihrer höchsten Erhebung führen. So ungefähr malt sich im Geist unserer Leipziger Parteiliteraten die Zukunft. Solchen Weltrevolutionsphantasieen mag man einen

¹⁾ Siehe Lensch Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück (Leipzig 1916).

poetischen Wert zuerkennen. Der historisch und ökonomisch orientierte Politiker wird leider nicht umhin können sie als Symptome eines Rückfalls in das Säuglingsalter der sozialistischen Bewegung zu diagnostizieren. Indem ich nun das Leipziger Weltrevolutionsepos der poetischen Parteiliteratur zuweise, möchte ich aber nicht den Eindruck erwecken, als ob ich auch die Gefahr eines Weltkriegs als nicht erheblich ansehe. Gewiß ist in dem Wort Weltkrieg äußerlich vielleicht eine gewisse Übertreibung enthalten. Die Gefahr, die drohend am Zukunftshorizont aufsteigt, ist nicht die einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den großen Rassen und Völkern unseres Erdballs sondern ein Krieg zwischen den europäischen Großmächten, die in zwei gewaltigen Staatenkoalitionen einander gegenüberstehen. Da nun aber in der Tripelentente das britische und das russische Weltreich vereinigt sind, so ist es nicht unrichtig einem Krieg der europäischen Großmächte gegen einander eine schlechthin weltpolitische Bedeutung zuzuschreiben und in diesem Sinn von einem Weltkrieg zu reden. Kindlich ist es aber zu glauben, daß die furchtbaren Folgen eines solchen Krieges durch eine Revolution überwunden werden könnten... Im Verhältnis zu derartigen weltpolitischen Katastrophen schrumpft die Bedeutung eines innerpolitischen Vorgangs wie ihn eine Revolution darstellt, und wenn sie auch die Verfassung von Grund auf und noch so radikal umgestalten sollte, zu einem Ereignis zweiten Ranges zusammen. Die kindliche Denkweise unserer *Radikalen*, die die Erscheinungen der auswärtigen Politik immer nur als Agitationsmittel für die innere wertet, ist hier ins Groteske gesteigert. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Sozialdemokratie die Bedeutung eines europäischen Krieges weniger groß ansehen würde, weil aus ihm für die besiegten Staaten die Republik geboren werden könnte. Die Wirkungen des Krieges blieben bestehen, gleichviel, ob ihm eine Revolution folgt oder nicht.«²⁾

Nach dieser energischen Ablehnung der radikalen Weltrevolutionsphantasien unter Hervorhebung der selbstverständlichen Auffassung, daß ein Krieg zwischen der Entente und den Mittelmächten eine weltpolitische Bedeutung erlangen und zu einer Katastrophe von ungeheurer Wucht führen müßte, betonte ich im weitem Verfolg des Artikels, »daß die Hoffnung vieler Sozialdemokraten eine deutsch-englische Verständigung auf pazifistischer Grundlage zustande zu bringen wie eine Seifenblase zerplatzt« sei; ein Ausgleich auf imperialistischer Grundlage wäre an und für sich wohl denkbar, doch sei das, was darüber angekündigt würde, »vorläufig nicht dazu angehtan die dunklen Wolken am europäischen Horizont zu zerstreuen«, und jedenfalls sei »eine von allen Erwägungen der realen Auslandspolitik losgelöste Flottenverständigung unmöglich«. Erwägt man ferner, daß in den letzten Friedensjahren, wie in fast allen politischen Fragen, so auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik eine immer schärfere Scheidung der Geister in der Sozialdemokratie sich bemerkbar machte, die sich namentlich darin manifestierte, daß der Reformismus es entschieden ablehnte bei Erörterung auswärtiger Fragen sich von agitatorischen Gesichtspunkten leiten zu lassen, so ist es ganz unverständlich, wie Lensch in seinem Buch sagen kann, daß zu den Kreisen in der Partei, »die mit der akuten Gefahr eines Krieges niemals ernsthaft gerechnet hätten, . . . in erster Linie die von vorwiegend humanitären Gesichtspunkten geleiteten Revisionisten gehörten«. Demgegenüber muß dann doch festgestellt werden, daß gerade der Revisionismus, wie er in den Sozialistischen Monatsheften seit anderthalb Jahrzehnten vertreten wurde, am allerweitesten von jener durch Lensch gekennzeichneten Orientierung entfernt war, daß er vielmehr mit bewußter Entschiedenheit die Entwicklung der Weltpolitik in ihren einzelnen Phasen aufwies, und daß er gerade in Hinblick auf den mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Krieg eine energische Revision der sozialdemokratischen Haltung zu Heeres-

²⁾ Siehe meinen Artikel Verständigung und Imperialismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 1. Band, pag. 333 ff.

und Flottenfragen befürwortete und das Utopische der allgemeinen, realpolitisch nicht fundierten, daher rein negativen Abrüstungsbestrebungen dattat. Aus der Fülle der Arbeiten, die in all den Jahren nach dieser Richtung wirkten, sei nur an den Artikel des Genossen Leuthner erinnert, der vor 7 Jahren hier vor dem englischen Vorschlag auf Beschränkung der Seerüstungen warnte, indem er dessen wahren Charakter klarlegte, und der gerade darum einen Sturm der Entrüstung im sozialdemokratischen Blätterwald hervorrief. Mit Recht konnte daher Genosse Bloch bei Kriegsausbruch die Feststellung machen:

«Jetzt glaubt es [England] die Stunde gekommen, auf die es durch seine Ententepolitik so lange und so zäh hingearbeitet hatte. Und indem es die Seegeltung Deutschlands zerstören will, hofft es, daß durch den Weltkrieg auch die Landmacht Deutschlands und Österreich-Ungarns, aber auch die der ihm verbündeten Staaten Frankreich und Rußland eine solche Erschütterung erfahren wird, daß die unbedingte Superiorität Großbritanniens in der Alten Welt sichergestellt ist. Jetzt werden vielleicht auch diejenigen unserer engeren Freunde, die vor Jahren den Sozialistischen Monatsheften sehr böse wurden, weil diese schon damals die eigentliche Tendenz der englischen Politik gekennzeichnet und eine deutsche Politik verlangt hatten, die deren Durchführung erschweren oder unmöglich machen sollte, einsehen, daß sie sich in der Beurteilung der englischen Absichten lediglich Illusionen hingegeben hatten.»³⁾

Wenn also auch nicht bestritten werden soll, daß einige unserer Freunde, einige parlamentarische Revisionisten sich in der Tat von allgemeinen, vermeintlich »humanitären«, jedenfalls unpolitischen und unökonomischen Erwägungen leiten ließen, so ist doch die Gedankenwelt des Reformismus nicht aus der Stellungnahme dieser Genossen zu ersehen sondern aus der systematischen Arbeit der Sozialistischen Monatshefte, die eine Theorie und Politik des sozialistischen Reformismus zu formen bestrebt sind. Wer diesen Quellen nachgeht, wird finden, daß der Reformismus, weit entfernt von dem von Lensch behaupteten politischen Irrwahn der Unkenntnis, die Probleme der auswärtigen Politik in so unbeirrter Sachkunde behandelt hat, daß Professor Edmond Laskine in einer sensationell aufgeputzten Artikelreihe des *Matin* auf Grund zahlreicher Zitate aus den Sozialistischen Monatsheften deren völlige Eingeweiheit und Vertrautheit mit der Politik der Wilhelmstraße und des Ballplatzes nachweisen zu können glaubte⁴⁾: eine Annahme, die ja nun freilich nur der interessierten Phantasie des Verfassers entsprungen war und ihm dazu dienen sollte die deutsche Sozialdemokratie der Schuld am Weltkrieg zu bezichtigen.⁵⁾ Womit der Reformismus wirklich niemals ernsthaft gerechnet hat, das war nicht die Gefahr eines europäischen Krieges, die von ihm im Gegenteil immer sehr ernst genommen wurde, sondern die Gefahr einer proletarischen Weltrevolution, die nach der radikalen Weissagung schon in den Mobilmachungswochen aus dem Chaos des Weltkriegs emporwachsen sollte. Und auch darin hat er wohl, denke ich, das Richtige getroffen.

Die Vorstellung, die Genosse Lensch von der Auffassung des Reformismus hat, ist also in jedem Betracht verkehrt. Gerade das Gegenteil ist richtig. Und es wäre dringend zu wünschen, daß der Teil der Sozialdemokratie, der

³⁾ Siehe Bloch *Der Krieg und die Sozialdemokratie*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1026.

⁴⁾ Diese Artikelserie hat Laskine später auch als Buch erscheinen lassen, unter dem Titel *Les socialistes du Kaiser / Paris 1915*.

⁵⁾ Siehe Notizen: *Frankreich und England*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 268.

in Zukunft ernsthafte Arbeiterpolitik, nicht mehr Agitationspolitik, treiben will, sich nun diejenigen Anschauungen zu eigen machen wird, die hier zu den die ganze Nation angehenden Fragen vertreten worden sind: zur Heeres- und Flottenfrage, zur Kolonialpolitik, zur Wirtschaftspolitik, zu jenem ganzen Komplex von Problemen, den man mit dem Schlagwort Imperialismus zu bezeichnen sich gewöhnt hat.

Brauchte also der weltpolitisch orientierte Reformismus im Krieg seine Haltung nicht zu ändern, konnte er vielmehr seine Politik konsequent fortsetzen, so denkt er andererseits auch nicht daran sich, in allzu heftiger Opposition gegen die »humanitäre« Denkweise, zu einer antihumanitären Orientierung drängen zu lassen. So wird er dem Genossen Lensch unter keinen Umständen zustimmen können, wenn dieser in dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker und etwa auch in der Interessengemeinschaft der europäischen Kontinentalstaaten gegen die beiden angelsächsischen Weltreiche England und Amerika »Utopisterei« und »weltfremde Friedensphantastik« sieht. Lensch läßt sich hierüber wie folgt aus:

»Als ich in der Leipziger Volkszeitung, deren Chef ich damals war, gegen diese Utopisterei protestierte, stellte sich heraus, wie sehr bereits diese weltfremde Friedensphantastik, die jeder sozialistischen Auffassung direkt ins Gesicht schlug, in der Partei Wurzel gefaßt hatte. Da tauchte der Plan der gegen Amerika vereinigten Staaten Europas auf als angeblich beste Garantie des Weltfriedens, die Flause vom *Selbstbestimmungsrecht der Völker* wurde wieder aus dem Grabe längst entschwundener kleinbürgerlicher Friedensdogmatik geschaufelt und sollte nun plötzlich als Palladium sozialistischer Weltanschauung gelten. Kurzum, vor der rauhen Wirklichkeit trat man den Rückzug in ein trautes Utopien an, wo des Krieges Stürme schwiegen.«⁶⁾

Daß der ernsthafte Revisionismus sich niemals aus der rauhen Wirklichkeit in ein pazifistisches Utopien zurückgezogen hat, ist schon festgestellt worden. Dagegen bekenne ich offen, daß ein Frieden, der die territorialen Rivalitäten der europäischen Kontinentalstaaten, die das eigentliche Fundament der englisch-amerikanischen Weltherrschaft sind, noch verschärfen würde, mir als das Gegenteil einer auf die Freiheit der Meere hinielenden konstruktiven Politik erscheinen müßte. Aus diesem Grunde erscheint uns Reformisten auch das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Völker nicht als eine aus dem Grabe kleinbürgerlicher Friedensdogmatik geschaufelte »Flause: sondern als eine sehr ernste und schwerwiegende Forderung. So wenig wir die österreichischen Staatsmänner, die sich vor dem Krieg mit der nationalistischen Idee trugen, um das nationalkulturelle Selbstbestimmungsrecht der Südslawen im Rahmen der Donaumonarchie nach magyarischem Vorbild zu verwirklichen,⁷⁾ als Flausenmacher ansehen können, so wenig vermögen wir jetzt im Krieg den Anspruch etwa mancher osteuropäischen Nationen auf nationale Autonomie einfach als unbeachtlich abzutun. Ob und in welchen Fällen nationale Autonomie zu staatlicher Selbständigkeit erweitert werden kann, das hängt freilich von den politischen Machtverhältnissen und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten derjenigen größeren Komplexe ab, zu denen diese Nationen gehören. Keinesfalls wird aber dadurch der Anspruch der Völker auf nationalkulturelle Selbstbestimmung hinfällig. Ohne auf die enormen Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieses ersten Problems entgegenstellen (die aber, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, doch mit gutem Willen überwunden werden könnten), näher einzugehen,

⁶⁾ Siehe Lensch, loc. cit., pag. 41 f.

⁷⁾ Siehe meinen Artikel *Serbia irredenta*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 899 ff.

muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß der Reformismus, was das Selbstbestimmungsrecht der Völker anlangt, die Lenschsche Formulierung durchaus ablehnen muß. Wie sich der Radikalismus zu der Lenschschen Auffassung stellt, geht aus den Leitartikeln des Vorwärts nicht hinreichend hervor, und auch sonst hat die radikale Parteipresse sich über diese Fragen noch nicht deutlich ausgesprochen.

Der Vorwärts hat den leitenden Gedanken des Lenschschen Buches mit dem Namen einer »Theorie des Sozialimperialismus« belegt. Der Reformismus kann diese Deklaration nicht gelten lassen. Daß der Weltkrieg in allen seinen ökonomischen Auswirkungen, deren Einzelheiten sich heute freilich mehr ahnen als erkennen lassen, für Europa eine soziale Katastrophe darstellt, das ist keine Theorie mehr sondern eine schon feststehende Tatsache. Eben- sowenig läßt sich bestreiten, daß die Katastrophe des Weltkriegs in ihrem Charakter einer sozialen Revolution sehr nahe kommt, weil tiefgreifende Änderungen in der Struktur unserer Gesellschaft zu erwarten sind. Ob aber, wie Lensch prophezeit, diese Änderungen schon »das Ende der individualistischen Geschichtsepoche bedeuten«, wird man abwarten müssen. Wahrscheinlich ist es, daß die sozialistische Produktionsweise der Gegenwart durch Errichtung neuer staatlicher Monopole eine stärkere Ausdehnung erfahren wird; und ziemlich sicher ist es, daß auf dem Weg progressiver Besteuerung der größeren Vermögen und Einkommen ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Mehrwerts aus den Taschen der Privaten in die Staats- kasse übergeführt werden wird. Alles das bedeutet zweifellos eine zuneh- mende Sozialisierung der Gesellschaft, aber doch noch nicht das Ende der individualistischen Geschichtsepoche. Lensch übersieht eben, daß auch hier, wie immer im sozialen Leben, sich Gegenwirkungen bemerkbar machen wer- den. So ist es nicht unwahrscheinlich, daß gerade infolge des Krieges die innere Kolonisation kräftige Impulse erhält. Das Entstehen eines kräftigen und zahlreichen Kleinbauernstandes im östlichen Deutschland, womit aus verschiedenen Gründen nach dem Krieg zu rechnen ist, wäre ein solches Gegengewicht gegen den Staatssozialismus. Soll der Weltkrieg, wie Lensch lehrt, insofern eine Weltrevolution bedeuten, als er das Ende der indivi- dualistischen Geschichtsepoche bringt, so spricht viel dafür, daß Lensch ihm diese Bezeichnung zu Unrecht zugelegt hat. Dagegen ist man berechtigt den Weltkrieg schon heute auf Grund der bisher festzustellenden Einwirkungen auf unser soziales Leben als eine weltpolitische Katastrophe von schlechthir revolutionärem Charakter hinzustellen. Man denke an die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in England, an die ungeheure Verschuldung der kriegführenden Staaten, an die fast restlose Beseitigung des bisherigen Völkerrechts, und man wird sagen müssen, daß das Europa, das aus dem Weltkrieg hervorgehen wird, ein ganz anderes sein muß als das Europa, das in den Augusttagen 1914 in den Weltkrieg hineinging. Man richtet keine neue Theorie auf, man stellt nur Tatsachen fest, wenn man das, was diese beiden Kriegsjahre hervorgebracht haben, als eine Umwälzung bezeichnet, der gegenüber eine proletarische Revolution im Sinn unseres Radikalismus, wie ich in meinem obenerwähnten Aufsatz im März 1913 schrieb, als ein »Ereignis zweiten Ranges« erscheint.

Wenn der Vorwärts meint, daß die Sozialimperialisten eine neue Theorie nötig hätten, um ihre Anschauung zu rechtfertigen, daß dieser Krieg von un-

geheurer revolutionärer Wucht sei, so irrt er. Diese Anschauung bedarf keiner besondern theoretischen Begründung mehr, soweit sie der Ausdruck für greif- und meßbare Tatsachen ist. Die Theorie des Genossen Lensch aber will die Weltrevolutionsphantasieen, mit denen der Radikalismus vor dem Krieg den geistigen Kampf gegen den reformistischen Sozialismus führte, durch das gewaltige Geschehnis der Zeit bestätigt erscheinen lassen. Und man wird zugeben müssen, daß Lensch in seinem flott geschriebenen Buch diese Aufgabe mit viel Geist und Energie angepackt hat. Daß sie überhaupt lösbar ist, wird allerdings jeder Reformist bestreiten müssen. Wenn nun auch der Radikalismus, wie die Vorwärtsartikel zeigen, den Lenschschen Versuch den Radikalismus von 1913 zu rehabilitieren als völlig mißlungen bezeichnet, so kann das wohl als ein Zeugnis dafür betrachtet werden, daß alle Bemühungen die radikalen Theorien mit der Wirklichkeit des Weltkriegs in Einklang zu bringen ergebnislos bleiben müssen.

XX
**MAX SCHIPPEL · KOLONIALPOLITIK UND
 MARXISMUS**



ALLMÄHLICH ist es zu fast unbestrittener Anerkennung gelangt, welche unvergänglichen, in ihren Anregungen und Fortwirkungen unauslöschlichen Verdienste der Marxischen Darstellung des Kapitalismus zukommen: handle es sich dabei um die Beobachtung und Schilderung der bezeichnendsten einzelnen wirtschaftlich-sozialen Vorgänge und Zustände, oder um die Aufdeckung und Herausarbeitung großer geschichtlicher Entwicklungsstufen und Gesetzmäßigkeiten. Selbst wenn der geistige und materielle Aufstieg der europäischen Arbeiterbewegung nicht allwärts mit den grundlegenden, wegweisenden Anschauungen von Karl Marx und Friedrich Engels unlösbar verwachsen wäre, so würden die Spuren ihres unermüdlichen Forschens und ihrer genialen Eingebungen noch überall unverkennbar wahrzunehmen sein in der Belebung und Vertiefung der verschiedensten Zweige der Sozialwissenschaften, das Kerngebiet der Volkswirtschaft dabei natürlich voran.

Ebenso unverkennbar jedoch sind die Marxischen Gedankenschöpfungen, die großzügigen Grundrisse wie die bienenemsgigen Kleinausführungen, Kinder ihrer Zeit: nach ihrem wesentlichsten Inhalt also Errungenschaften der wirtschaftlich und politisch so umwälzenden, geistig so belebten vierziger und fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Wie in jenen Jahrzehnten fast alle tieferen Strömungen des öffentlich-bewußten wirtschaftlichen und politischen Denkens und Handelns, kehren sie sich fast ausschließlich dem einen nächstliegenden, damals zugleich überragendsten Teil der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsentwicklung zu: dem naturwüchsig (a u t o c h t o n) aus bestimmten, organisch engverbundenen Vorstufen entsprossenen Kapitalismus der europäischen Länder, der nicht nur in seinen Unternehmungskapitalien an ältere, vorangegangene heimische Reichtumsbildungen anknüpft, sondern der vor allem seine schaffenden, dem modern-europäischen Produktionsgetriebe eingegliederten Lohnarbeitermassen überwiegend aus dem heimischen, volkseigenen Menschenmaterial schöpft: aus dem Nachwuchs und der Zersetzung des vorkapitalistischen und gleichzeitigeren Bauerntums und Handwerks, oder unter Umständen schon aus

einer bereits fertig vorgefundenen ausgebreiteten, rasch sich vermehrenden besondern Lohnarbeiterklasse selber.

Oft genug zwar und mit der Zeit immer häufiger stoßen wir auch innerhalb dieser einen Wirtschaftskulturzone auf internationale, mit mehr oder weniger Treibhausbeigeschmack behaftete Übertragungen und Verschiebungen, auf unvermittelte unfreiwillige Anpassungen und sogar von Volk zu Volk, von Völkergruppe zu Gruppe auf vorwärtspeitschenden Zwang und widerstandsbrechende Beherrschung: hier mehr verkleidet, dort mehr unverhüllt, sowohl beim produktionsleitenden Kapital wie bei der ausführenden Lohnarbeit. Das wirtschaftlich tieferstehende Volk macht in dieser Weise zuweilen, dank dem Ansporn und Eingriff von außen, mit einemmal einen außergewöhnlichen Sprung von mehreren Entwicklungsstufen. Aber im großen und ganzen vollziehen sich selbst diese künstlicheren, in gewissem Maß weniger organischen und autochthonen Wachstums- und Reifevorgänge gleichfalls innerhalb eines in allem wesentlichen gleichartigen Kulturkreises und darum abermals unter Wiederkehr wenigstens annähernd gleichartiger Vorbedingungen und Folgeerscheinungen. Wie die pflanzliche und tierische Natur, so kennt die allgemeingesellschaftliche und vor allem die wirtschaftliche Artentfaltung und Höherentwicklung ihre Kreuzungen; aber diese betreffen, ähnlich dem organischen Lebenskreis, in den hier ins Auge zu fassenden Fällen stets sozial sich nahestehende, wirtschaftlich unter einander verwandte Gemeinwesen: von grundzöglich gleichgestalteter Vorgeschichte in der Vergangenheit und grundzöglich gleichgestalteter Wirtschaftsstruktur in der Gegenwart. Die typischen Entwicklungstatsachen, die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des vorbildlichen *reinen* Falles brechen deshalb auch hier hervor und harren wie diese (oder gerade wegen ihrer schillernden, den ungeübten Blick zunächst verwirrenden Mannigfaltigkeit um so mehr) der wissenschaftlichen Beobachtung und Feststellung.

Viele so aufzuspürende und festzuhaltende typische Grundlinien und tiefere Regelmäßigkeiten dieser kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung sind uns heute längst geläufig geworden. Genannt seien beispielsweise nur: die wechselnde Lagerung und unablässige Umschichtung der wirtschaftlich beteiligten Klassen (kleinbesitzendes Bauern- und Handwerkertum, Großkapital in Austausch, Industrie und Landwirtschaft; mitunter noch nebenher produktiv-kleinbesitzende und schließlich produktiv-besitzlose *reine* Lohnarbeit), ferner die gegensätzliche Verteilung des anschwellenden Produktionsertrags auf Lohnarbeit und Kapital (Lohngesetze, Mehrwertgesetze); weiter alsdann die abermalige, in festen Richtlinien verlaufende Unterverteilung des Mehrwerts auf Profit und Grundrente, des Profits wiederum auf Leihzins und eigentlichen Unternehmergewinn. Weiter kennen wir die Wellenbewegung, Senkung und Hebung des Gesamtlohns für die Arbeiterklasse und der Einzellohnverhältnisse nach gesellschaftlicher Produktivität und der Höhe der Produktionsmitteltechnik, nach Beruf und Konjunktur und anderen schwankenden Mitbestimmungsgründen; die aus alledem sich ergebenden durchgreifenden Einkommensschichtungen in den industriell niedriger oder höher stehenden Gemeinwesen; ferner die Stufenfolge der gewerblichen, kommerziellen und agrarischen Betriebs- und Besitzformen, die wiederum in eigener Weise mit der Zersetzung und Umlagerung älterer und mit dem

Werden und Emporringen jüngerer Bevölkerungsklassen untrennbar verknüpft ist; endlich die aus solchen Wirtschaftsumwälzungen notwendig hervorgehende und wiederum auf die ökonomische Entwicklung zurückwirkende Umgestaltung des politischen Oberbaues von Staats- und Rechtsordnungen; und noch vieles andere mehr.

Für diese und noch zahlreiche ähnliche unverlierbare Erkenntnisse und Auffassungen Epochenmachendes wie Karl Marx geleistet zu haben bleibt eine unvergängliche geistige Ruhmestat, selbst wenn spätere vielseitigere Stofferschließungen und neue umfassendere Erfahrungen heute und künftig manche Einzelheit der Marxischen Geschichtsschreibung und Zergliederung des Kapitalismus umbiegen, berichtigen und sogar ganz ausschalten mögen.




AENNOCH galt dieses wissenschaftliche Lebenswerk, wie angedeutet, nur dem einen Teil der kapitalistischen Wirtschaftswelt, der wesentlich auf eigenem organischen Wachstum geschichtlich beruht und wesentlich durch weiteres autochthones, organisch-stufenweise folgerichtiges Fortschreiten gekennzeichnet ist. Neben diesen einen, innern und beherrschenden Teil der modernen Wirtschaftswelt legt sich jedoch, geographisch schon frühzeitig das viel ausgedehntere Reich, in immer breiteren und entlegeneren Außenringen und Außenzonen ein zweites, vollkommen abweichendes Wirtschaftsgebiet.

Allerdings gelenkt und geleitet erscheint es gleichfalls vom europäischen Kapital und gemäß den zentral-altweltlichen Produktions- und Handelsbedürfnissen, die in erster Linie durch das bedarferspähende und deckungserstrebende europäische Kapital verkörpert und vertreten werden. Insoweit stellt es also ebenfalls Teilgebiete, Randländer des Kapitalismus dar. Aber vom Standpunkt der neuerschlossenen Länder und Erdstriche aus gesehen ist von der uns Europäern vertrauten, organisch-stufenweisen Fortentwicklung, die eigenen Bedürfnissen entkeimte und mit eigenen Kräften emporgetrieben wurde, nicht das geringste mehr zu gewahren. Fremdes Handelskapital nistet sich hier an den Küsten und Berührungsgrenzen einer wildfremden Kultur oder Kulturlosigkeit ein; es stößt als wenig willkommenen Eindringling, beargwohnt und gefürchtet, verabscheut und dennoch unaufhaltsam, ins Innere neuer Landstriche und Erdteile vor, zwingt zu immer ergiebigeren Lieferungen und damit bereits gebieterisch zu tiefwirkenden Wirtschaftsänderungen, die von *sich selbst überlassenen* Eingeborenen, aus sich und aus ihren gegebenen Wirtschaftsinteressen heraus, niemals gewollt und nicht einmal gehant werden konnten. Später, bei weiterer Ausreifung dieser Zwangsverbindungen, ist es hier erst recht das völkisch und selbst rassistisch fremde, jedenfalls wirtschaftlich immer ganz wesensfremde Produktionskapital, das unmittelbar den Boden und die inneren Erdschätze seiner Verfügung und Ausnutzung unterwirft, das für dieses Endziel erst recht zu grundstürzenden, zuweilen alle überlieferten wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen geradezu auf den Kopf stellenden vollgewalt-samen Enteignungen schreitet, oder gelindesten Falles zu halbunfreiwilligen Besitzübertragungen. Dieses fremdbürtige Kapital ist es, das vor allem aus ganz unvorbereiteten Bevölkerungsbestandteilen eine, für seine höhere Produktionsweise ganz unentbehrliche Arbeiterschicht künstlich hervortreibt: werde diese, bei teilweise forterhaltenem alten Eingeborenenbesitz, nur

nebenher, oder werde sie, bei radikaler Vollenteignung, bereits *rein* und dauernd Lohnarbeit (freilich, infolge der künstlichen Entstehung und Aufrechterhaltung solcher Arbeitsverfassungen, abermals mit vielen, bei uns längst überwundenen Beimischungen von rechtlich-politischem Druck und Zwang: neben aller überwiegend ökonomischen Einflußgewalt, die, wie sich denken läßt, beim Zusammenstoß von europäischer Raffiniertheit und primitiver Hilf- und Ratlosigkeit eine unvergleichliche Stärke offenbart). Was dieser neue Wirtschaftseinschlag, der mit der Zeit immer häufiger zu einer viel- und allseitigen Neuformation und Neuschöpfung sich ausreckt, weiter an großen Verkehrsgrundlagen, an Rechtsordnungen und staatlichen Sicherungsmaßnahmen erstmals verlangt und unaufhörlich von neuem braucht, das wird wiederum ausschließlich von volksfremden Elementen veranlaßt und verwirklicht und recht oft einem krampfhaft widerstrebenden Wirtschaftsorganismus und dessen blind um sich schlagenden bisherigen Nutznießern revolutionär-gewalttätig aufgenötigt.

Nichts ist in diesem zweiten Fall, in diesem andersartigen Bereich des Kapitalismus noch naturwüchsig, nichts mehr aus langsam und stetig gewordenen, geschichtlich gegebenen Keimen und Knospen stetig und langsam höherentfaltet, nichts mehr autochthon. Selbst der zur leichtern Veranschaulichung oben herangezogene Vergleich mit der, zwar nicht streng regelrechten, aber immer nur wesensverwandte, sozial und wirtschaftlich nahezu ebenbürtige Gemeinwesen betreffenden Kreuzung scheidet hier vollständig aus. Alles ist hier vielmehr übertragen zwischen unvereinbar weit aus einander liegenden Wirtschaftsordnungen. Alles ist einer, sich dagegen auflehnen- den tiefern Wirtschaftsordnung von außen, aus den Lebens- und Entwicklungsnotwendigkeiten einer unvergleichlich reifern und höhern Wirtschaftsordnung, künstlich aufgedrängt, ist mit wundenbringenden, oft lebensgefährdenden scharfen Gärtnerschnitten aufgefropft, ist allochthone Entwicklung und allochthones Erzeugnis.

 IESES zweite, neuerschlossene und immer von neuem sich weitererschließende Riesengebiet der kapitalwirtschaftlichen Einflußsphäre, Vorherrschaft und Herrschaft (die sich aus triftigen Gründen sehr bald immer mehr zu politischer Vormundschaft und Souveränität zuspitzt) hat selbstverständlich, nicht minder als der europäisch-einheimische Kapitalismus, seine in sich gleichartigen Hauptströmungen der geschichtlichen Aufeinanderfolge und seine besonderen, innerhalb des neuen Erfahrungskreises gleichmäßig wiederzufindenden typischen Erscheinungen: seine durchgehenden Bergketten der großen Entwicklungsrichtungen, und auf seinen ausgebreiteten Wirtschaftsfeldern immer wiederkehrende Arten und Gattungen der Produktion und des Austausches, der Bevölkerungsschichtung, der Rechtsordnungen und der Staatsgebilde, und vor allem der sozialentscheidenden Beziehungen zwischen Produktionsmittelbesitz und Arbeit.

Ferner ist es fast selbstverständlich, daß hierbei manche allgemeinen, bei allen einschneidenderen wirtschaftlichen Umwälzungen und auf allen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen sich wiederholenden Erfahrungen bis zu einem gewissen Grad sich auch in unserer neuen Beobachtungswelt wiederholen werden. Es sei nur an die allbekannte, gerade Marxisten besonders naheliegende Grundtatsache erinnert: daß jede neue

Produktions- und Gesellschaftsordnung stets eine Aufhebung oder doch eine wesentliche innere Umbildung überkommener, das Neue hemmender Arten des Produktionsmittelbesitzes, mit anderen Worten Enteignung und Eigentumsrechtsreformen voraussetzt. Als unsere heimische Agrarproduktion die ersten tastenden Gehversuche zur modern freibeweglichen, für den nationalen und internationalen Markt produzierenden Landwirtschaft unternahm, fühlte sie sich sofort an allen Ecken und Enden beengt und gefesselt durch die verknöcherten Überlebsel des alten Agrarkommunismus und durch die, ebensowenig ein freies Spiel der agrarischen Produktionskräfte zulassenden Bindungen der Feudalordnung: individualistische Loslösung aus den überlieferten (niedrigeren Produktionsstufen durchaus angemessenen) Markt- und Dorfverbandsregelungen, Befreiung des landwirtschaftlichen Schaffens und Erwerbens aus dem übergeworfenen (obwohl früheren Sozial- und Produktionsverhältnissen vielleicht nicht minder entsprechenden) Netz von bäuerlichen Leistungsverpflichtungen und herrschaftlichen Obereigentumsansprüchen wurde deshalb das Endziel eines zähen bäuerlich-agrarischen Klassenkampfes und erfüllte lange Jahre einer bedeutungsvollen Eigentumsreformperiode: freilich, wie nicht anders zu erwarten, unter Opferung der über Menschengeschlechter vererbten, durch die Zeit *geheiligtsten* feudalen und agrarkommunistischen Rechte des Eigentums und Eigentumsgebrauchs. Ähnlich wie weiter der sich erstmals regende industrielle Großbetrieb notwendigerweise der seit Menschenaltern festgewurzelten Kleinbetriebserstarrung der Produktion den Fehdehandschuh hinwerfen und so bestimmte Vorrechte und Pflichten beim zünftig geordneten Besitz und Gebrauch der gewerblichen Produktionsmittel *umstürzen* mußte, so kann die moderne Kolonialwirtschaft erklärlicherweise ebenfalls nicht haltmachen vor der hartnäckig aufrechterhaltenen Verkehrsabgeschlossenheit sich selbstgenügender, den einfachsten Fernhandel europäischen Zuschnitts als Untergrabung und Lebensbedrohung verfeindeter und abwehrender barbarischer Stammes- und Sippenwirtschaft und vollends, wenn es sich um Siedelungskolonisation handelt, nicht haltmachen vor dem grenzenlosen, halbe und ganze Erdteile gewaltsam verschließenden barbarischen Bodenerstlingsrecht: werde dieses nun geltend gemacht von büffeljägenden Indianerhorden Amerikas oder von nomadisierenden Hirten- und Jägervölkern Afrikas und Innerasiens oder von noch viel tieferstehenden *wilderer* Stämmen Australiens und Ozeaniens. Die wechselnden, höher und höher sich stufenden Produktionsweisen, die die Menschheit bei ihrem kulturgeschichtlichen Aufstieg emporschreitet, spiegeln sich *unumgänglich* in wechselnden, höher und höher sich schichtenden Eigentumsgrundlagen wider. Und wie in der Pflanzenwelt der lebenweckende Frühling durch Knospenspringen und Blütensprießen, so hebt sich im wirtschaftlichen Völkerleben jede epochemachende Wendezeit hervor durch um so raschere und umfassendere Eigentumsumwälzungen: durch außergewöhnliche Erschütterungen altgewohnter Besitzes und Gebrauchs von Produktionsmitteln, durch die ungewöhnlich lebhaftere Wachrufung und Durchsetzung neuer Gestaltungen für die Verwendung und deshalb für die Verteilung und Besitzweise der Produktionsmittel. Kein Wunder also und, wie betont, in erster Reihe für den Marxisten geradezu selbstverständlich, daß wir diese unausweichliche Grundregel noch mehr als sonst bestätigt sehen in den kolonialen Außenzonen mit ihren jähen Entwicklungssprüngen, mit ihren verwegenen

wirtschaftlichen Saltomortalen über Jahrhunderte und selbst Jahrtausende hinweg.

Nur ist damit und mit ähnlichen Allgemeinheiten erst ein leerer Rahmen gegeben, der zu seiner scharfgezeichneten Ausfüllung, zur wirklichen, wenn auch noch so skizzenhaften Charakterisierung bestimmter Wirtschaftsvorgänge die eingehendsten *Sonderbeobachtungen* und *Einzelforschungen* verlangt. Und ohne längere Darlegungen dürfte einleuchten, daß jedes weitere Vordringen zu den Haupttatsachen und Kernfragen des kolonialen Kapitalismus sofort schlagende *Abweichungen* und *Gegensätze* enthüllt zwischen dem organisch gewordenen und organisch weiterreifenden und wahrscheinlich einmal, über sich selber hinaus, organisch dem Sozialismus entgegenwachsenden Kapitalismus daheim, und den künstlichen, oft zwangsweisen Neuanpassungen an ein ganz wesensfremdes, von außen her übergeordnetes Entwicklungs- und Lebensinteresse, wie sie für die koloniale Kapitalwirtschaft jederzeit kennzeichnend sind.

Besitzumwälzungen, Enteignungen und *Eigentumsverschiebungen* vollziehen sich allerdings in den kapitalwirtschaftlichen Außengebieten, und zwar mit außergewöhnlichem Schnell- und Tiefgang. Jedoch der Widerstreit und ebenso der Kampferfolg ist ganz unvergleichbar: zwischen vorbrechenden blaßgesichtigen Siedlern und *reaktionär verbissenen* rothäutigen Erdteilsbesitzern und vielleicht auch Erdteilsverwüsterern einerseits; und andererseits, wie bei den uns bekannten europäischen Klassenkämpfen, zwischen Feudalbauern und konservativen Grundherren, zwischen moderner Großindustrie und halbmittelalterlichem Zunft Handwerk in der Vergangenheit, oder, wie in unserer Gegenwart und Zukunft, zwischen Arbeiterdemokratie und widerstrebender kapitalabsolutistischer Produktionsleitung. Die vorher angeführten, zunächst nach ihren allgemeinsten Umrissen unseren europäischen Erfahrungen gleichartig scheinenden Entwicklungsvorgänge der kolonialen Außenwelt werden demnach, sowie wir sie in ihrer nähern geschichtlichen und sozialen Formbestimmtheit weiter beobachten, zuletzt doch wieder unvergleichbar mit den wechsellvollen, bald still ausreifenden bald laut tumultuarisch sich rascher durchsetzenden langwierigen Klassenkämpfen, die in dem europäischen Kerngebiet bis zur Gegenwart jedesmal mit dem allmählichen Emporringen einer neuen Produktionsweise und einer dieser angemessenen neuen allgemeinen Gesellschaftsordnung zusammenfielen.

Eine Abdrängung und Beschränkung der niedrigeren Wirtschaftsordnung auf vorläufig gleichgültige Nebengebiete und *Reservate* hat in den letzten nebelhaften Umrissen unbestreitbar etwas Ähnliches und ist dennoch in den Hauptzügen wiederum grundverschieden von einer europäischen *Ablösung*, die mit innerlich überwundenen Eigentumsrechten zwar gleichfalls äußerlich aufräumt, die aber die Ablösungsbeträge meist sehr bald aus ihrem unzugänglichen Sonderleben loslöst und im freien Stoffwechsel dem gemeinsamen Blutumlauf des neuen Wirtschaftsorganismus zuführt. An das europäische *Verlagssystem*, in dem wenigstens das *Handelskapital* bereits die Erzeugnisse des heimischen Kleinhandwerks und der noch einfacheren heimischen Herstellungsweisen ergreift (bestellt und aufkauft, in vorher ungekannten Sammelmassen fortführt und absetzt), wird man zwei-

fellos unwillkürlich erinnert, wenn durch koloniale Handelsniederlassungen ein ähnliches Warenaufkaufs- und Vertriebsverhältnis zu Eingeborenen sich festsetzt, die ihre unverändert-natürlichen Sammelprodukte oder die arbeitsreicheren Erzeugnisse ihrer Kleinkulturen mehr oder weniger widerwillig nach Faktoreien und ähnlichen Vermittlungsstellen abliefern. Doch die näheren Begleitumstände, unter denen diese Beziehungen sich anknüpfen und fortspinnen, und noch mehr die unvermeidlichen Rückwirkungen auf die ursprüngliche Wirtschafts- und Lebensführung machen die vermutete Gleichartigkeit sofort wieder in den Hauptzügen hinfällig.


Wo vollends Eingeborenen a r b e i t, auf Plantagen, im Bergbau, bei dauernderen Transport- und Handelsschöpfungen, unmittelbar dem europäischen Produktions- und Unternehmungskapital unterstellt und zu Großbetrieben europäischen Stils verbunden wird, da stoßen wir, wie jedermann weiß, auf Arbeitsverfassungen, Arbeiterzustände und Einkommensgestaltungen, die mit unserm heimischen freien Lohnarbeitssystem, unserm Arbeitsmarkt und den bei uns offen zutage tretenden Lohngesetzen lediglich Äußerlichkeiten noch gemeinsam haben. Selbst wo es sich um Siedelungs kolonien handelt und die Eingeborenenarbeit wenig oder gar nicht in die Wagschale fällt, da verursacht die Fülle des früher gegen die Eingeborenen beschlagnahmten, später an Siedler freivergebenen L a n d e s (Kronland, public domain) nicht nur fundamentale Verschiebungen in der Größe und der Bewegung der G r u n d r e n t e und in den, mit der Grundrentenhöhe unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden großen klassenmäßigen Einkommenbezugsarten sondern weiter noch vollkommen neuartige Ergebnisse in der augenblicklichen Höhe und in dem periodischen Auf und Nieder des G e l d l o h n s oder sonstigen Arbeitsentgelts.

Die uns geläufige Rolle der S t a a t s g e w a l t wandelt sich in den kolonialen Erdstrichen vollkommen um. Erstmals bei der Gründung und B e s e t z u n g, bei denen junge und alte Gewalt am unversöhnlichsten in dröhnendem Anprall aufeinanderstoßen; und später nochmals bei der Jahrzehnte, Generationen und mitunter Jahrhunderte langen eigentlichen E r s c h l i e ß u n g, bei der die geringe Verbreitung und Stärke des gebietseinsässigen Privatkapitals, das unendlich größere Risiko der unfertigen, wenig vertrauenswürdigen Zustände, die zunächst erst aus dem Nichts zu schaffende Niederlassungs-, Verkehrs- und Rechtsgrundlage dem Staat mit seinen äußeren Machtmitteln, mit seinen öffentlichen Werken und seinem Kredit, mit seiner rechtschaffenden Gewalt ganz neue und viel weiter ausgreifende Aufgaben zuweisen. Koloniales R e c h t entfernt sich unter solchen Vorbedingungen oft unvergleichlich weit von den heimischen Vorbildern oder läßt heimische Vorbilder von vornherein nicht zu: nicht nur, wo es sich den Eingeborenen zukehrt, sondern ebenso, wo es vorwiegend die dünnere oder stärkere europäische Oberschicht angeht. Rechtliche und behördliche Eingriffe, beispielsweise in den freien Arbeitsvertrag, in die Wanderfreiheit, in die freie Bodenentäusserung, die bei uns daheim längst oder jederzeit als r e a k t i o n ä r verschrien waren, werden gegenüber den Eingeborenen nicht selten zu Hauptforderungen aufgeklärter R e f o r m e r.

Die Sorge, die die Politik unserer Alten Welt der A u s w a n d e r u n g widmet, gilt in den jungen Siedlungswelten in noch viel erhöhterm Maß der Heran-

ziehung von bleibenden Einwanderern. Die äußere Handelspolitik und die sonstige Außenhandelsförderung kann nicht die gleiche wie daheim bleiben, wenn, wie in den meisten Kolonien und besonders in allen Nichtsiedelungsgebieten, der Inlandsmarkt winzig und bescheiden in den Hintergrund rückt, wenn fast ausschließlich zu Tragfeilern aller jungen und selbst der umgewandelten alten Produktionen der Fernabsatz wird: gleichviel ob mehr der Fernabsatz für das eine engerverbundene Mutterland, oder für den freien internationalen Weltmarkt, an dem das Mutterland wie jedes andere konkurrierende Land teilnimmt.

Es ist unnötig in diesem allgemeinen Überblick solchen Abweichungen im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Aufbau und Ausbau, in den wirtschaftlich-staatlichen Entstehungs- und Wachstumsvorgängen, in den sozialen und politischen Gattung- und Artenveränderungen weiter in den Einzelheiten zu folgen. Das Gesagte wird eine genügende Vorstellung davon erwecken: welche Neugestaltungen und Andersströmungen in der jüngern Treibhauswelt des von Europa ausstrahlenden Kapitalismus der besondern Beobachtung und Zergliederung, der Aufdeckung ihrer eigenartigen Entwicklungsgesetzlichkeiten entgesehen. Sind die maßgebenden geschichtlichen Voraussetzungen und sozialen Grundbestandteile in den ungeheuer ausgedehnten kolonialen Randgebieten wesentlich andere als in unserer ältern kleinen, obwohl viel belebtern Zentralwelt des Kapitalismus, so müssen sich selbstverständlich wesentlich andere Gesetz- und Regelmäßigkeiten herausstellen, als sie uns aus den eigenen nächsten Erfahrungen mehr und mehr wissenschaftlich erschlossen und vertraut wurden.

ÜR die Wirtschaftslehre und alle Sozialwissenschaften verbietet es sich um so mehr gleichgültig oder geringschätzig die neuen Forschungsfelder zu vernachlässigen, weil diese neuerdings mit erstaunlicher Schnelligkeit, zuletzt wie mit förmlichen Zauberschlägen, stetig an Ausdehnung und Wichtigkeit, an Nutzen und Unentbehrlichkeit gewinnen.

Nehmen wir eine der grundlegenden Tatsachensammlungen, etwa Supans, des hochverdienten Wirtschafts- und Bevölkerungsgeographen reichhaltiges geschichtliches und statistisches Quellenwerk zur Hand (das freilich schon mit der Jahrhundertwende abschließt), so ließen sich für einen ungefähren Schätzungsüberschlag, auf den allein es hier ankommen kann, vor allem folgende Anhalte herausheben.¹⁾ Von der Gesamtfläche Afrikas gehörten den europäischen Kolonialmächten 1876 10,8 %, 1900, ein Vierteljahrhundert später, 90,4 %. Durch ganze Jahrhunderte hindurch waren in Afrika, in gewisser Beziehung dem ältesten Kolonialerdtteil für die heutigen Kolonialmächte, bis zum Jahr 1876 3 218 700 Quadratkilometer mit knapp 11½ Millionen Einwohnern kolonial erworben, während in dem verhältnismäßig zwerghaften Zeitraum von 1876 bis 1900 nicht weniger als 23 732 200 Quadratkilometer mit 112 Millionen Einwohnern hinzutraten. Von Polynesien waren 1876 711 900 Quadratkilometer kolonial angegliedert, 1900 1 238 900 Quadratkilometer: 527 000 mehr. In Asien gewann allein Großbritannien in der erwähnten kurzen Zeitspanne 1 459 000 Quadratkilometer mit ziemlich 60 Millionen Einwohnern, daneben Frankreich 504 200 Quadratkilometer mit

¹⁾ Siehe S u p a n Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien Gotha 1906, pag. 254 und 256.

über 15 Millionen Einwohnern. Der richtige territoriale Vergleichsmaßstab hierfür ergibt sich, wenn man die Gesamtausdehnung des heimischen Deutschen Reiches dagegen hält: 540 858 Quadratkilometer.

Alfred Zimmermann, der erfahrene Kolonialpolitiker und Kolonialhistoriker, hat die Statistiken bis zur Gegenwart fortzuführen gesucht und gelangte in seiner dankenswerten jüngsten Bearbeitung zu folgenden Ergebnissen²⁾:

Mutterland	Größe in Quadrat- kilometer des Kolonialbesitzes		Bewohnerzahl	
	1871	1916	1871	1916
Großbritannien	20 459 000	29 760 000	159 750 000	374 689 000
Rußland	14 901 000	17 166 000	5 500 000	32 229 000
Portugal	1 917 000	2 090 000	3 873 000	7 400 000
Niederlande	1 775 000	2 045 000	22 453 000	38 053 000
Frankreich	1 206 000	10 552 000	6 469 000	55 190 000
Spanien	303 000	232 000	6 500 000	220 000
Dänemark	121 000	193 000	40 000	124 000
Vereinigte Staaten	—	307 000	—	9 677 000
Italien	—	1 584 000	—	1 300 000
Deutschland	—	2 913 000	—	16 000 000
Belgien	—	2 382 000	—	20 000 000

Supan unterscheidet jedoch mit Recht zwischen der bloßen politischen Grenzabsteckung oder Besetzung und der tatsächlichen wirtschaftlichen Erschließung. Die letztere ist am schwierigsten in genaueren Land- und Produktionsziffern zu fassen, und auch Supan wagt sich hier nicht über ein paar flüchtige Kartenskizzen für bestimmte Teilgebiete und frühere Zeiten hinaus. Es steht jedoch außer jedem Zweifel, daß die Produktionserschließung der kolonialen Erdstriche, also, wirtschaftlich betrachtet, die einzige wirklich entscheidende Kolonisation, zuletzt in wenigen Jahrzehnten unvergleichlich Größeres und Umfassenderes erzielt hat als jemals vorher in mehreren Jahrhunderten alles Wettrennen der europäischen Kolonialvölker. Noch niemals waren deshalb die Außenzonen und die Kernländer des Kapitalismus so unlösbar auf einander angewiesen wie in der Gegenwart. Das ganze Wirtschaftsleben in unserm sonst so selbstzufriedenen Europa müßte hilflos zusammenbrechen, wenn ihm je die unterdes emporgewachsenen kolonialen Produktionen und Zufuhren dauernd abgeschnitten werden könnten. Es müßte kläglich verkümmern, wenn seinem weitem eigenen Aufschwung jemals die notwendige ergänzende koloniale Weiterentfaltung nicht mehr entspräche. Wovon ich vor nahezu einem Jahrzehnt, und mit mir hauptsächlich G. Hildebrand, in den Sozialistischen Monatsheften die Parteigenossen immer wieder vergeblich zu überzeugen suchte, das ist heute für jeden einsichtigen Wirtschaftspolitiker, gleichviel welcher Parteischattierung, kaum noch zu bestreiten:

»Harte, schlagende Erfahrungstatsachen haben uns, soweit wir überhaupt der Belehrung zugänglich sind, ein für allemal so weit gebracht die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen europäischen und überseeischen Produktionsgebieten mit ganz anderen Augen anzusehen. Kein Kundiger spricht heute noch mit der alten Seelenruhe von der verhältnismäßigen Geringfügigkeit und Leichtentbehrlichkeit der tropisch-überseeischen Zufuhren. Heute fragen und sorgen wir uns im Gegenteil: was aus unserer ganzen europäischen Produktionsherrlichkeit werden

²⁾ Siehe Zimmermann Die Kolonialreiche der Großmächte 1871 bis 1916 (Berlin 1916), pag. 17.

sollte, wenn sie nicht immer und immer wieder aus den Tiefen überseeischer Lieferquellen gespeist und getränkt würde... Wo bliebe (um zunächst nur einmal unsere hervorragendsten Textilverwerke herauszugreifen) unsere Baumwollindustrie, wenn dereinst nicht durch ein weißes Pflanzertum Territorium um Territorium, Staat um Staat, die Jagdnomadenvirtschaft rothütiger Eingeborener durch den kulturell viel höherstehenden Baumwollanbau ersetzt und verdrängt worden wäre? Mußte nicht jedem Emporwachsen eines neuen Textilfabrik- und Hausindustriereviers in Lancashire, in Sachsen, Württemberg, Baden, in Elsaß-Lothringen, in Böhmen-Mähren jedesmal eine Neuausdehnung und Höherentfaltung dieser kolonialen Rohstoffplantagen jenseits des Weltmeers parallel laufen? Und wenn die amerikanischen Südstaaten dem unablässig rapid weiter sich steigenden Rohstoffbedarf unserer Baumwollindustrien quantitativ und kommerziell (in Preisstand und Preisbewegung) nicht mehr hinreichend nachzukommen vermögen, müssen wir heute nicht, um unserer Gegenwart und unserer nächsten und fernern Zukunft willen, die Lieferfähigkeit Westafrikas, Ostafrikas, Indiens, Ägyptens, Russisch Zentralasiens nach Kräften zu entwickeln suchen? Zu welchen relativ zwerghaften Gebilden würden unsere glänzend gediehenen Wollgewerbe zusammenschumpfen, wenn wir nicht endlose Strecken Australiens, Südamerikas, Südafrikas aus wilden Jagdgründen und barbarischer Einöde in reiche Schaftriften umgewandelt hätten? Wie wollten unser Groß- und Kleinhandel, unsere kleinen und großen Verkehrsunternehmen die Riesenmassen der Waren packen und schnüren, lagern und transportieren, wenn nicht immer umfassendere Landflächen Indiens, der Philippinen der Jute- und Hanferzeugung unterworfen würden? Oder... ist es nicht der stolze Auschwung unserer europäischen und nordamerikanischen Elektrotechnik, der uns ruhelos in alle Winkel des Erdballes jagt, um verborgene urwüchsige Kautschukwälder am Amazonenstrom, am Kongo und sonst in Innerafrika, in Hinterindien und Polynesien zu entdecken und auszubeuten; um, unseres stetig anschwellenden Zukunftsbedarfes eingedenk, eine zielbewußte Kautschukplantagenwirtschaft in West- und Ostafrika, auf Ceylon, Borneo und Inselindien, in Zentral- und Südamerika und in noch anderen, bisher weltabgeschiedenen Erdstrichen zu begründen; um, bei der ständig drohenden und immer näher rückenden Kupfernot, rastlos auf Kupfererze in Zentral- und Südamerika, in Ostasien, in Australien, in Südafrika zu schürfen? Was wären wir ohne die Zinngruben und Zinnwäschungen in den Malayenstaaten und in Holländisch Indien? Wie stände es um unser ganzes modernes Wirtschaftsgetriebe, wenn nicht weiße handarbeitende Goldgräber und bald darauf technisch hochausgerüstete europäische Grubenbetriebe sich mitten unter Rothäuten, Australnegern und südafrikanischen Schwarzen einnisteten und festgesetzt hätten? Von dem Millionen- und Milliardenbegehren unserer Konsumenten Massen nach nichteuropäischen Lebens- und Genußmitteln, nach Tee, Kaffee, Kakao, Rohrzucker (für England, Amerika), Reis, Tabak, Gewürzen zunächst noch ganz zu schweigen. . .³⁾



N erster Reihe, sollte man meinen, müßte dieses gestaltenreiche weite Forschungsfeld der kapitalwirtschaftlichen Kolonisation, des künstlich übertragenen und aufgepfropften im Gegensatz zum organisch-naturwüchsigen Kapitalismus, gerade auf Marxisten die unwiderstehlichste Anziehungskraft ausüben. Denn die Grundlinien der wirtschaftlichen (materialistischen) Geschichts- und Gesellschafts-

³⁾ Siehe meinen Artikel Tropenerschließung und europäische Wirtschaftsentwicklung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908, 1. Band, pag. 82 ff. An das oben Stehende anschließend hieß es hier noch weiter: »Oberlieferte, altgewohnte und liebgeordnete Vorstellungen haben, zuweilen noch jahrzehntelang nach ihrer innerlichen Entwurzelung, ein erstaunlich widerstandsfähiges Leben. Aber unter der Wucht der geschilderten neuartigen Entwicklungstatsachen dämmert heute selbst dem kleinen, vorurteilszäh kannegießernden Spießbürger Kleindeutschlands eine Ahnung davon auf, wie eng und unlösbar sein eigenes Dasein, die ganze gegenwärtige und zukünftige Kraft unserer Produktion und die ganze gegenwärtige und zukünftige Kulturhöhe unseres Konsums verbunden ist mit dem vollströmenden oder stockenden Zufluß aus immer zahlreicher zu eröffnenden, immer reicher zu erschließenden überseeischen Lieferquellen. Sein geistiger und politischer Horizont fängt wohl oder übel an sich zu erweitern, über die eigene Küste und sogar über die Küsten Europas hinaus... ins Uferlose, wie er im ersten fassungslosen Schrecken über seine neumodisch-tollkühne Freigeisterei meint: Meine Polemik in jenen Jahren richtete sich hauptsächlich gegen K. Kautsky und die Leipziger Volkszeitung, die ihre rappelköpfige Schildbürgeraufgebrachttheit auch noch jederzeit als himmelstürmenden Radikalismus anpreisen.

auffassung drängen sich nirgends mit so schlagender Deutlichkeit auf und versprechen nirgends die weitere Einzelforschung so zuverlässig und wirkungsvoll zu fördern wie beim wissenschaftlichen Betreten dieses zweiten, abweichenden und doch zur Anwendung der gleichen Erkenntnismethode herausfordernden Bereichs des Kapitalismus. Die Marxische Forschungsweise mit ihrem großzügigen entwicklungsgeschichtlichen Gedankenhintergrund, mit ihrem Streben die wechselseitige Bedingtheit der verschiedensten wirtschaftlich-sozialen Zusammenhänge und Vorgänge aufzudecken erleichtert und vereinfacht in der Tat die Orientierung auch auf diesem andersartigen Gebiet in ganz überraschender Weise. Zudem fehlt es bei Marx und Engels, obwohl ihnen und ihrer Zeit solche Fragen noch verhältnismäßig sehr fernlagen, keineswegs an gelegentlichen Bemerkungen, die wie ein plötzliches inneres Gedankenaufleuchten tiefe kolonialtheoretische Wahrheiten mit der Treffsicherheit des Genies hervorheben.

Trotz alledem gewahren wir bei dem engen und engbrüstigen, allerdings um so geschäftigern Kreis der deutschen sogenannten Marxisten zwar viel *radikalen* Widerspruchsgeist, der, wie mit unheilbarer Maulwurfsblindheit geschlagen, selbst die gehäuftesten Schätze des menschheitlichen Fortschreitens überhaupt nicht mehr zu sehen vermag, der dafür aber mühselig all die Regenwürmer sammelt, die von der grausamen Pflugschar der Geschichte jemals aufgeworfen wurden, und der ob dieser *entscheidenden* Funde auch noch frohlockt, als wenn er mit solchen *Schuldbeweisen* den anhängigen Prozeß gegen die heutige Wirtschaftsordnung noch unfehlbarer als sonst gewinnen müßte. Aber immer größere Parteikreise erkennen es längst klar oder fühlen es doch allmählich immer lebhafter heraus, wie bei diesen selbsternannten Vertretern der *sozialistischen Wissenschaft* hinter dem hochmütigsten Allesverurteilen und Allesbesserwissen in Wirklichkeit nichts steckt als die beschämendste Unreife in einfachster Tatsachenkenntnis und Erfahrung und die jammervollste politische und wissenschaftliche Unfähigkeit gegenüber Problemen, die wahrlich nicht zu den geringsten und gleichgültigsten unseres Zeitalters der beispiellosen wirtschaftlichen Umwälzungen gehören.

Alles, was der Marxismus zur Kolonialfrage Reiferes und Ernsteres zu sagen hat, ist gegen diese Zerrbildgestalten von Vertretern des *wahren Marxismus* zu verteidigen und, hoffen wir, schließlich durchzusetzen.

XX

PAUL KAMPPMEYER . DIE NATIONALE IDEE UND DAS FÖDERATIVE PRINZIP



EUTE ist es wohl jedem Tieferblickenden klar geworden, daß diesem furchtbaren Weltkrieg nur dann ein wirklicher Weltfrieden folgen kann, wenn ein politisches System aufgebaut wird, das der Bildung von Vergewaltigungskoalitionen gleichviel welcher Art vorbeugt. Dazu reicht die Idee des reinen Nationalstaats nicht mehr aus. Es ist vielmehr notwendig, daß sich die Nationen durch das föderative Prinzip zu größeren Komplexen vereinigen, die ihre Sicherheit in sich selbst tragen. Auf dem Weg zu dieser Idee liegen auch die Ausführungen des Münchener Professors Friedrich Wilhelm Foerster, der in der

Friedenswarte vom 1. Januar 1916 für eine föderalistische Einigung Europas eintrat. Wenn wir uns auch die Verwirklichung dieses Prinzips anders denken als Professor Foerster, so verdienen seine Darlegungen jedenfalls ein ernstes Nachdenken und eine gerechte Kritik. Um so betrüblicher war das Schauspiel, daß auf Grund eines Flugblatts, das einzelne Sätze und Wendungen des Foersterschen Artikels aus dem Zusammenhang riß und dessen Sinn dadurch völlig entstellte, in einigen Zeitungen eine Hetze gegen diesen Wissenschaftler unternommen wurde. Beschämend aber war es für jeden, dem die deutsche Geistesfreiheit am Herzen liegt, daß die Münchener Philosophische Fakultät sich durch jene Propaganda dazu hinreißen ließ in einer förmlichen Erklärung dem Professor Foerster ihre »schärfste Mißbilligung« auszusprechen. Die Tagespresse, namentlich die sozialdemokratische, betrachtete das Vorgehen dieser Fakultät als einen Einbruch in die akademische Lehrfreiheit, den sie scharf zurückwies. Für eine sozialistische Zeitschrift erübrigt es sich so noch auf diese Seite des Falles Foerster einzugehen. Anders steht es mit den historisch-politischen Ansichten Foersters, die in den ganzen Preßerörterungen nur kurz gestreift wurden. Sie gerade verdienen es, daß man sich näher mit ihnen beschäftigt, weil das, was für und gegen sie zu sagen ist, in der großen Frage der Gestaltung der europäischen Politik nach dem Krieg aktuellen Wert hat.

Der Foerstersche Artikel, der in der Deutschen Volkszeitung (Hannover) teilweise abgedruckt wurde¹⁾, baut sich vor allem auf Ideen des seinerzeit vielgenannten großdeutschen Publizisten Konstantin Frantz auf. Professor Foerster führt da folgendes aus:

»Er [Frantz] entwickelt uns die Art von Politik, die allein mit dem christlichen Geiste vereinbar ist, und die aus diesem Geiste folgt, und er zeigt uns (und das ist das Wichtigste), daß alles, was in der politischen Entwicklung von diesem Geiste abfällt, damit auch aufhört wahrhaft politisch, organisatorisch, gemeinschaftsbildend zu wirken; es bringt vielmehr unausweichlich die anarchischen Gewalten, mit denen es paktiert hat, im gesamten Leben zur Oberherrschaft. Frantz zeigt uns dies alles nicht von einem theokratischen Standpunkte sondern mit unabhängiger Berufung auf die Realitäten des Völkerlebens und der sozialen Entwicklung. Wie sehr unterscheidet er sich gerade in dieser Beziehung von Treitschke! Wie deutlich merkt man Treitschke die abstrakte Hegelsche Schulung an . . ., wie abstrakt ist seine ganze Machtpropaganda, bei aller ständigen Berufung auf das Reale im Leben . . ., kurz, es ist das Gegenteil von einer wissenschaftlich objektiven Art die politischen Probleme zu behandeln. Frantz läßt die lebendigen Bedürfnisse und Tatsachen reden und für den alleinigen Realismus einer am Christentum orientierten Politik Zeugnis ablegen. . . Ohne mich mit jedem Einzelvorschlage zu identifizieren, stehe ich nicht an die Überzeugung auszusprechen, daß nur die von Frantz befürwortete Politik den Namen einer wirklich deutschen Politik verdient, und daß nur seine politische Philosophie den kommenden großen Aufgaben der Weltpolitik gewachsen ist und ihnen den Weg zu erleuchten vermag.«

Nach Frantz' Meinung liegt die deutsche Weltaufgabe »in dem internationalen Berufe Deutschlands, so wie sie zuerst in dem Heiligen römischen Reich deutscher Nation zum Ausdruck gekommen ist und wie er offenbar der tiefsten weltorganisatorischen Begabung der deutschen Seele entspricht«: »Das alte deutsche Kaisertum war nicht etwa eine Steigerung des deutschen Königtums; es war keine nationale sondern eine übernationale Institution. Deutsch war diese Institution nur, insofern die deutsche Nation als Träger dieser internationalen Institution auftrat. Deutschland war damals die Basis für den weltlich-sozialen Zusammenhalt der ganzen Christenheit. Es vereinigte germanische, slawische,

¹⁾ Siehe Foerster Bismarcks Werk im Lichte der großdeutschen Kritik, in der Deutschen Volkszeitung vom 7., 9., 10., 11. und 12. Mai 1916.

magyarische und romanische Nationen und schuf die weltlich-politischen Grundbedingungen für die christliche Kulturarbeit der verschiedensten Rassen. . . Nur ein föderativer Körper wie Deutschland vermochte in diesem Sinne lange Jahrhunderte hindurch als Träger übernationaler Aufgaben zu wirken; seine Verfassung war ein Vorbild im kleinen für die frei politische Vergesellschaftung unabhängiger Völkergruppen. Diese vorbildliche föderative Leistung lag wiederum tief im deutschen Wesen begründet, und zwar in der Mischung von starker Selbstbehauptung der Stammeseigenarten und hoher organisatorischer Begabung, wie sie sich im Mittelalter unter anderm in den verschiedenen Bündnen kundgab. So vermochte das deutsche Kaiserreich eine große Reihe fremder Nationalitäten politisch zu verknüpfen, ohne sie einer bestimmten Nationalität zentralistisch zu unterwerfen. Durch die Glaubensspaltung verlor dann die alte Reichsidee die wesentlichen Bedingungen ihrer Existenz. Gleichwohl erhielten sich die Restbestände noch weiter, wenn auch in lockerster Verbindung; im 19. Jahrhundert begann dann zwischen den partikularistisch auseinandergewachsenen Stämmen aufs neue der föderative Gedanke zu erwachen.«

Professor Foerster weist weiter darauf hin, daß die neuere deutsche Geschichte nur noch eine Geschichte des Partikularismus gewesen ist. Nach Frantz habe dann Bismarck seine Aktion in den Dienst einer oberflächlichen Zeitidee gestellt, nämlich der Theorie von der auf dem Nationalstaat aufgebauten Großmacht. Diese Theorie könne nicht als Ziel einer hochstrebenden Politik anerkannt werden, sie sei eine rein individualistische Theorie, die nur in dem Interregnum aufkommen konnte, in dem die mittelalterliche Vorstellung der civitas humana zerfallen war, ohne daß neue weltorganisatorische Ideen an deren Stelle getreten waren. An diese Ausführungen knüpft Foerster eine kurze Kritik der deutschen Geschichtsschreiber Ranke und von Sybel. Ranke zum Beispiel habe völlig den gewaltigen Unterschied des alten deutschen, universalistischen, übernationalen und darum weltführenden Reiches von dem neuen Nationalstaat verkannt.

»Das Heilige römische Reich deutscher Nation entsprang unmittelbar aus dem sozialorganisatorischen Geiste des Christentums; der Föderalismus war sozusagen die der Welt zugewandte Seite der christlichen Entwicklung, er vereinigte Freiheit und Einheit, er war Gemeinschaft ohne Unterdrückung, er verkörperte die Wahrheit und Notwendigkeit übernationaler Menschheitsinteressen. Das neue Reich hingegen ist ganz dem heidnischen Geiste entsprungen, nämlich dem rein national-egoistischen Individualismus, der seit der Renaissance von dem politischen Denken der Menschheit Besitz ergriffen hat, der in Bismarck seinen genialen und konsequentesten Praktiker gefunden hat, und der unaufhaltsam zu einer Katastrophe treiben mußte: wie alles in der Welt, was gegen den Geist der christlichen Wahrheit zu wirken und zu organisieren sucht. Daß gerade Deutschland jahrhundertlang der Träger föderalistischer Organisationen war, hing aufs engste mit dem deutschen Wesen zusammen, in dem ein leidenschaftlicher Unabhängigkeitssinn mit einem ebenso starken Drange nach freier Assoziation zusammenbesteht. Nur auf Grund dieser beiden Grundkräfte vermochte das alte Deutschland die eigenartige Lebensform hervorzubringen, die ihm die politische Symbiose mit ganz anderen nationalen Gruppen möglich und seine Verfassung überhaupt zu einem Symbol kommender Kulturgemeinschaft der Völker machte.«

Die bewegte Klage über den Sieg des starren Nationalitätsprinzips in der deutschen Geschichte durchzittert alle diese Frantz-Foersterschen Ideen über die Gestaltung des neuen Deutschen Reiches. Diese Gestaltung lag aber in der ganzen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungslinie der Zeit. In ganz Europa hatten sich festgegliederte, zentralisierte Nationalstaaten gebildet; und Deutschland war eigentlich einer der letzten Staaten, als es diesen Schritt in der allgemeinen politischen Evolution Europas tat. Über geschichtliche Notwendigkeiten Jeremiaden anzustimmen muß aber dem Politiker im allgemeinen als recht zwecklos erscheinen. Dieser ergreift

mit frischen Sinnen die in der Geschichte und durch die Geschichte gegebenen Verhältnisse, um die politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft in dem Geist zu gestalten, der sich ihm aus seiner ganzen Weltbetrachtung erschloß. In Frantz ist der Ethiker stärker als der Politiker. Mit dem ethischen Maßstab eines eigenartig konstruierten christlichen Ideals tritt Frantz an die ganze Geschichtsentwicklung der neuen Zeit heran. Er sieht sein ideales, universell gerichtetes Christentum in der deutschen Geschichte tätig bis zu den Tagen, da das alte Heilige römische Reich deutscher Nation zusammenbrach. Das Bismarcksche Reich deutscher Nation erscheint ihm als ein heidnischer Abfall von seinem christlichen Ideal. Das Christentum ist ihm eine völkervereinigende Macht, die jeden nationalen Egoismus grundsätzlich ausschließt und weltlich die Betätigung des föderativen Prinzips gebieterisch heischt. In seinem Kopf lebt etwa das Idealbild eines Christentums, das in einem Romantiker wie Novalis erstand. Dieser schreibt in seinem Schriften Die Christenheit oder Europa:

»Es waren schöne, glänzende Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo eine Christenheit diesen menschlich gestalteten Weltteil bewohnte; ein großes gemeinschaftliches Ideal verband die entlegensten Provinzen dieses weiten geistlichen Reichs.«²⁾

Es ist die am Christentum orientierte Politik des Heiligen römischen Reiches, in der Frantz sowohl wie Foerster ein Vorbild für die kommende Einigung Europas sieht. Daher ihre stark bewegte Trauer über die vom individualistischen Geist erfüllte heidnische Renaissance und über die Deutschland zersetzende Glaubensspaltung. Wir müssen eben an das friedensstiftende, völkereinigende Christentum der Romantiker denken, wenn uns Frantz-Foerster für das unmittelbar aus dem »sozialorganisatorischen Geiste des Christentums« entspringende Heilige römische Reich zu erwärmen suchen. Schreibt doch Novalis:

»Wer weiß, ob des Krieges genug ist, aber er wird nie aufhören, wenn man nicht den Palmenzweig ergreift, den allein eine geistliche Macht darreichen kann. Es wird so lange Blut über Europa strömen, bis die Nationen ihren fürchterlichen Wahnsinn gewahr werden, der sie im Kreise herumtreibt, und, von heiliger Musik getroffen und besänftigt, zu ehemaligen Altären in bunter Vermischung treten, Werke des Friedens vornehmen, und ein großes Liebesmahl als Friedensfest auf den rauchenden Wahlstätten mit heißen Tränen gefeiert wird. Nur die Religion kann Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes, friedensstiftendes Amt installieren. . . Wo ist jener alte, liebe, alleinseligmachende Glaube an die Regierung Gottes auf Erden, wo ist jenes himmlische Zutrauen der Menschen zu einander, jene süße Andacht bei den Ergießungen eines gottbegeisterten Gemüts, jener allesumarmende Geist der Christenheit? . . . Die Christenheit muß wieder lebendig und wirksam werden und sich wieder eine sichtbare Kirche ohne Rücksicht auf Landesgrenzen bilden, die alle nach dem Überirdischen durstige Seelen in ihren Schoß aufnimmt und gern Vermittlerin der alten und neuen Welt wird.«³⁾

Diese weltvereinende Kraft feiern auch Frantz und Foerster im Christentum, und sie glauben sie lebend und gestaltend im deutschen Kaisertum vergangener Zeiten erfassen zu können. Aber diese Idee ist zum guten Teil romantischer Schwarm, keine greifbare Wirklichkeit. Nicht einmal religiös hielt dieses Christentum Europas Völker zusammen, geschweige denn weltlich. Das Christentum ist schon vor der eigentlichen Glaubensspaltung vielfach durch Sektenbildung arg zerklüftet worden, und es zerfiel dann in ein

²⁾ Siehe Novalis Schriften, herausgegeben von Minor, 2. Band Jena 1907, pag. 22.

³⁾ Siehe Novalis, loc. cit., pag. 43 ff.

römischkatholisches und ein griechischkatholisches Christentum. Alles in allem war es nicht die Welt sondern nur ein kleiner Bruchteil der Welt, der religiös an das päpstliche Rom gebunden war. Wir dürfen die *Welt* nicht mit den Augen des römischen Christen anschauen, dem diese das Stück Erde war, das mit dem alten römischen Imperium zusammenfiel. Aber selbst dieses Reich konnte nicht vollständig von dem sozialorganisatorischen Geist des römischen Christentums durchsetzt werden, denn große Teile des Imperiums unterwarfen sich eben dem griechischen Katholizismus oder wurden später eine Beute des welterobernden Islams. In dem Herrschaftsbereich des römischen Katholizismus selbst war das deutsche Kaisertum nur eine staatliche Institution neben vielen anderen. Die englische und die französische Krone, die skandinavischen Reiche haben nie unter dem Zepfer des römischen Kaisers deutscher Nation gestanden. Und das scheinbar so machgebietende Kaisertum der Ottonen und Staufer mußte seine Kräfte schon schwer im Kampf mit den verhältnismäßig kleinen italienischen Städterepubliken erschöpfen. Die kaiserliche Macht hat im Mittelalter durchweg eine wahre Schattenexistenz geführt. Sie mußte sich bei allen Staatsaktionen die Hilfe begüterter Großgrundherren sichern. Der Kaiser selbst mußte ein großer Grundherr sein oder sich eine Hausmacht schnell erobern, sollte seine Gewalt nicht zum bloßen Schemen herabsinken. Die ganze Geschichte des deutschen Kaisertums im Mittelalter ist ja eine Geschichte rebellischer Treubrüche großer, zu Reichsdiensten verpflichteter Grundherren und öffentlicher Beamten.

Die mittelalterliche kaiserliche Gewalt hat die Hilfe der anspruchsvollen Grundherren meist teuer genug durch Abtretung großer Ländereien, durch Verleihung staatlicher Rechte an diese Herren erkaufen müssen. Sie half dadurch direkt neue Staatswesen, die Territorialstaaten, schaffen, in deren weitem oder engem Rahmen nun die deutsche politische Geschichte zumeist verläuft. Die Herrschaft über die fremden, dem Reich angegliederten Volksstämme ist aber dem Kaisertum schon sehr frühzeitig entglitten. Unter den sächsischen Kaisern befreiten sich vielfach die Slawen vom deutschen Einfluß, begründeten eigene, zum Teil heidnische Reiche. Karl Lamprecht spricht daher mit Recht von einem völligen Scheitern der kaiserlichen Reichspolitik auf slawischem Boden und von der eroberungssüchtigen Gewalterschaft der neuentstehenden Territorialherren, der Landesfürsten. Er schreibt nämlich in seiner Deutschen Geschichte:

»Während aber die kaiserliche Politik in der 2. Hälfte des 11. Jahrhunderts mit ihrer Behandlung der slawischen Verhältnisse endgültig Schiffbruch litt, drangen hinter ihr schon die Landesfürsten als bessere Erben der deutschen Interessen vor. Die sächsischen Fürsten, durch mehr als ein Jahrzehnt furchtbarer Kämpfe unter Heinrich IV. in ihren Sympathieen für das Reich entmutigt, übernahmen jetzt von sich aus die Führung der slawischen Politik, und für ihre Entschlüsse ist nicht mehr der Gesichtspunkt mitteleuropäischer Machtkonstellation maßgebend sondern anfangs der einfache Gedanke sich reiche Tribute unterworfenen Slawen zu verschaffen, später die Absicht auf slawischem Boden deutsche Landesherrschaften mit deutschen, einträglich zinsenden Untertanen zu begründen. Es ist die Politik, die zu den Anfängen einer Germanisierung des slawischen Ostens geführt hat.«¹⁾

Daß bei dieser »Germanisierung des slawischen Ostens« ein die Eigentümlichkeit der Slawen sorgfältig pflegendes föderatives Prinzip zur Anwendung kam, ist eine ganz unhaltbare Vorstellung. In großen Gebieten Ostelbiens

¹⁾ Siehe Lamprecht Deutsche Geschichte, 3. Band, 3. Auflage /Freiburg 1916/, pag. 355.

büßten die Slawen völlig ihre Sprache, ihre rechtlichen Institutionen, ihre Sitten und Gewohnheiten ein; in einigen nahm man ihnen diese allerdings nicht, aber die Germanen richteten sich auch hier als Herrenkaste auf. Auf ostelbischem Boden wird der slawische Bauer zuerst *gelegt*, enteignet und dann zu einem Leibeigenen herabgedrückt. Die gewaltsame Kolonisierung des Ostens ist wohl das größte und revolutionärste Ereignis der deutschen Geschichte gewesen: zwei Fünftel, fast die Hälfte des jetzt von Deutschen besiedelten Gebiets, sind dem Deutschtum durch Blut und Eisen erschlossen worden. In ihr wirkt sich sicher nicht das föderative Prinzip aus.

Diese knappe historische Betrachtung dürfte gezeigt haben, daß die Anschauungen Frantz-Foersters von dem die Welt organisierenden Geist des römischkatholischen Christentums so gewaltsam vergrößert und überspannt sind, daß sie von selbst auseinanderfallen müssen. Gewiß, die katholische Kirche war eine internationale Weltmachtorganisation. Das aber kann man nicht von der lange Zeit von der Kirche beherrschten, dann aber von dem Landesfürstentum völlig zersetzten Gewalt des deutschen Kaisertums sagen. Sie vegetierte tatsächlich nur im Schatten fort. Wenn unter diesem Kaisertum großzügige politische, wirtschaftliche und soziale Organisationen möglich waren, so entsprangen diese Organisationen nicht einer föderativen Politik des Kaisertums sondern der Selbsthilfe dieser Organisationen, einer durch die Schwäche der römischen Kaiseridee direkt gebotenen Selbsthilfe. Der Versuch Foersters nach Frantz den Föderalismus als ein machtvolles, die deutsche Geschichte der Vergangenheit gestaltendes christliches Prinzip zu erweisen, das im Rahmen der deutschen Kaiseridee germanische, slawische und romanische Nationen in Freiheit und Einheit zusammenhielt, scheint mir geschichtlich mißglückt zu sein.

Die Fruchtbarkeit des föderativen Prinzips für die Gestaltung Europas liegt aber nach meiner Meinung nicht in der Vergangenheit sondern in der Gegenwart und Zukunft. Hier kann es gerade, wenn auch in anderer Gestalt, in der Verständigung der zu Nationalstaaten zusammengeschlossenen Völker schöpferisch wirken. Zu dieser aktuellen und künftigen Bedeutung des Föderalismus führt nun Professor Foerster aus:

»Daß aber Deutschland wieder [?] ein Mittelpunkt föderativer Volksverbindung werden, und daß dazu in seiner eigenen Verfassung sowie in derjenigen Österreich-Ungarns die föderativen Tendenzen gestärkt werden müssen, und daß wir erst dadurch zu dem deutschen Wesen zurückkommen, an dem die Welt wirklich genesen kann, das dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen . . . Es kommt . . . darauf an, daß die junge Generation in Deutschland sich gründlich von der Bezauberung freimacht, mit der die falsche Romantik der neuen Reichsgründung die Seelen der älteren Generation umspinnen, deren ganzes Denken über völkropolitische Probleme verengt und es im Namen der *Realpolitik* den realsten Tatsachen und Bedürfnissen der neuern Weltentwicklung entfremdet hat. Nicht so, als sollte Vergangenes restauriert werden: auf den weltorganisatorischen, wahrhaft sozialen Geist kommt es an, von dem wir abgefallen sind und den wir wiedergewinnen müssen.«

Hier will Professor Foerster offenbar einen, durch das sozialorganisatorische Prinzip der Neuzeit beseelten Föderalismus in Tätigkeit setzen, einen dem Inhalt und der Form nach wesentlich neuen Föderalismus, der sich weit von dem ohnmächtigen alten des Heiligen römischen Reiches unterscheidet. In diesem Sinn betonte er auch wohl, daß die Welt heute nach Differenzierung und Freiheit, nach Einordnung und Organisation verlangt.

Und im Hinblick auf die Neuordnung der staatlichen Verhältnisse der Zentralmächte führt er aus:

»Das mit uns jedenfalls enger zusammenwachsende Österreich-Ungarn kann seine Völkerprobleme nur durch Reformen in der Richtung des föderativen Staatssystems lösen: man muß dort einander ferner rücken, um einander näher zu kommen. Anders sind Eigenart und Einheit nicht zu versöhnen. Fast alle großen inneren Schwierigkeiten der Doppelmonarchie im letzten Jahrhundert kamen doch daher, daß Österreich in der Behandlung seiner Völker zu sehr von der alten föderalistischen Reichsidee in das zentralistische Großmachtsregime mit deutschnationaler Vorherrschaft abgefallen war.«

Nach meiner Meinung hat aber die alte »föderalistische Reichsidee« eine höchst passive Existenz geführt. Die deutschnationale Vorherrschaft im alten Österreich war tatsächlich unbestritten, und sie wurde erst durch die nationalen Bestrebungen der slawischen Völkerschaften, die namentlich mit dem Jahr 1848 einsetzten, stark erschüttert. Und es ist meines Erachtens ein wesentlich neuer föderativer Grundsatz für Österreich, den Professor Foerster in den folgenden Worten ausspricht:

»Nicht *Germanisierung* sondern politische und kulturelle Vereinigung mit uns auf Grundlage der Selbstbestimmung wird das leitende Prinzip werden; schon um nicht von vornherein die anderen an uns grenzenden kleineren Gemeinwesen von jeder Art von Angliederung abzuschrecken.«

Als reife Frucht einer konsequenten Betätigung des föderativen Prinzips erscheint Professor Foerster das Werden eines mitteleuropäischen Bundes, wie ihn schon Konstantin Frantz vorausgeahnt hat, und der uns dann nach Foerster zeigen wird, »wie weit uns die Bismarcksche Ära mit ihrer Politik der nationalen Isolierung von der Erfüllung unserer eigentlichen und nicht zu umgehenden weltpolitischen Aufgaben zurückgeworfen hat«. Diese Politik, die zeitweilig ihre Augen zum Beispiel vor dem so brennenden Balkanproblem verschloß, hat die Einsicht in die stetig wachsenden weltpolitischen Notwendigkeiten des Deutschen Reichs erschwert. Foerster nennt sie eine Politik der »zentralisierenden Gewalttätigkeit«, deren Anwendung »auf das konfessionelle Problem, auf die Arbeiterfrage, auf das polnische und elsässische Problem« uns »verhängnisvolle und in Jahrzehnten nicht heilbare Not« gebracht habe.

Eine Erörterung und Kritik aller dieser Anschauungen Frantz-Foersterns kann hier im einzelnen nicht gegeben werden. Auch wenn man sie durchaus ablehnt, kann man ihnen das eine nicht absprechen, daß ihre Diskussion an sich geeignet ist das deutsche Blickfeld über die schwarzweißroten Grenzpfähle hinaus zu erweitern. Und solche Erweiterung ist heute nicht zum wenigsten zur Sicherung der deutschen Zukunft geboten. Wir Sozialdemokraten sind sicherlich weit davon entfernt das *föderative* Prinzip des alten Reichs, das Konstantin Frantz so plastisch ausgeprägt hat, als Muster annehmen zu wollen. Aber wir sind durch unsere ökonomische und historische Auffassung wesentlich davor geschützt Europa und die Welt aus den Augen zu verlieren. Seit den Tagen Saint-Simons lebt und webt ja in allen sozialistischen Umgestaltungsideen der Internationalismus, den wir allerdings nicht nach der Art der sogenannten Internationalisten als Abkehr von der nationalen Idee, vielmehr als deren notwendige und stark drängende Ergänzung betrachten. In diesem Sinn hat der begeisterte nationale Denker und überzeugte Sozialist Ferdinand Lassalle in der Idee des Arbeiterstandes ein internationales Prinzip gesehen. Unsere sozialistischen Lehrmeister ver-

standen es stets (das zeigt besonders deutlich der Briefwechsel zwischen Marx und Engels) die nationale Idee mit der internationalen zu vereinigen.

Daß die autonomen Nationen sich zu großen Verbänden föderativ zusammenschließen, gemeinsame Aufgaben gemeinsam lösen und gerade dadurch ihr eigenes Leben zur Auswirkung bringen: für diesen Gedanken wird die Sozialdemokratie stets eintreten. Der Weg zu solchem Zusammenschluß der Völker führt aber nicht durch mystisches Dunkel an dem Thron des alten römischen Kaisertums vorbei sondern durch die hellen Werkstätten der demokratisch-genossenschaftlichen Arbeit auf allen Lebensgebieten. Die Organisation der Welt wird sich vor allem durch starke Nationen in freier Kooperation vollziehen können.

XX

AUGUST WINNIG · DIE ZUKUNFT DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG



UGO Haase hat den 25. Juni 1916 einen »historischen Tag« genannt. An diesem Tag sprach Groß Berlin. Freilich nicht das Groß Berlin der Reichstags- oder Landtagswahlen sondern das der kleinen Zirkel, das sich in der Generalversammlung des Verbandes der Berliner Wahlvereine zusammenfand und dort sein Urteil fällt. Insofern mag es reichlich vermessen klingen in diesem Vorgang historische Größe zu erblicken. Aber nichtsdestoweniger hat das Wort Haases doch einen berechtigten Kern. Er würde weit deutlicher zu erkennen sein, wenn es der Parteipresse möglich gewesen wäre wahrheitsgetreu über den Verlauf der Groß Berliner Verhandlungen zu berichten. Das war nicht der Fall. Die Presse im Land kannte die dort gehaltenen Reden nicht, und auch der Vorwärts war nicht in der Lage der Öffentlichkeit den wirklichen Inhalt der Reden mitzuteilen. Das Wesentliche an den Verhandlungen sind nämlich nicht die Eichhornschen Resolutionen, die dort angenommen wurden, auch nicht die Ergebnisse der Wahlen, sondern die Reden Barths und Rosa Luxemburgs und die rauschenden Beifallsstürme, die diese Reden in der 400köpfigen Versammlung erweckten. Und hierin liegt allerdings eine Bedeutung, die über diese Zusammenkunft hinausgeht, die auch die Gewerkschaften empfindlich berührt.

Vergessen wir nie, daß die Zukunft der Arbeiterbewegung von den materiellen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse abhängt. Reden verklingen, Resolutionen vergilben, tiefe und dauernde Wirkung erhalten sie nur durch tatsächliche Zustände, und sie ist ihnen in dem Maß gesichert, wie sie diesen Zuständen gerecht werden. In den Gewerkschaften häufen sich die Sorgen Tag um Tag. Man kann dabei ganz von den finanziellen Beklemmungen absehen, die sich bei der langen Kriegsdauer in den Verbänden naturgemäß einstellen müssen; denn diese können und müssen durch die Solidarität der Organisationen überwunden werden. Aber etwas anderes ist es mit dem Mitgliederverlust, der im Jahr 1915 ohne die zum Heeresdienst Einberufenen nahezu eine halbe Million beträgt. Etwas anderes wiederum mit der Unmöglichkeit von den etwa 2 Millionen Frauen, die neu in das Erwerbsleben eingetreten sind, einen irgend nennenswerten Bruchteil für die Organisation zu gewinnen. Die deutsche Arbeit ist heute in viel geringerm Umfang als

vor dem Krieg organisierte Arbeit. Das ist eine Tatsache, die man heute im parteigenössischen Miniatur-Groß Berlin zwar nicht auf der Rechnung hat, die aber für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung schwerer wiegt als alle Reden, die man der Berliner Verbandsversammlung vorsetzte. Zu dieser Tatsache kommen einige andere. Eine große Gefahr droht den Arbeiterinteressen daher, daß die zunehmende Frauenarbeit, wie die Dinge heute liegen, den Lohndruck im Gefolge hat. Kein Mensch kann glauben, daß gerade in diesem Punkt bei Friedensschluß alles wieder so zurechtgerückt wird wie es vor dem Krieg stand. Aus mächtigen und übermächtigen Gründen werden wir einen großen Teil dieser Art Frauenarbeit in die Friedenszeit mit hinübernehmen müssen, und die Arbeiterschaft muß sehen, wie sie sich der lohndrückenden Wirkungen dieser Arbeit erwehrt. Welche Aussichten sie dabei hat, ergibt die Unfruchtbarkeit aller Bemühungen um die Organisierung der erwerbstätigen Frauen. Die Lohnansprüche der Arbeiter können auch mit Kriegsende nicht zurückgeschraubt werden, denn deren Unterernährung würde letzten Endes unsere gesamte Industrie, damit unsere nationale Wirtschaft überhaupt schädigen. Die Behauptung der Lohnansprüche aber fällt in eine Zeit, wo die deutsche Industrie nicht nur in früher ungekanntem Umfang staatliche Lasten zu tragen hat sondern auch den Kampf mit den Industrien der Konkurrenzländer um den Absatz unter veränderten Bedingungen führen muß.

Soweit man heute in gewerkschaftlichen Kreisen die Zukunft überdenkt, sieht man sie in erster Linie unter dem Gesichtswinkel dieser Schwierigkeiten. Es ist nur allzu verständlich, daß man darum dem Treiben der Opposition in der Partei mit steigendem Unwillen zusieht. Was uns angesichts der Aufgaben der Zukunft vor allem not tut, ist Stärke und Schlagfertigkeit der Organisationen, ist der feste Entschluß zu positiver und aufbauender Arbeit, der Wille an dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft tätigsten Anteil zu nehmen. Die Opposition ist drauf und dran alles dies zu vernichten.

Die Einheit der Partei ist dahin. Alle beschwörenden Mahnungen sie aufrechtzuerhalten sind in den Wind gesprochen worden. Die Meinungsdivergenzen haben sich zurzeit als unausgleichbar erwiesen. Was bedeutet die formale organisatorische Bindung bei solchen Gegensätzen, wie sie sich aus den Reden der Berliner Verbandsversammlung ergeben? Nun ist es natürlich klar, daß diese Vorgänge auch für die Gewerkschafter ihre Konsequenzen haben. Die Gewerkschaften haben sicherlich gut daran getan sich darauf zu beschränken ihre Politik fortzusetzen und sich in die Einzelheiten des Streits nicht einzumischen. Aber etwas anderes ist es, wie sie sich zu diesem ganzen Prozeß der innern Gärung verhalten wollen. Solange es sich um taktische Differenzen handelte, die schon durch den Fortgang der Geschehnisse überwunden werden konnten, war die Zurückhaltung völlig unbedenklich. Jetzt aber sind es keine taktischen Differenzen in diesem Sinn mehr, jetzt steht die Methode der Arbeiterpolitik als Ganzes zur Entscheidung. Längst ist der Streit um die Haltung zu den eigentlichen Kriegsfragen in den Hintergrund getreten. Man entnimmt ihm noch die Stichworte, aber der Inhalt des Gegensatzes ist weit über den Krieg hinausgewachsen. Ob sich die Wortführer der Opposition dessen bewußt sind oder nicht, bleibt sich dabei gleich. Was sich in der Berliner Verbands-

versammlung entlud, war der Ausdruck eines verstiegenen Revolutionarismus, der sich nicht mit Einzelheiten begnügen kann, der aufs Ganze geht und gehen muß. Es ist kein Kampf um die *alte, bewährte Taktik*, es ist ein Vorstoß der äußersten Intransigenz, der Verneinung um jeden Preis und unter allen Umständen. Was bedeuten auf jener Seite Leute wie Ledebour und Haase? Sie mögen für eine Weile erreichen, daß man sie duldet, als Aushängeschilder etwa; als wegweisende Führer, als leitende Köpfe der Opposition von Groß Berlin sind sie heute schon unmöglich, und sie werden es dauernd mehr. Die Leitung der Opposition liegt bei den Gesinnungsgenossen jenes trefflichen Mannes, der Ludwig Frank einen Verräter heißen durfte, ohne daß es auch nur einer gewagt hätte ein Wort des Protestes dagegen laut werden zu lassen. Hier gibt es kein Halten. Es ist das Gesetz der Extreme nach der äußersten Peripherie zu streben, sobald sie in Bewegung geraten. Ob man nach Groß Berlin oder nach Bremen oder nach Braunschweig blickt, wir sehen überall, wie man die halben und dreiviertel Oppositionellen beiseite schiebt und zur äußersten Grenze strebt. In dieser Erscheinung liegt freilich auch ein heilsames Korrektiv, das nach völliger Auswirkung des Extremis lebendig wird.

Wie berührt diese Entwicklung die Gewerkschaften? Kürzlich hat der Zentralvorstand des Schuhmacherverbandes, der auf dem Standpunkt steht, daß sich die Gewerkschaften um diesen Streit nicht kümmern dürften, seinen Verbandstag veranlaßt 3 Tage über diesen Streit zu verhandeln. Er hat damit selber durch die Tat bezeugt, wie nahe den Gewerkschaften diese Sache geht, und hat bekanntlich denn auch beschlossen die Generalkommission zu ersuchen die Frage auf einer Vorständekonferenz behandeln zu lassen. Sollte das geschehen, so werden die Gewerkschaften, wenn sie sich selber treu bleiben wollen, einen scharfen Strich zwischen sich und dieser Opposition ziehen müssen.

Im Frühjahr 1912 schrieb ich: »In der Arbeiterbewegung . . . vollzieht sich seit Jahren eine geistige Umwandlung. Wenn man früher, im Begeisterungsrausche des ersten Erkennens, das natürliche Ziel der Arbeiterbewegung, die Aufhebung der Klassenherrschaft, in kurzer Zeit, vielleicht durch eine gewaltige Kraftentfaltung, zu erreichen glaubte, so erkennt man nun, und zwar in um so größerem Maße, als man die gegnerischen Kräfte in ihrer festen Realität unmittelbar vor sich sieht und sich mit dem Widerstande abmüht, den sie uns entgegensetzen, daß die Erreichung jenes Zieles nur das Ergebnis einer Entwicklung sein kann, die sowohl durch unser tätiges Wirken wie durch das Prinzip des ökonomischen Fortschritts in der Gesellschaft bestimmt wird. . . In der Praxis bilden wir feste, dauerbare Organisationen, rechnen wir nüchtern auf Jahrzehnte mit der Fortdauer der bestehenden Wirtschaftsordnung. . . ; aber im Bewußtsein sehr großer Mitgliederkreise liegt der große Tag des jüngsten Gerichts und der endgültigen Erlösung sozusagen in der Luft: eine große Massenaktion, und der Klassenstaat liegt am Boden, seine Trümmer aber formen sich sogleich, durch eine ihnen innewohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen. . . Wer die Neugestaltung des sozialen Wesens in jenem ideologischen Lichte sieht, kann die gewerkschaftliche Arbeit nicht ihrer vollen Bedeutung entsprechend würdigen. Er sieht in ihr eine Arbeit des Tages für den Tag, die bald durch die große allgemeine Erlösung überflüssig geworden sein wird. Er sieht in

ihr nicht das unablässige Schichten von Stein auf Stein, das in seiner Mehrung der Macht des Proletariats die notwendige Vorbedingung der sozialen Umgestaltung ist. Er sieht in der gewerkschaftlichen Organisation lediglich ein Hilfsmittel für die bald überflüssig werdenden Lohnbewegungen, nicht die hohe Schule des Proletariats, in der es sich die Fähigkeiten zur Verwaltung des öffentlichen Wesens aneignet, wo es sich übt in der Betätigung eines edlen Solidarismus, damit gleichsam neue Menschen schaffend, wie sie eine neue Gesellschaft verlangt.«¹⁾ Der konservative Revolutionarismus, gegen den diese Sätze geschrieben waren, tritt uns heute in der führenden Opposition von Groß Berlin in unvergleichlich schärferer Ausprägung entgegen. Es ist heute wie damals klar, daß die Gewerkschaften um ihrer Aufgaben willen nicht die Wege jener außerhalb von Zeit und Raum wandelnden Leute gehen können. Unser ist die Arbeit, unser ist das mühselige Vorwärtsdringen, das um jeden Fuß breit Boden ringt, unser ist der Aufbau einer Arbeitermacht, an dem es Stein um Stein zu fügen gilt. Der Wille jener Leute ist auf Niederreißen und Zerstören gerichtet. Wir sehen eine Zukunft voller gewaltiger, aber unendlich schwieriger Aufgaben vor uns. Ihr und nur ihr können wir uns widmen. Wir Gewerkschafter haben die Verantwortung für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung auf unseren Schultern und damit auch für die Zukunft des deutschen Volkes überhaupt. Denn diese besteht in seiner schaffenden Arbeit, in dem Vermögen großer Leistungen. Und daher kann die Vertreterin der deutschen Produktionskraft, die deutsche Gewerkschaftsbewegung, im nationalen Interesse es nicht ruhig mit ansehen, wenn eine ideologische Intransigenz die Grundlagen des aufbauenden Schaffens ahnungslos zu zerstören sich anschickt. Sie wird vielmehr mit größter Energie die Arbeiterbewegung auf die Bahn bringen, die ihr die Sorge um ihre Klasse und ihre Nation weist.

Es mag sein, daß der wirtschaftliche und moralische Druck der Gegenwart den Strom der Arbeiterbewegung so hoch staut, daß jene abgestandenen Reliktenseen steigen und für eine Zeit ein brandendes Meer vortäuschen können. Sei es drum! Alles hat seine Zeit. Der Druck wird weichen. Wir werden wieder arbeiten können und werden vorwärtskommen. Das Bleibende ist nicht der hysterische Schrei, sondern die Arbeit. Und darum gehört die Zukunft trotzallem uns. Lassen wir dem Genossen Haase den »historischen« Tag. Wir haben gelernt nach Jahren zu rechnen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

England

Es war bisher englische Gepflogenheit während jedes Koalitionskampfes, den man gegen den jeweiligen Hauptgegner entfesselt hatte, unausbleibliche kleinere Zukunftssorgen mit ruhiger Gelassenheit dahinzunehmen: in der sichern Zuversicht, daß die Zukunft schon selber

neue Auswege aus neuen Verlegenheiten bieten werde. Erst die eine große Hauptsache und dann das kleinere Aufräumen, das sich nicht selten den ehemaligen Bundesgenossen zuwendete, wenn man sie weniger dringlich brauchte und wenn sie sich im Kampf für englische Weltinteressen genügend geschwächt und abgemattet hatten. Diesmal erhebt sich jedoch zu gleicher Zeit eine ganze Reihe von Zukunfts-

¹⁾ Siehe meinen Artikel Mehr Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 30. März 1912.

sorgen, die mit der Dauer des Krieges unheimlich rasch weiter wachsen, und die man nach dem Krieg kaum wie früher mit einer leichten Handbewegung wegzuschleichen hoffen kann. Der Krieg selber erst hat die Tauchboottechnik zu ungeahnten Leistungen angespornt, und soeben hat das Eintreffen des ersten deutschen Frachtauschiffes in Baltimore, wiederum eine bewunderungswürdige Tat der deutschen Industrie und des deutschen Unternehmungsgeistes (siehe die Rundschau Verkehr, in diesem Band, pag. 779), die bange Frage von neuem gestellt: ob die englische absolutistisch-nationale Seeherrschaft, deren sich ankündigender Gefährdung und internationaler Einschränkung dieser Krieg entgegenzutreten sollte, nicht unter der noch immer glänzenden Oberfläche trotz alledem zerspült und zernagt zu werden beginnt (womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß ein Verkehr durch Unterseehandelschiffe etwa schon die Freiheit der Meere bedeuten könnte, der politische Kampf um diese also weniger dringlich sei). Der Erhaltung und Steigerung der wirtschaftlichen Weltvorherrschaft Englands galt das heutige Ringen, aber es hat zugleich dem jugendlichen stärksten Nebenbuhler Englands, den Vereinigten Staaten, eine gewaltige Rangerhöhung im Außenhandel, in Kredit- und Zahlungsvermittlung, in der allgemeinen politischen Weltstellung gebracht, und es ist ein schwacher Trost, daß man mit Amerika vorläufig keine politischen Händel und vielleicht sogar eine verträglich umschriebene weltpolitische Interessengemeinschaft hat. Entschlüpfender gewohnter Gewinn ist für das Kapital oft nicht weniger schmerzhaft als unmittelbarer Verlust.

× Japan und Rußland ×

Die peinlichsten Erfahrungen scheint jedoch England mit seinem bisherigen Bundesgenossen Japan machen zu sollen, und man geht nicht zu weit, wenn man für die großen weltpolitischen Fragen Fernasiens und Ozeaniens in dem Krieg eine epochenmachende Wendezeit erblickt; aber wahrlich nicht zugunsten des englischen Übergewichts, das bisher fast allen hierhergehörigen Entwicklungen die Richtlinien vorschrieb. England hat die Ablenkung aller eigenen und aller europäisch-bundesgenössischen Kräfte auf Deutschland selbstherrlich gewollt und entschlossen geführt. Es hat dadurch aber selber ver-

ursacht, daß im Fernen Osten jede Hemmung für das japanische Macht- und Einflußstreben hinwegfiel. Und der gelehrige japanische Schüler Europas und vor allem Englands hat die Zeit der befreienden Ungestörtheit wacker und unverdrossen ausgenutzt. Zuerst gegenüber China, dessen Schwächung durch die inneren, vielleicht von Japan selber künstlich gesteigerten Verfassungskonflikte und Sezessionsbewegungen bereits jedem Druck von außen her verdoppelte Wirkung verliehen haben würde: auch ohne den Wegfall jeder Möglichkeit der Anlehnung Chinas an einen europäischen Großstaat. Noch folgenschwerer für England scheint jedoch die seit Jahren zunehmende japanische Verständigung mit Rußland, die jetzt durch ein förmliches Bündnis (unterzeichnet in Petersburg am 3. Juli) gekrönt worden ist. Beide vertragsschließenden Teile legen sich danach die Verpflichtung auf keine politische Abmachung und keine Verbindung einzugehen, die sich gegen den andern Teil richtet. Bei der Bedrohung des ostasiatischen Gebiets oder der anerkannten besonderen ostasiatischen Interessen eines Partners wollen Rußland und Japan sich jedesmal über die nötigen Maßregeln zur Unterstützung und Hilfeleistung verständigen, um diese Rechtsinteressen zu schützen und zu verteidigen.

Der ausschließliche Gewinn dabei ist zunächst auf der Seite Japans, dem Rußland bereits durch den Vertrag von 1910 in der Südmandschurei und Ostmongolei, von dem einverleibten Korea ganz abgesehen, den ausschlaggebenden Einfluß einräumte, und das nunmehr auch den Südtteil der Eisenbahnstrecke Charbin-Kwangtshwengtse (also wahrscheinlich die Teilstrecke Sungari-Kwangtshwengtse) für sich gewinnt. Das Ganze jedoch mutet wie eine scharf unterstrichene warnende Erklärung an: daß ostasiatische und chinesische Fragen in Zukunft nur unter entgegenkommender Fühlungnahme mit den neuen Bündnismächten zu regeln sein sollen. Und das vernehmliche Halt, das aus einer solchen Kundgebung herauströnt, richtet sich in erster Linie gegen England und die Vereinigten Staaten, die mit dem Losungswort der offenen Tür bisher jeden unwillkommenen wirtschaftspolitischen Einfluß und territorialen Erwerb fernzuhalten suchten. Die deutsche Politik hat in der Vergangenheit wohl manchen Fehler begangen,

als sie zu sehr auf die Erreichbarkeit eines dauernden Interessenausgleichs mit England baute und die Verbindungswege nach Rußland und schließlich auch nach Japan allzu gleichmütig verfallen ließ. Zu der neuen weltpolitischen Orientierung wird größere Klarheit in unserer äußern Gesamtpolitik gehören müssen. Aber schon durch die zweiseitige Verständigung zwischen Rußland und Japan ist England empfindlich getroffen, wenn es auch, da ihm nichts Besseres übrigbleibt, sein Einverständnis und seine vorherige Unterrichtung mit sauer süßer Miene hervorhebt.

×
Japans
Wirtschafts-
aufschwung

×
Doch selbst bei der bloßen
Beobachtung des wirt-
schaftlichen Gedeihens Ja-
pans durch Kriegslieferungen nach
Rußland und durch Steigerung des sonstigen
Außenhandels infolge des Wegfalls
des deutschen, jedoch auch manches
wichtigen britischen Wettbewerbs
ist dem englischen Vollblutkapitalisten
sehr unbehaglich zumute. »Der Krieg«,
schreibt ihr Korrespondent in Tokio den
Times (Trade Supplement vom Juli
1916), »hat eine solche Umgestaltung der
japanischen Produktionswelt hervorge-
rufen wie man sie nie zuvor sah. . . Da
alle britischen Firmen für die englische
Munitionserzeugung vollauf zu tun
haben, so kann man sagen, daß sie für
Maschinenlieferungen und ähnliches
nicht mehr in Betracht kommen. . .
Dann sah man auf allen Seiten in Japan
das einzige verfügbare Land für Waren-
lieferungen, die bisher den kriegführenden
Staaten zugefallen waren. Aufträge
strömten nur so zu, aus Indien, Süd-
afrika, Australien, Niederländisch In-
dien und der Südsee, für alle Arten bil-
liger Massenwaren, für Spielzeug, Per-
len, Wirkwaren, Glas, Tischlererzeug-
nisse. . . Das Ende wird sein, daß man
Japan viel besser ausgerüstet wieder-
finden wird für das kräfteanspannende
industrielle Ringen, das nach dem Frie-
den sich einstellen muß.« Das am Krieg
so sehr mitschuldige Londoner Weltblatt
fügt redaktionell seinerseits etwas klein-
laut hinzu; es sei zwar irrig in dem Vor-
teil eines andern Volkes immer gleich
die eigene Benachteiligung, in diesem
Fall also eine Zurückdrängung des briti-
schen Exports zu sehen: »Aber es tritt
doch unbestreitbar hervor, daß große
Wandlungen in den Außenbeziehungen
bevorstehen, und es war für die britische
Geschäftswelt niemals so nötig den
Handelsentwicklungen mit größter Auf-

merksamkeit zu folgen.« Vollends in
a u s t r a l i s c h e n Korrespondenzen un-
serer amerikanischen Parteiblätter, bei-
spielsweise im Milwaukee Leader vom
13. April 1916, findet man die bittersten,
leidenschaftlichsten Klagen über die
wachsende Bedrohung durch die, ohne
höhern Zollschutz erdrückende japa-
nische Warenkonkurrenz, der bald ein
neues Anschwellen der allgemeinen ja-
panischen Gefahr für die australische
Arbeiterklasse abermals folgen werde.
Die britische Weltpolitik ist in der Tat
nicht so interesseneinheitlich und so all-
seitig unverwundbar wie sie sich nach
außen um ihres Ansehens willen gern
gibt.

×
Deutsche
Politik

×
In scharfen Umrissen das
richtigste Bild der bishi-
gen Entwicklung der welt-
politischen Beziehungen zwischen
Deutschland und England hat wohl
Fürst von Bülow in seinem eben
herausgegebenen Werk Deutsche Politik
/Berlin, Hobbing/ gezeichnet (auf das
später noch ausführlicher zurückzukom-
men sein wird). Wir durften, heißt es von
der eigentlichen Bülowperiode der Reichs-
politik, »uns weder von einer grundsätz-
lich gegen England gerichteten Politik
das Gesetz unseres Entschließens und
Handelns vorschreiben lassen, noch
durften wir uns um der englischen
Freundschaft willen in englische Abhän-
gigkeit begeben. Beide Gefahren waren
gegeben und rückten mehr als einmal in
bedenkliche Nähe. In unserer Entwick-
lung zur Seemacht konnten wir weder
als Englands Trabant noch als Anta-
gonist Englands zum erwünschten Ziele
kommen. . . Solange wir zur See nicht
verteidigungsfähig waren, konnten wir
ein wirklich gutes und vertrauensvolles
Verhältnis zur größten Seemacht nur
haben, wenn wir auf den Ausbau unse-
rer Flotte verzichteten. Wir hätten die
weitere Entwicklung nicht nur unserer
Kriegs- sondern auch unserer Handels-
flotte aufgeben und ein für allemal der
Hoffnung entsagen müssen im Übersee-
handel mit England in Wettbewerb zu
treten. . . Als Englands Feind aber
hätten wir schwerlich Aussicht gehabt
in unserer Entwicklung zur See- und
Welthandelsmacht so weit zu kommen,
wie wir am Ende gelangt sind. Wäh-
rend des Burenkrieges . . . schien sich
wohl eine Gelegenheit zu bieten den
stillen Widersacher unserer Weltpolitik
empfindlich zu treffen. Wie im übrigen
Europa gingen auch in Deutschland die

Wegen der Burenbegeisterung hoch. Unternahm es die Regierung England in den Arm zu fallen, so war sie des Beifalls der öffentlichen Meinung gewiß. Für einen momentanen Erfolg gegen England schien vielen die europäische Konstellation günstig und namentlich die französische Hilfe sicher. Aber die europäische Interessengemeinschaft gegen England war nur scheinbar. . . Die Gefahr lag nahe, daß wir von Frankreich gegen England vorgeschoben wurden, während Frankreich selbst sich im psychologischen Moment der Mitwirkung versagte.« Wie verschieden man auch über diesen letzten Punkt denken mag: die Zusammenhänge zwischen allzu schwacher Seegewalt und vorsichtig lavierender, gelegentlich sogar mit einem machiavellistischen Beigeschmack behafteter Weltpolitik treten hier wohl ganz treffend hervor. Nachdem jedoch England, im Grunde die einzig entscheidende Macht und von seinem Interessensstandpunkt aus ganz folgerichtig, einmal den konfliktswahrgangenen Weg der Einkreisungspolitik und schließlich des offenen kriegerischen Zusammenstoßes klar gewollt habe, sei ihm »nur mit gleicher Entschlossenheit und gleichem Zielbewußtsein beizukommen. . . Unsere Zukunft hängt davon ab, daß wir unter gleich rücksichtsloser Einsetzung aller Kräfte und Mittel den Sieg erringen und freie Bahn gewinnen. Wir haben . . . das Recht und die Pflicht mit der eigenen Sicherheit und Unabhängigkeit zur See wirklich ausreichende und vor allem reale Gewähr für die Freiheit der Meere, für die fernere Erfüllung unserer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Aufgaben zu erlangen. Wie in dieser Beziehung das große Ringen ausgeht, wird entscheidend sein für das Gesamtergebnis und die Gesamtbeurteilung des ganzen Krieges.«

× Nation und Arbeiterbewegung

×

Der geistige Umschwung, den der Krieg bei den meisten Sozialdemokraten des ältern und üblichen Gepräges hervorgerufen hat, findet seine persönlich anziehendste und gefühlsmäßig lebendigste Darstellung in der größern Schrift des Genossen Konrad Haenisch die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg (Berlin, Schwetschke), die kein Parteigenosse und überhaupt kein Politiker, gleichviel welcher Richtung, unbeachtet lassen sollte. Die »Revolutionierung unserer ganzen Vorstellungswelt« durch den

Krieg, die daraus folgende Krise der deutschen und der ganzen internationalen Sozialdemokratie weiß Haenisch mit einem nicht gewöhnlichen schriftstellerischen Talent zu schildern, und im Gegensatz zu manchem unserer geborenen Vertuschungsräte und Mehrheitsmantelträger spricht er auch offen aus, wozu er sich innerlich, offenbar unter manchen Kämpfen und Enttäuschungen, durchgerungen hat: Es kommen hier nicht in erster Linie die äußeren Begleitumstände der sozialistischen Krise in Betracht, sondern der innere Gehalt dieser Krise selbst. An ihm aber sind keineswegs nur die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei interessiert, sondern in letzter Linie das ganze deutsche Volk. Handelt es sich doch nicht um die Krisis irgendeiner gleichgültigen Sekte sondern um die Krisis der weitaus stärksten politischen Partei Deutschlands, die zugleich die stärkste und am besten organisierte politische Partei der Welt ist. Das Wohl und Wehe dieser Partei und ihre Schicksale greifen weit hinaus über den Kreis ihrer Mitglieder, sie gehen schließlich jeden Mann und jede Frau in Deutschland, sie gehen die ganze Nation an. Von dem Ausgang der Krise, in der sich heute die deutsche Sozialdemokratie befindet, wird in den nächsten Jahrzehnten zu einem guten Teil die Gestaltung der innern und äußern Politik Deutschlands abhängen. . . Und eben deshalb hat dieses deutsche Volk geradezu ein Recht darauf, auch soweit es nicht sozialdemokratisch ist, über das Wesen und den Verlauf der gegenwärtigen Krisis in der Sozialdemokratie unterrichtet zu werden. . . Deshalb wird eine zusammenfassende Darstellung, die sich von aller Polemik nach Möglichkeit freihält, willkommen sein. Einen Versuch nach dieser Richtung hin stellt die vorliegende Schrift dar.« Aber nicht nur als offenes Bekenntnis sondern auch als Dokumentensammlung für die in der Sozialdemokratie stets vorhandenen widerstreitenden Grundströmungen ist das Buch von Wert. Und hoffentlich bleibt auch seine Schlußmahnung nicht ohne Wirkung: »Wir haben den Boden gezeichnet, auf dem die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands bereit ist im neuen Deutschland und am neuen Deutschland freudig mitzuarbeiten. Noch einmal hat die Stunde geschlagen, in der, ungeachtet aller Klassengegensätze und Klassenkämpfe, eine innere Einigung des deutschen Vol-

kes, eine Eingliederung auch der deutschen Arbeiterschaft in das Staatsganze möglich ist. Mehr als einmal sind solche günstigen Stunden versäumt worden. . . Wird man die noch einmal ausgestreckte Hand der deutschen Arbeiter abermals brutal zurückstoßen? Dann würde aus dieser offenen Hand von neuem die geballte Faust werden: und zwar von Rechts wegen. Geht nicht eine sehr ernste und gründliche Neuorientierung auch auf der andern Seite vor sich, dann ist auch die große innere Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit geworden. . . So kommen auch die Daheimgebliebenen um die Pflicht nicht herum auch an ihrem bescheidenen Teil dazu mitzuhelfen, daß heute schon das Morgen vorbereitet werde. Einen Baustein zu dem großen Werke möchten auch diese Blätter beitragen. Es gilt die deutsche Zukunft. Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!«

×
 Kurze Chronik Am 5. Juni ist Yüan-schikai im Kaiserpalast zu Peking eines plötzlichen, wahrscheinlich gewaltsamen Todes verschied. × Am gleichen Tag fand Horatio Lord Kitchener bei der Überfahrt nach Rußland seinen Tod in der Nordsee (siehe über diese beiden Toten als Träger des Weltmachtgedankens den Artikel Quessels, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 686 ff.). Der 66jährige Kitchener war wohl diejenige Persönlichkeit, auf deren unbeirrbarer Tatkraft man in England die meisten Hoffnungen auf eine siegreiche Beendigung des Krieges gesetzt hatte. × Am 19. April starb der Generalfeldmarschall Kolmar Freiherr von der Goltz, fast 73 Jahre alt, am Flecktyphus in Mesopotamien. Er hat seinen Tod in einer Zeit gefunden, da die von ihm reorganisierte türkische Armee den Beweis ihrer Kriegstüchtigkeit erbrachte. × Bei der Trauerfeier für von der Goltz im Reichstag am 19. Juni ist Generaloberst Helmut von Moltke einem Herzschlag erlegen. Er ist 68 Jahre alt geworden und stand 8 Jahre lang an der Spitze des Großen Generalstabs; von diesem Posten ist er im ersten Kriegsjahr zurückgetreten. Er war als Mensch eine überaus sympathische, geistig hochstehende Persönlichkeit. × Ein Bruder des Fürsten Bülow, der frühere Gesandte Dr. Alfred von Bülow,

starb am 26. Juni in Baden-Baden. Fürst Bülow hat während des Krieges nunmehr 2 Brüder verloren. × Der frühere österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin Ladislaus von Szögyeny-Marich ist im Alter von 75 Jahren am 11. Juni auf seinem Gut Czor gestorben. Der Verstorbene hat sich während seiner Botschafterzeit große Verdienste um die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Zentralmächte zu einander erworben; auch am Dreibund (der während des Krieges zu seinem Schmerz sein Ende fand) hatte er lebhaften Anteil. Er erfreute sich in Berlin großen Ansehens. × Eine noch stärkere Einschränkung des Rechts der Neutralen dürfte die Folge der formellen Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration sein, die in einer Erklärung Lord Robert Cecil's am 29. Juni im englischen Unterhaus erfolgte, natürlich unter Zustimmung Frankreichs und der übrigen Ententestaaten. × Das englische Kriegsministerium übernahm an Stelle Lord Kitcheners Lloyd George. Vorher hatte das Kabinett dessen Vorschläge zur Beruhigung Irlands angenommen: das Homerulegesetz, das für die Kriegszeit, obwohl parlamentarisch erledigt, in der Schwebe gelassen war, soll rasch in Kraft treten, jedoch unter Ausschluß der 6 protestantischen Grafschaften Ulsters, die also wie bisher dem Imperial Government unterstellt bleiben. × Die Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten sind nunmehr von den großen Parteikonventionen ernannt: für die Republikaner, unter ziemlich kläglicher Niederlage Roosevelts, der Richter am Höchsten Bundesgerichtshof Charles E. Hughes, der frühere Staatsgouverneur von New York; für die Demokraten Wilson; und für die Sozialisten, an Stelle von Debs, Allan L. Benson, einer der tätigsten Schriftsteller der amerikanischen Partei, dem man vor allem im Appeal to Reason und in Pearson's Magazine viel begegnete. × Der geistige Führer der vollen Unabhängigkeitspolitik für Irland Sir Roger Casement wurde wegen seiner Beteiligung am irischen Aufstand zum Tode verurteilt. Ob das Urteil wirklich vollstreckt werden wird, steht noch dahin. Man wird für diesen Mann, der sein Leben für die Freiheit seines Landes einsetzte, unabhängig von der politischen Stellungnahme, die wärmste Sympathie empfinden. × Von

dem Militärgericht 1. Instanz ist Karl Liebknecht zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Gesetz ließ keine andere als die furchtbare Zuchthausstrafe zu. Die Richter haben dem Verurteilten aber die Beibehaltung der bürgerlichen Ehrenrechte zuerkannt, weil seine Straftat nicht ehrloser Gesinnung entsprungen sei. In der Tat ist Liebknecht mit seiner Person für seine Überzeugung eingetreten. Das darf auch von uns nicht verkannt werden, gerade weil wir in den entscheidenden nationalen Fragen ihn sachlich auf das schärfste bekämpfen müssen. Die Tatsache, daß die Richter das Mindeststrafmaß beschlossen haben, zeigt übrigens, daß der Reichstag und namentlich die übereifrigen liberalen Abgeordneten übel daran taten, als sie bei der Beschlußfassung über die Aussetzung der Strafverfolgung auf ein wichtiges Reichstagsrecht verzichteten, ohne durch die Schwere des Falles unbedingt dazu gezwungen zu sein.

WISSENSCHAFT

Rechtswissenschaft / Hugo Heine mann

Wucher Die Erfahrungen während des Krieges haben das völlige Versagen der Wuchergesetzgebung erwiesen. Daß die Fassung des Gesetzes durchaus unzureichend ist, war bereits in der Friedenszeit jedem Sachkundigen bekannt. In den Jahren 1902 bis 1910 sind im Deutschen Reich ganze 16 Verurteilungen wegen Sachwuchers erfolgt, im Jahr also durchschnittlich nicht einmal 2. Die Ursache dieser Erscheinung liegt hauptsächlich darin, daß in unserm Strafgesetzbuch der Sachwucher eine privilegierte Stellung einnimmt. Der Sachwucher wird nur bestraft, wenn er gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen wird. Während beim Kreditwucher die Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit nur strafe erhöhender Umstand ist, wirkt sie beim Sachwucher strafe begründend. Der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch wollte diesen Standpunkt festhalten. Er schlug in § 303 vor auch künftighin den Sachwucher nur zu bestrafen, wenn er gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betrieben werde. Die Begründung hierzu wird stark von manchesterlichen Argumenten beeinflusst. Insbesondere ist man von der Furcht beherrscht durch allzu große Einengung der sogenannten Wucherfreiheit den Verkehr lahmzu-

legen. Überaus charakteristisch sind die Schlußworte dieser Argumentation: »Endlich widerspricht es der Auffassung der im Erwerbsleben tätigen Bevölkerungsklassen in einem besonders vorteilhaften und deshalb als glücklich angesehenen Einzelgeschäft, wie etwa in einem günstigen Vieh- oder Grundstücks- oder Warenverkauf den Tatbestand des Wuchers zu erblicken.« Ob wirklich die im Erwerbsleben tätigen Bevölkerungsklassen diese Ansicht hegen, soll hier dahingestellt bleiben. Daß eine solche Auffassung aber mit der Verantwortlichkeit, die jeder einzelne gegenüber dem Staatsganzen hat, unverträglich werden kann und in solchem Fall keine Berücksichtigung verdient, kann der Gesetzgeber ruhig als die Meinung des überwiegenden Teils des deutschen Volks bei der anzustrebenden gesetzlichen Regelung zugrunde legen. Diese muß dahin gehen, daß die Wuchergesetzgebung sich auf jedes Rechtsgeschäft unter den selben Voraussetzungen wie auf den Darlehnsvertrag zu erstrecken hat.

Das Reichsgericht hat in sehr verständigen Entscheidungen versucht dem Wucher zuleibe zu gehen, soweit das die stumpfen Waffen des geltenden Rechts gestatten. Das höchste Gericht hatte in Anwendung der Kriegsgesetze die Frage zu entscheiden, inwieweit die Berücksichtigung des Marktpreises das Merkmal der übermäßigen Preissteigerung ausschließt. Dabei entschied es: Beruht der Marktpreis auf einer Marktlage, die durch unlautere Machenschaften und ein Handeln wider die guten Sitten im Verkehr zustande gekommen ist, also rechtlich zu mißbilligen ist, so kann der Marktpreis selbstverständlich nicht vom Recht als maßgebend für die Frage des Übermaßes an Gewinn bei einer Preisforderung angesehen werden. Die Berücksichtigung der Art der Marktlage und ihrer Ursachen hindert es vielmehr gerade den durch sie geschaffenen Preis zum gerechten Maßstab dafür zu nehmen, ob der Gewinn übermäßig ist. Sein Zustandekommen beruht dann auf einem Mißbrauch und wird nicht dadurch zu einem vom Gesetz zu berücksichtigenden Gebrauch, daß er allgemein Verbreitung gefunden hat. Wollte man den Marktpreis, der selten einen übermäßigen Gewinn bringt, nur um seines Daseins willen als maßgebend ansehen, so würde der Zweck des Gesetzes, der auf eine Verbilligung hinzielt, nicht erreicht son-

dern in sein gerades Gegenteil verkehrt werden. Die vom Gesetz gewollte richtige Berücksichtigung der Marktlage erheischt in diesen Fällen geradezu ein Hinuntergehen unter den Marktpreis. In ganz ähnlicher Weise hat sich auch der österreichische Oberste Gerichts- und Kassationshof ausgesprochen. Er sagt bei Erörterung der Frage, wann das Begriffsmerkmal der offenbar übermäßigen Preise für unentbehrliche Bedarfsgegenstände vorliegt: »Die wirklichen Erstehungskosten und der übliche Gewinn sind die greifbaren Größen, die eine Beurteilung zugrunde legen muß, die den Absichten des Gesetzgebers gerecht werden will. Der Gesetzgeber wollte mit seiner Vorschrift ein Gegengewicht gegen die wirtschaftliche Übermacht der Besitzer von Vorräten unentbehrlicher Bedarfsgegenstände schaffen und die Bereicherung einzelner auf Kosten der Gesamtheit verhindern. Die gewillkürten Markt- oder Tagespreise als Richtschnur nehmen hieße den teuersten Preis entscheiden lassen, wofür jede vernünftige und sittliche Rechtfertigung fehlt, hieße dem Verkäufer und nicht dem Käufer einen Schutz gewähren, dessen der erstere im Kriege gewiß nicht bedarf.« Das sind Richtlinien, die gewiß vom sozialpolitischen Standpunkt aus Billigung verdienen. Sie sind aber nur Palliativmittel. Wirkliche Abhilfe kann nur eine Gesetzesänderung schaffen, die rückhaltlos mit der auf manchesterlicher Überspannung beruhenden Unterscheidung zwischen Sach- und Kreditwucher bricht.

Im Tag vom 14. Juni 1916 zieht Herkner einen Vergleich zwischen dem Verhalten der organisierten Arbeiterschaft und eines nicht unerheblichen Teils anderer Volkskreise in diesem Kriege. Er sagt: »Im Gegensatz zu manchen anderen Erwerbsgruppen, welche selbst vor einer wucherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur nicht zurückgeschreckt sind, hat die organisierte Arbeiterschaft jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eingestellt. Hier war es nicht notwendig durch gesetzliche Höchstpreise einem Wucher mit der Verwertung der Arbeitskraft entgegenzuarbeiten. Die sozialistische Schulung und Disziplin, welche das Interesse des Ganzen den Sonderinteressen voranzustellen lehrte, haben hier, zum Beispiel im Gegensatz zur englischen Arbeiterschaft, Triumphe gefeiert.« Das sind Worte, die uns sehr sympathisch be-

rühren. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nicht auch die Arbeiter an der allgemeinen Preissteigerung teilgenommen hätten. In der Tat sind ihre Löhne, namentlich in den unmittelbar oder mittelbar für die Kriegsbedürfnisse arbeitenden Industrien, nicht unbedeutend erhöht worden (siehe die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band, pag. 589). Ebenso muß man sich vor jenem Fanatismus hüten, der am liebsten jede Preissteigerung durch Produzenten oder Händler als Wucher bestrafen sehen möchte. Man darf die Gestaltung der Wuchergesetzgebung nicht etwa vom Standpunkt des bloßen Konsumenteninteresses aus betreiben, muß vielmehr hier, wie überall, das Produktionsinteresse im Auge behalten und auch in der Tätigkeit des Händlers, solange und soweit sie nicht durch staatliche oder genossenschaftliche Organisation abgelöst ist, die für die Gesamtheit notwendige Funktion erkennen. Es gilt eben genaue Merkmale aufzustellen, durch die sich die volkswirtschaftlich gebotene von der eigensüchtig-willkürlichen Preissteigerung unterscheidet: eine sehr schwierige Aufgabe, deren Lösung nicht den Juristen überlassen bleiben sollte, die vielmehr nur unter Mitwirkung der Volkswirtschaftler und der berufenen Organisationen der Produktion und des Handels zustande kommen dürfte.

×

Vereinsrecht Der Reichstag hat die Vereinsgesetznovelle in der von der Regierung vorgelegten Fassung (siehe meinen Artikel in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 473 ff.) unverändert angenommen. Die sozialdemokratische Partei hat damit einen Sieg in einem Kampf errungen, den sie gegen zwei Fronten zu führen hatte, einmal gegen die Konservativen, die die Gelegenheit benutzen wollten, um die sonderrechtliche Behandlung der Landarbeiter im geltenden Recht noch weiter zu verschärfen, und sodann gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, deren auf Tatenlosigkeit und Rhetorik eingestelltes Programm ihr nicht gestattet positive Vorteile für die Arbeiterschaft zu erringen, da damit deren Interesse am Gegenwartsstaat verstärkt und ihr vollends die Schälheit revolutionärer Tiraden klar werden würde. Die Arbeitsgemeinschaft nahm alte, niemals verleugnete, für die Regierungen aber zurzeit unannehmbare

Forderungen der sozialdemokratischen Partei auf; diese sollte damit vor die Alternative gestellt werden entweder formal gegen ihr eigenes Programm zu verstoßen und sich die fremdsprachigen Arbeiterschichten zu entfremden oder das Zustandekommen des für die Gewerkschaften überaus wertvollen Gesetzes zu vereiteln. Die sozialdemokratische Partei hat nicht gezögert praktische, den wirklichen Arbeiterinteressen dienende und daher den berufsmäßigen Versammlungsrednern unbequeme Gegenwartsarbeit zu verrichten. Man kann nur wünschen, daß der damit eingeschlagene Weg nicht wieder verlassen werden und die Partei nicht vor der eigenen Courage Angst bekommen möge. Die Partei wird in Zukunft noch oft wählen müssen, ob sie den von der Arbeitsgemeinschaft eingeleiteten Wettkampf um den Radikalismus mitmachen und damit auf Mitarbeit an einer wirklichen Verbesserung der Lage des Proletariats verzichten, oder ob sie sich eine ernsthafte Wirkungsmöglichkeit verschaffen will. Der von dem Reichstag gewählte Ausweg war richtig. Man hat in einem besonders, die Sprachenfrage regelnden Gesetzesvorschlag die Wünsche des Reichstags zum Ausdruck gebracht, die die Regierung in der Lage ist zum Gesetz zu erheben, wenn die im stärksten Fluß befindlichen historischen Ereignisse die Übersicht über die Materie in ihrer ganzen Tragweite ermöglichen und die politische Lage es auch den Gegnern der Reform gestattet ihre Argumente in vollem Umfang vorbringen zu können, ohne daß sie dabei durch Umstände gehindert sind, auf die im Augenblick Rücksicht genommen werden muß. In einem besondern Beschluß wurde sodann der von der Regierung vorgelegte Entwurf zum Gesetz erhoben.

Der neue § 17a des Reichsvereinsgesetzes lautet also nunmehr wie folgt: »Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mit-

glieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen. Man hat dieser Fassung vorgeworfen, daß sie zu unbestimmt, vage und dehnbar sei und der willkürlichen Auslegung Tür und Tor öffne. Diese Behauptung ist unbegründet. Gewiß ist gegen eine mißbräuchliche Auslegung der Gesetzesworte kein Kraut gewachsen. Aber weil dies eben der Fall ist, müßte man überhaupt auf Gesetze verzichten, wenn man eine Formulierung verlangt, deren unzulässige Anwendung zu den Unmöglichkeiten gehört. Es kann sich verständigerweise immer nur darum handeln eine Formulierung zu finden, die das, was der Gesetzgeber sagen will, so klar zum Ausdruck bringt wie dies mit den Mitteln der Sprache überhaupt möglich ist. Das aber ist hier der Fall. Das Gesetz besagt zweierlei: Zunächst, jede parteipolitische Betätigung macht eine Gewerkschaft zu einem politischen Verein und beraubt sie der Mitgliedschaft des jugendlichen Nachwuchses. Damit wird eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck gebracht. Auch würde eine solche parteipolitische Betätigung über den Rahmen hinausgehen, den die Gewerkschaften sich selbst gesteckt haben. Es ist überaus interessant und charakteristisch, daß die selben Leute, die an der Nichtgewährung dieses Privilegs die ganze Vereinsgesetznovelle scheitern lassen wollten, auf der andern Seite verlangen, daß die Gewerkschaften in allen parteipolitischen Diskussionen hübsch den Mund halten, daß sie ruhig und gelassen zusehen, wie man sie abschlachtet, um eine treffende Bemerkung des Korrespondenzblatts der Generalkommission zu wiederholen, und daß sie die Neutralität bis zur Selbstverleugnung treiben, während eine Handvoll unbelehrbarer Unentwegter den Scheiterhaufen schichtet, auf dem die Gewerkschaften verbrannt werden sollen. Weiter gibt die Novelle den Gewerkschaften die Einwirkung auf Angelegenheiten der Sozial- und Wirtschaftspolitik frei. Die Motive zum Gesetz erklären mit Recht diese Fassung einerseits als ausreichend, da sich unter den einen oder den andern dieser Begriffe alle mit den Aufgaben der Gewerkschaften in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten bringen lassen werden, andererseits aber auch als unbedingt notwendig. Der Vertreter der Regierung sagte durchaus zutreffend in der Reichstagssitzung vom 10. Mai: »Ich kann mir schwer vorstellen, daß es

eine Gewerkschaft gibt, die nicht, um ihre Berufsinteressen zu wahren, in irgendeiner Form eine Einwirkung auf die Verwaltung oder die Gesetzgebung ausüben sollte, wie durch Stellung von Anträgen an die Behörden oder Parlamente.« Und in der Tat ist die erfolgreiche Führung des wirtschaftlichen Kampfes ohne Einbeziehung der Sozialpolitik undenkbar. Die Trennung von wirtschaftlicher und sozialpolitischer Betätigung ist nicht möglich und wird sich von Tag zu Tag um so weniger durchführen lassen, je mehr die juristische Fiktion des individuellen Arbeitsvertrags verschwindet und dieser sich als das enthüllt, was er in Wahrheit ist: ein für den Staat selbst relevanter Tatbestand. Die Erfahrungen des Krieges haben bewiesen, daß den Gewerkschaften das Gebiet der Sozialpolitik nicht länger vorenthalten werden kann. Waren es doch die Regierungen selbst, die in der Stunde der großen wirtschaftlichen Not des Vaterlandes die Gewerkschaften auf allen möglichen Gebieten staatlicher Betätigung zu sozialpolitischer Mitarbeit im Interesse der Vaterlandsverteidigung veranlaßten. Dieser Schritt durfte im nationalen Interesse nicht wieder rückgängig gemacht werden. Es wäre, wie der Bericht der Reichstagskommission mit Recht betont, eine Blamage gewesen, wenn nach dem Krieg die auf Entscheidungen des obersten Gerichts begründeten alten Verfolgungen automatisch wieder begonnen hätten und man die Gewerkschaften für ihre vaterländische Tätigkeit während des Krieges mit Entziehung des Rechtes zur Aufnahme Jugendlicher, das heißt mit Abschneidung des Nachwuchses, bestraft haben würde. Diesem Zustand macht die Novelle ein Ende. Sie tut dies klar, ohne Hintergedanken und ohne Einschränkung. Wenn man der Novelle das Gegenteil vorgeworfen hat, so ist dies ein demagogisches Schlagwort. Allerdings regelt aus der großen Fülle von Problemen, die in dem Vereinsgesetz liegen, der neue Entwurf nur einen einzigen Punkt, diesen aber so präzise, daß die Gerichte nur dann in die frühere Auslegung zurückverfallen könnten, wenn sie das Recht gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes beugen würden. Ganz besonders zu begrüßen ist, daß die Fassung des Gesetzes es vermieden hat (und dies bildet den entscheidenden Punkt) die Erörterung nur solcher Fragen freizugeben, die in un-

mittelbarem Zusammenhang mit den die Gewerkschaften interessierenden Problemen stehen. Das Gesetz gestattet vielmehr, wie ebenfalls der Kommissionsbericht zutreffend ausführt, ausdrücklich auch die mittelbare Einwirkung der Gewerkschaften auf die mit ihren Zwecken in mittelbarer Verbindung stehenden Gegenstände, also auch die Einwirkung durch das Mittel der politischen Parteien.

×
 Genossen- Bei der Gründung der
 schaftsrecht Volksfürsorge waren seitens des Aufsichtsamts
 Bedenken geäußert worden, ob es den Genossenschaften erlaubt sei Aktien der Volksfürsorge zu erwerben. Um diese Frage zu einer gerichtlichen Entscheidung zu bringen, erwarb der Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion einige Aktien der Volksfürsorge, bezichtigte sich aber hierauf selbst eines Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz. Schöffengericht, Strafkammer und Oberlandesgericht Hamburg kamen zu einem verurteilenden Spruch. Die Begründung des oberlandesgerichtlichen Urteils wird von folgenden Gesichtspunkten getragen: Die Rechte einer eingetragenen Genossenschaft erwerben nach § 1 des Gesetzes: Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken. Nach § 149 des Genossenschaftsgesetzes werden Mitglieder des Vorstandes mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft, wenn ihre Handlungen auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind. Die Produktion hat zugegeben, daß sie mit dem Erwerb von Aktien der Volksfürsorge auch deren gemeinnützige Zwecke fördern wollte. Da die Volksfürsorge wegen ihres gemeinnützigen Charakters nach ihrem Gesellschaftsvertrag ihren Aktionären höchstens 4 % Zinsen gewähre, sei der Erwerb ihrer Aktien von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus für die Mitglieder eine unvorteilhafte Kapitalanlage. Die Handlung des Vorstandes der Produktion sei demnach auf andere als geschäftliche Zwecke gerichtet gewesen und mithin strafbar. Das Urteil erscheint zunächst juristisch nicht haltbar. Denn die Absicht des Gesetzgebers bei Abfassung der Bestimmung des § 149 des Genossenschaftsgesetzes war eine ganz andere. Es

sollte dadurch ein Mißbrauch der Genossenschaften zu parteipolitischen Zwecken verhindert werden. Aber dieser Gesichtspunkt erscheint nebensächlich. Viel schwererwiegend ist es, daß ein stärkerer Gegensatz, als er zwischen dem Hamburger Urteil und den das deutsche Volk im gegenwärtigen Augenblick beherrschenden Anschauungen besteht, nicht gut denkbar ist. Das Volk fordert ein ausschließlich auf dem Gedanken der Gemeinnützigkeit und der sozialen Pflicht aufgebautes Recht, es erlebt heute die Staatsidee. Das Hamburger Urteil bringt den strikt entgegengesetzten Standpunkt zum Ausdruck. Ist das Urteil richtig und entspricht es dem heutigen Recht, dann ist dessen Reformierung an Haupt und Gliedern eine unabwiesbare Notwendigkeit. Um es zu ermöglichen, daß eine streitige Rechtsfrage, an deren zutreffender Beantwortung ein öffentliches Interesse besteht, vom Reichsgericht entschieden wird, hat man früher wiederholt den Weg gewählt öffentlich zum Ungehorsam gegen das betreffende Gesetz aufzufordern. Die öffentliche Anklage, die daraufhin erhoben wurde, gelangte in letzter Instanz ans Reichsgericht. So verfuhr beispielsweise seinerzeit mit vollem Erfolg Molkenbühr, um die Unzulässigkeit des gegen das Streikpostenstehen gerichteten Verbots des Lübecker Senats nachzuweisen. Es wäre im höchsten Grad erwünscht, wenn es auf irgendeine Weise gelänge auch die hier behandelte Frage an das Reichsgericht zu bringen, das unmöglich die Hamburger Urteile billigen kann. Würde das deutsche Volk den Gedankengängen folgen, die diesen zugrunde liegen, so würde es sich die Grundlage seiner Selbsterhaltung entziehen.

×
Kurze Chronik Professor Dr. Ernst Immanuel Bekker, der Senior der Heidelberger Juristenfakultät und der deutschen Rechtsgelehrten überhaupt und Ehrenbürger der Stadt Heidelberg, ist am 29. Juni im Alter von 89 Jahren gestorben. Von seinen zahlreichen größeren und kleineren Arbeiten seien seine Theorie des heutigen Strafrechts /1857/ und sein System des heutigen Pandektenrechts /1886 bis 1889/ genannt. Manche seiner Schriften waren von mehr als fachwissenschaftlichem Interesse, insbesondere hat er über die Stellung und Aufgaben der Universitätslehrer manches Treffliche gesagt. Noch als 83jähriger

erregte er die Aufmerksamkeit seiner Fachgenossen durch seine gedankenreiche Schrift Die Grundbegriffe des Rechts und die Mißgriffe der Gesetzgebung. Er war auch Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, der auch sein Vater, der berühmte Sprachforscher, angehört hatte. × Am 14. April starb der größte forensische Redner Ungarns, der berühmte Politiker und Schriftsteller Karl von Eötvös, 74 Jahre alt. Sein Name ist mit dem Ritualmordprozeß in Tisza-Eszlar /1883/ untrennbar verknüpft; er hatte dort als Verteidiger durch seinen Scharfsinn, seine Schlagfertigkeit, seinen unbeirrbaren Mut die selbe oder eine noch größere Bedeutung als später Labori im Zolaprozeß. × Der Präsident des Landgerichts I Berlin Karl Viereck ist am 3. Juni in seinem 63. Lebensjahr gestorben. Seit 1903 war er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. × In Hamburg starb der Polizeipräsident Dr. Gustav Roscher, der Verfasser des bekannten Buches Großstadtpolizei. In seiner praktischen Tätigkeit war er von dem Bestreben geleitet die Kriminalpolizei scharf von der allgemeinen Polizeiverwaltung zu trennen, vor allem durch Heranbildung eines eigenen, kriminalistisch geschulten Beamtenkörpers. × Von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald wurden folgende Preisaufgaben gestellt: a) »Der Begriff der öffentlichen Behörde nach der Gesetzgebung Preußens und des Reichs.« b) »Die Geltung der Reichsverfassung in den deutschen Schutzgebieten.« Die Preisaufgabe der Juristischen Fakultät der Universität Jena lautet: »Die Entwicklung der Gemeindeverfassung in einem der thüringischen Staaten während des 19. Jahrhunderts.« × In Übereinstimmung mit dem Reichsgericht hat auch das bayrische Oberste Landesgericht ausgesprochen, daß der Strafrichter nicht das Recht habe nachzuprüfen, ob zu den vom Militärbefehlshaber zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen ein Anlaß vorgelegen habe, und ob die angeordnete Maßnahme zweckdienlich sei. Der Strafrichter hat vielmehr eine derartige Vorschrift ohne weiteres als rechtsverbindlich zu betrachten. × Wegen Überschreitung der Bundesratsverordnung betreffend Höchstpreise für Metalle sind die Direktoren des Hüttenwerks Niederschönweide, das im letzten Jahr 100 % Divi-

dende verteilt hat, zu der Höchststrafe von je 1 Jahr Gefängnis und je 10 000 Mark Geldstrafe von der Strafkammer I des Landgerichts II Berlin verurteilt worden. X Das Landgericht I Berlin hat den sozialpolitisch überaus verständigen Grundsatz aufgestellt, daß die durch den Krieg herbeigeführte Teuerung eine Erhöhung der durch rechtskräftiges Urteil vor dem Krieg festgestellten Unterhaltsleistung gegenüber dem unehe-lichen Kind begründet.

Hygiene / Adolf Kraft

Kriegspsychosen Die Frage, in welcher Weise ein so elementares Ereignis wie der Krieg mit seinen

Folgen auf den Seelenzustand der Menschen einwirken würde, ist von erheblicher Bedeutung. Überwertige Ideen verhängnisvollsten Charakters beherrschen gegenwärtig die Menschheit. So selbstverständlich dies erscheint, so darf der wissenschaftliche Mediziner und insbesondere der Psychiater an dieser Tatsache doch nicht achtlos vorbeigehen, denn die in den Grenzen des Normalen sich bewegende Überwertigkeit steigert sich leicht zum Pathologischen. Der Wissenschaftler wird besonderes Gewicht auf die Frage legen, ob neue pathologische Erscheinungen auftreten, welche Einzelereignisse auslösend auf die nervöse Erkrankung wirken, welche Folgen für die Gesamtheit entstehen könnten, und er wird endlich sein Augenmerk auf die Prophylaxe und Therapie richten.

Es liegen einige Arbeiten vor, die es ermöglichen das Tatsächliche in einigen kurzen Zügen an dieser Stelle zusammenzufassen. Es sind dies Aufsätze von Bonhoeffer (Berlin) und E. Meyer (Königsberg) in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, 1914, von Guapp (Tübingen) und Wagner (Gießen) in der Münchener Medizinischen Wochenschrift, 1915 und 1916.

Wir besitzen zahlenmäßige Angaben über die Verbreitung von Geistesstörungen, funktionellen Neurosen und anderen nervösen Störungen innerhalb der Zivilbevölkerung und der Armee in Friedenszeiten. Nach diesen kommen auf je 1000 Individuen der Gesamtbevölkerung 3 bis 4 Geistesranke. In der Landarmee entfielen auf je 1000 Individuen der Kopfstärke 1897 bis 1902 0,92, 1904 bis 1905 1,1 und 1910 bis 1911 1,5 Geistesranke. Nebenbei ergibt sich aus diesen Zahlen eine sichtliche Stei-

gerung der Erkrankungsfälle. Über die Zahlenverhältnisse im Krieg liegen nur spärliche statistische Angaben vor. Eine zusammenfassende abgeschlossene Aufnahme über die Erkrankungsziifern im gegenwärtigen Krieg kann naturgemäß noch nicht beigebracht werden. Immerhin gewähren uns die vorhandenen Zahlen einen gewissen Einblick. Aus dem russisch - japanischen Krieg berichtet J a k u b o w i t s c h, daß insgesamt 2414 Geistesranke auf die annähernd 700 000 Köpfe umfassende russische Armee gezählt wurden, das heißt 3,45 auf 1000, während die in Moskau berechnete mittlere Erkrankungsziiffer zu Friedenszeiten 2,13 auf 1000 beträgt. Die Steigerung der Prozentzahl der Erkrankten infolge des Krieges ist also bedeutend, eine Erscheinung, die sich auch im deutsch - französischen Krieg von 1870-1871, sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite, bemerkbar machte. Bezeichnend war auch die Feststellung J e r m a k o w s, daß die Zahl der psychischen Erkrankungen relativ höher unter den älteren Jahrgängen der Einberufenen ist. Sie wird durch eine Erhebung M e y e r s über den Zeitabschnitt vom 7. August bis zum 7. November 1914 bestätigt, der auf Grund eigener Erfahrungen konstatierte, daß 60,5 % aller Erkrankungen auf Reserve und Landwehr fielen, 11,5 % auf den Landsturm, 8 % auf Ersatzreserve, 6,5 % auf Kriegsfreiwillige, 5 % auf Offiziere der Landwehr, Reserven usw., 3,5 % auf aktive Offiziere, 5 % auf aktive Mannschaften und Unteroffiziere. Ist das Verhältnis zwischen Feldarmee und Reserve und Landwehr vielleicht annähernd 1 : 4, so ist das gleiche Verhältnis für die Geistesranke 1 : 12. Meyer hat auch eine interessante Einteilung nach Krankheitszuständen getroffen. Danach entfallen auf Zustände, die in das Gebiet der Psychogenie oder Hysterie gehören, 18 %, auf chronischen Alkoholismus 16 %, auf psychopathische Konstitution 19,5 %, auf Epilepsie 11,5 %, auf Imbezillität 8 %, auf Dementia praecox 7,5 %, auf traumatische Neurose 6 %, auf manisch - depressives Irresein 4 % und auf Paralyse 3,5 %. Auffällig ist das besonders starke Hervortreten der Hysterie, das sich übrigens schon zu Friedenszeiten bemerkbar machte. So betrug in den Sanitätslazaretten der preußischen Armee die Zahl der Hysteriefälle im Jahr 1898-1899 136, 1905-1906 aber 359. Eine Ergänzung zu diesen Angaben bietet die Statistik

Wagners, der berichtet, daß von 331 in die Anstalt eingebrachten Nervenkranken 86 Neurastheniker und 91 Hysteriker, also drei Viertel aller Fälle solche von Nervenkranken psychogenetischer Art waren.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Krieg keine besondere Geisteskrankheit hervorbringt, daß er aber die Zahl der Fälle vermehrt und daß insbesondere die Zustände psychogenetischer Art durch ihn eine Steigerung erfahren. Dazu kommt die, übrigens in der Natur der Sache liegende allgemeine Erfahrung, daß die Vorstellungsinhalte der Geistes- oder Nervenkranken eine besondere Färbung erhalten, die mit den kriegerischen Ereignissen in Zusammenhang steht. Es ist nicht meine Aufgabe an dieser Stelle einzelne Krankheitsbilder zu schildern, wohl aber darf darauf hingewiesen werden, daß Angstzustände, Phobien aller Art, Furchtgefühle eine hervorragende Rolle spielen. Bemerkenswert ist auch die außerordentliche Überempfindlichkeit der Kranken, die beim geringsten Geräusch in Zittern verfallen und selbst die Annäherung der untersuchenden Hand als unerträglich empfinden. Häufig treten auch Ohnmachten mit Krampfständen, Erbrechen, Schlaflosigkeit, Lähmungszustände, Neigung zu impulsiven Handlungen auf. Interessant ist im fernern, daß viele Fälle von Dementia praecox erst im Krieg manifest werden und daß der Verlauf der progressiven Paralyse beschleunigt wird. Besonderes Interesse bietet die Frage nach den Ursachen, deren Kenntnis wegleitend ist für die einzuschlagende Therapie wie für die Prophylaxe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Grundursache der Erkrankung sehr häufig die bestehende Anlage ist. Als auslösende Momente wirken dann neben der dauernden Affektspannung und der Überanstrengung psychische Insulte oder besondere Erlebnisse, an die sich der Krankheitsausbruch anschließt. So entwickelt sich die Psychogenie (Hysterie) häufig im Anschluß an das Einschlagen von Granaten in unmittelbarer Nähe, Trommelfeuer, Verschüttung, Schreck. Auch das lange Liegen im Schützengraben wirkt ungünstig. Der Alkohol ist die Ursache der nicht seltenen Alkoholpsychosen (Delirien), und Infektionskrankheiten fördern den Ausbruch krankhafter Störungen des Nerven- und Geisteslebens.

Die Verhütung dieser Krankheiten

besteht in erster Linie darin, daß alle Elemente aus dem Heeresdienst ausgeschaltet werden, bei denen man sicher ist oder vermuten kann, daß eine besondere Veranlagung nach dieser Richtung vorliegt. In dieser Beziehung ist die geltende Verordnung sehr zweckmäßig, daß Individuen, die Geisteskrankheiten durchgemacht haben, nicht zum Heeresdienst zuzulassen sind. Begrüßenswert ist auch die Bestimmung, daß nicht nur der Aufenthalt in Irren- und Epileptikeranstalten, sondern auch der Besuch von Hilfsschulen, Hilfsklassen, Psychopathenheimen und Fürsorgeanstalten ebenso wie erlittene Haftstrafen zur Stammrolle der Ersatzkommission bekannt gegeben werden müssen. Dadurch haben die Ausmusterungsärzte ein wertvolles Mittel an der Hand untaugliche Elemente von vornherein auszuschalten. Auch während der Dienstzeit können von den jungeingestellten Mannschaften solche als geisteskrank ausgeschieden werden, die sich durch unbegründete Krankmeldungen, schwere Auffassung, große Ungeschicklichkeit und hochgradige Reizbarkeit auszeichnen. Natürlich werden durch diese Schutzmaßnahmen niemals sämtliche Individuen mit labilem Nervensystem und psychopathischer Konstitution ausgeschaltet werden, weil bei vielen diese Veranlagung eben erst dann offensichtlich wird, wenn besondere Ereignisse auf das Seelenleben einwirken wie eben der Krieg.

So mußte denn mit dem gehäuften Auftreten von Störungen des Nerven- und Geisteslebens gerechnet werden. Nerven- und Geisteskranke darf man niemals bei der Armee behalten; denn einmal werden sie gewöhnlich die Disziplin untergraben, namentlich, wenn sie noch gesund scheinen, und außerdem ist dort an eine rationelle Heilung nicht zu denken. Die Kranken müssen also so rasch wie möglich hinter die Front versetzt werden, besonders bei stärkerem Erregungszustand. Die endgültige Behandlung muß in den als Reservelazarette dienenden psychiatrischen Anstalten erfolgen; denn erst in den heimatlichen Anstalten sind die Vorbedingungen für die Genesung gegeben: Ruhe und Fernhaltung von aufregenden Ereignissen. Die Behandlung regelt sich im übrigen nach den Grundsätzen psychiatrischer Behandlung überhaupt; namentlich die Arbeitstherapie erweist sich als recht günstig. Bei den psychogenen Erkrankungen ist der Vorstellungskomplex Krieg so stark

mit dem Vorstellungsleben verankert, daß er das Krankheitsbild ganz beherrscht und besonders in der Form der Angst vor der Rückkehr ins Feld die Krankheit fortdauernd nährt. So verschlimmert sich der Zustand selbst in den günstigst verlaufenden Fällen sofort wieder, wenn den Kranken angekündigt wird, daß sie nun bald wieder fähig sein werden zur Truppe zurückzukehren. Diese Angst ist eine so starke Quelle psychogener Störungen, daß Gaupp zu der Ansicht kam, die akuten Symptome der Kriegshysterie seien leicht zu heilen und verschwänden rascher, wenn die Angst vor der Rückkehr in den Krieg wegfällt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen rät er deshalb diese Kranken nicht mehr für feildiensttauglich zu erklären, da sie doch in der Regel minderwertige Soldaten seien und, dem Dienstzwang ausgesetzt, zu Geisteskrüppeln und lebenslänglichen Rentenempfängern werden. Gaupp hätte noch die dem Psychiater besonders naheliegende Überlegung anstellen können, daß es doch widersinnig ist die Kranken den nämlichen emotionellen Ereignissen auszusetzen, die zu einer schweren Gleichgewichtsstörung ihres Seelenlebens geführt haben, da solche Ereignisse ja von neuem dazu führen werden. Die Aufgabe des Psychiaters besteht also nicht darin diese Kranken wieder feildiensttauglich, wohl aber darin sie zur Tätigkeit fähig zu machen, da dies das beste Mittel voller Gesundheit ist. Staatsbeamte, wie Lehrer, Pfarrer, sollen ihrem Amt wieder zurückgegeben werden; Bauernsöhne, die sich für den Militärdienst nicht eignen, finden wertvollere Verwendung ihrer Arbeitskraft im landwirtschaftlichen Betrieb. Schlimmer steht es mit der Arbeitsmöglichkeit für die jungen Kaufleute und Arbeiter. Einige finden lohnende Beschäftigung in den Betrieben, die für die militärische Rüstung arbeiten. Ist das nicht der Fall, so soll ihnen nach Gaupps Vorschlag im militärischen Dienst passende Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Die Vermittlung der Arbeitsbeschaffung sollen die Ärzte der Reservelazarette und unter diesen namentlich die Nervenärzte mit guter psychologisch-psychiatrischer Schulung übernehmen. Sie sollen die nervösen, namentlich die hysterischen Soldaten, bei denen eine längere Lazarettbehandlung nicht weiter hilft, ausscheiden und bestimmen, wozu der einzelne verwendbar sei. Ein vom Stell-

vertretenden Generalkommando jedes Armeekorps zu bildendes Arbeitsnachweisbureau hätte dann nach Gaupp die Kranken in passende Stellen des Heimatsdienstes einzuweisen. Dieser Gedanke ist aller Beachtung wert, umso mehr als, wie Gaupp richtig bemerkt, mit der Fortdauer des Krieges die Zahl der nervös und hysterisch erkrankten Mannschaften stetig zunimmt.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß die Zahl der Nerven- und Geisteskranken mittelbar durch die Bekämpfung des Alkoholgenusses und der Infektionskrankheiten vermindert werden kann.

Im Verhältnis zu der Gesamtheit erscheint die Zahl der Erkrankungen, von denen hier kurz berichtet wurde, klein, die ganze Frage also nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Man kann aber wohl berechtigterweise annehmen, daß der Krieg mit all seinen Schrecken das Seelenleben des ganzen Volkes in weit stärkerem Maß zerrüttet als dies in den angeführten Zahlen zum Ausdruck kommt. Ich kann deshalb diesen Abschnitt nicht besser schließen als mit den Worten Wagners: »Die Frage, ob als gesetzmäßige Folge hoher Kultur-entwicklung die Geistes- und Nervenkrankheiten zunehmen müssen, ist zu verneinen. Die jetzige erhöhte Ziffer der funktionellen Nervenkrankheiten bei den Soldaten beruht nicht auf einer Entartung, daß heißt auf einer von Generation zu Generation zunehmenden Verschlechterung der Art, sondern stellt nur eine leichte Schwankung des nervösen Gleichgewichts unseres Volkes dar, die sich sofort nivelliert, sobald die schädliche exogene Ursache, der Krieg, eliminiert ist.«

×

Kurze Chronik Der Ordinarius für Gynäkologie an der Universität Basel Professor Dr. Otto von Herff ist in seinem 60. Lebensjahr gestorben. Er hat zusammen mit Max Sänger eine Enzyklopädie der Geburtshilfe und Gynäkologie herausgegeben. × In Straßburg starb der ordentliche Professor für pathologische Anatomie Dr. Hans Chiari, 65 Jahre alt. Er hat zahlreiche pathologische, histologische und bakteriologische Arbeiten veröffentlicht. × Am 20. Mai starb Professor Dr. Hans Kehr in Berlin an einer Infektion, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte. Er war ein Gallensteinoperateur von Weltruf und ist nur 54 Jahre alt

geworden. × Der Tübinger Chirurg Professor Dr. Paul von Bruns ist Anfang Juni kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres gestorben. Er hat sich namentlich um die Kriegschirurgie große Verdienste erworben. Er war ferner der Begründer und Herausgeber der Beiträge zur klinischen Chirurgie und gab zusammen mit Bergmann die Deutsche Chirurgie, mit Bergmann und Mikulicz das Handbuch der praktischen Chirurgie heraus. × Die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Krebskrankheiten ruht auch während des Krieges nicht. Der Staat überwies als Beitrag zu den Kosten der Forschertätigkeit dem Institut für Erforschung der Krebskrankheiten in Frankfurt am Main 25 000 Mark; von privater Seite erhielt das Institut ebenfalls 25 000 Mark. × Der Großindustrielle Bernhard Wetzler in Wien stiftete 500 000 Kronen zur Errichtung eines Instituts für Volksernährung, das auf Grund naturwissenschaftlicher Forschung die technische Seite der Ernährungsfragen pflegen und fördern soll. × Dr. Hanauer (Frankfurt am Main) hat einen Ausschuß zur Begründung einer Gesellschaft für soziale Hygiene gebildet. × Die Gesellschaft für Chirurgiemechnik hat 10 000 Mark als Preise für neue Konstruktionen von künstlichen Beinen ausgesetzt. × Über die Zahl der Ärzte in Deutschland stellte das Statistische Amt Erhebungen an. Danach praktizierten 1913 34 136 männliche und 195 weibliche Ärzte in Deutschland. Bei einer Einwohnerzahl von 66 835 000, entfielen also 5,11 Ärzte auf 10 000 Einwohner. In den Großstädten ist diese Zahl erheblich höher; hier kommen auf 10 000 Einwohner 9,6, in Groß Berlin sogar 11,09 Ärzte. Die geringste ärztliche Versorgung mit nur 2,3 Ärzten auf 10 000 Einwohner weist das Städtchen Hamborn auf, die stärkste Wiesbaden mit 28 Ärzten auf die gleiche Einwohnerzahl. 1914 wurden im ganzen 2250 Ärzte zur Notprüfung zugelassen; damit erhöhte sich die Zahl der deutschen Ärzte überhaupt um fast 7 %. × Wegen körperlichen Leidens ist Emil von Behring von seinem Amt als Direktor des Instituts für Hygiene und experimentelle Therapie in Marburg sowie auch von seinem Lehramt zurückgetreten. Die Verdienste dieses großen Forschers und Menschheitswohlthäters, des Entdeckers des Diphtherie- und des Tetanusserums, brauchen hier nicht aufgezählt zu wer-

den. Behring steht im 63. Lebensjahr. × An Stelle Schlittenhelms, der nach Kiel ging, ist Professor Dr. Max Matthes aus Marburg zum Direktor der Medizinischen Universitätsklinik in Königsberg ernannt worden. Matthes ist durch wissenschaftliche Arbeiten auf allen Gebieten der innern Medizin bekannt. × Als Ordinarius für Chirurgie ist Professor Dr. Ferdinand Sauerbruch aus Zürich nach Königsberg berufen worden. Der Name Sauerbruchs ist jetzt im Krieg durch seine Operationen, die die Muskeln eines Armstumpfs zur Bewegung einer ange-setzten künstlichen Hand befähigen, auch weiteren Kreisen bekannt geworden (siehe die Rundschau Technik, 1915, 3. Band, pag. 1210 f.). × In Straßburg hat sich Dr. Theodor Messerschmidt für Hygiene und Bakteriologie habilitiert. Seine Habilitationsschrift handelt von der Desinfektionswirkung der Metalle.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

<p>Scholem Alejchem †</p>	<p>Scholem Alejchem ist, 57 Jahre alt, am 13. Mai in New York gestorben. Das Leben dieses Mannes ist charakteristisch für die Bedingungen, unter denen ein Dichter der Ostjuden groß werden mußte. Scholem Alejchem, der eigentlich Rabbinowitsch hieß und im russischen Gouvernement Poltawa geboren war, lernte eher die schwierigen Gänge der talmudischen Logik und der mystischen Kabbala als die Wissenschaften des Westens. Er war erst Kleinkinderlehrer, hierauf Rabbiner, dann Kaufmann, und er wurde, nach einer Erholung im unverhofften, ererbten Reichtum, ein Schriftsteller. Über die Lebensnot konnte er durch seinen Humor gelangen; denn es muß ihm gerade nachgerühmt werden, daß er für den armen jüdischen Mann sehr viel Herz aufgebracht hat. Dieser arme Jude spricht eine merkwürdige Sprache. Er ist, bei aller Erdengebundenheit, sehr phantastisch und zu Ausschreitungen des Gefühls und des Denkens geneigt. Er ist ein Mann, auf den viel kleine Tragik herniederfällt. Diese Menschen hat Scholem Alejchem immer wieder in Monologen, Novellen und Romanen beschrieben. Mehr als 100 seiner Erzählungen wurden in Einzelausgaben gedruckt. Ins Hebräische, ins Russische, ins Deutsche ist er übersetzt worden.</p>
-------------------------------	--

Der deutsche Band *Die verlorene Schlacht* erschien im Jüdischen Verlag in Berlin. Zu seinem Hauptwerk gehören die Romane *Josse die Nachtigall* und *Stempenju*. Auch volkserzieherisch suchte er zu wirken. Er gründete eine Volksbibliothek, deren wichtigster Mitarbeiter er wurde. Da seine Gesundheit nicht stark war, mußte er der milden Witterung nachgehen, und auf seinen Reisen hat er jenen seltsamen Menschenschlag kennen gelernt, den die Ostjuden im westlichen Europa bilden. Diesen Heimatlosen, die freiwillig oder gezwungen in die Fremde wandern, galten seine letzten Dichterstudien.

Scholem Alejchem trug den von ihm gewählten Namen mit Recht. Ein Gruß aus dem Herzen war sein »Friede mit Euch!« Er wurde daher, wie Mathias Acher in seinem Aufsatz über die ostjüdische Literatur in den Sozialistischen Monatsheften (1913, 2. Band, pag. 998 f.) schrieb, »der nationalste Humorist der Ostjuden«; seine Weise war »nicht Witz sondern Humor, nicht Spitzigkeit sondern Rundlichkeit, nicht guter Einfall sondern fröhliche Einfalt«. In den Stürmen der Weltkriegszeit sind nun die beiden Bedeutendsten der älteren jiddischschreibenden Dichtergeneration unserer Tage dahingegangen: zuerst Perez, dann Scholem Alejchem.

×
Romane

Himmelfahrt, das ist eine Bierbrauerei, und das ist auch jene Seelenläuterung, die den Grafen Franz zum lieben Gott zurückbrachte. Den Roman dieser Bekehrung schrieb Hermann Bahr /Berlin, S. Fischer/. Er fand also eine Symbolik, die nicht sehr kostbar ist. Denn wo der Name des Ortes und das Schicksal der Menschen so deutlich auf einer Bahn liegen, ist der Wille des erklärenden Schriftstellers allzu arg sichtbar. Bahr macht denn auch aus seinen Kunstabsichten kein Hehl. Das österreichische Leben in all seinen Gesellschaftsschattierungen will er zeichnen. Er hatte beim Theater und bei der Beamtenwelt angefangen. Er kam jetzt bis ans Religiöse. Seine Beredsamkeit ist groß, schwerer als sein Wille die Schicksale der Menschen so auszuformen, daß sie wie ein Unerschütterliches und objektiv Erwahsenes dastehen. Bahrs *Comédie humaine*, seine Geschichte del piccolo mondo moderno, sein roman expérimental sind nicht ein weitangelegtes Werk der menschlichen

Leidenschaften sondern eine gut, ja vortrefflich beherrschte Welt der Predigten. Er hat die Sprache all seiner Menschen belauscht, er hat aber nur spärlich den Umfang ihrer Handlungen, Gesten und tieferen sittlichen Manieren studiert. Bahrs Roman *Himmelfahrt* erscheint deshalb, wie auch die vorigen, abstrakt, aber von einer sehr einnehmenden Geistigkeit, paradoxen Laune und logischen Anmut.

Die Hellsichtigkeit des Dichters ist gewiß keine Untugend. Aber es muß sich noch eine heftige Temperamentserregung mit dem scharfen Auge verbünden. Man wird so häufig bei Bahr von dem Gefühl verfolgt, daß die Meinungen des Mannes nur Launen, nicht persönlich ihm wertvolle Wahrheiten sind. Seine Überlegenheit und Gelassenheit, das ist auch nicht die Ironie Shaws oder Bissigkeit Gustav Wieds. Der Mann, der all das schreibt, der um sozialistische Ideen herumgewandert ist, und jetzt, nach 30jähriger Wanderung, zur katholischen Romantik gelangt, scheint sehr beweglich und glücklich, er scheint wie ein Globetrotter des Geistigen, nicht wie dessen Herold oder Kämpfe. Es ist kaum anzunehmen, daß Bahr jemals von der seelischen Hitze heimgesucht worden ist, die den jungen Leonhard Frank vielfach umlodert hat. Dieser Dichter, über dessen ersten Roman *Die Räuberbande* vor anderthalb Jahren in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 108 f.) berichtet wurde, hat jetzt ein neues Buch erscheinen lassen, dem er den Titel *Die Ursache* gab /München, Georg Müller/. Hier geht es nicht um Erkenntnisse sondern um eine Ahnung. Frank mag mit dem Spruch irren, daß der gewöhnlichste Mensch von einem einzigen Jugenderlebnis in die düstere Schaar der Mörder und Gehenkten verschlagen werden kann. Er mag die Wichtigkeit solcher Ursache grausig überschätzen, die Erziehungskraft, die Versöhnungskraft, die auslöschende Energie der Jahre eigensinnig, ja töricht übersehen, entscheidend ist nicht dieser Irrtum; entscheidend ist allein die bis zur dichterisch entzündenden Stimmung emporgetragene Idee, daß die »Ursache« des seelischen Lebens in derartiger Verknüpfung und Aufschwemmung des Erfahrenen zu suchen sei. Man hat den Fanatismus Franks für Freudsche Gedanken angesprochen, um sein Romanbuch von der Ursache eine poetische Freudstudie zu nennen: Der Jüngling

könne also nicht von dem Schmerz darüber los, daß ihm der Lehrer einst mißhandelt hat, und schließlich tötet er, von der Macht dieses frühesten Schmerzes verführt, den einstigen Quäler. Wenn Frank nur solch medizinisch-menschliches Bewusstsein erbracht hätte, würde ihm geringes Lob zufallen. Er hat aber mehr als das gewollt, auch mehr erreicht. Er hat ein sittlich abgerundetes Weltbild in dem Mörder erblühen lassen. Er hat aus dem Mörder mehr gemacht als den Erdenklumpen, der einigen schäßigen Naturgesetzen unterworfen war. Einem Dichter kann doch herzlich wenig daran liegen den Psychiatern nachzuäffen und einige Methoden zu stehlen. Frank hat eben versucht nicht den klinischen Fall sondern den menschlichen poetisch zu fassen. Die Aufklärung war der Einbildung des Dichters nicht im Weg.

Mit ihrer sehr erfreulichen Kraft der Darstellung erzählt Gabryela Zapolska den Roman einer Sommerliebe /Berlin, Oesterheld/. Eine eben alternde Frau, ein junger, witziger Schauspieler und frischer Mensch: aber Frau Zapolska hat um diese Menschen ein sehr fesselndes Gesellschaftsbild gemalt. Und sie kann auch tiefer in die Menschen hineinsehen und weiß deren verborgenes, oft ihnen selbst unbekanntes Leid zu finden, die Tragik des Alltäglichen zu zeigen, ohne sie zu unterstreichen. Die Gestalten der ältern Bäuerin, namentlich aber des beladenen, gebückten Gatten, die im Roman nur nebenbei vorkommen, sind im höhern Sinn vielleicht die Hauptfiguren dieses Lebensausschnitts. Die Polin erinnert an die Deutsche Gabriele Reuter, an die Italienerin Matilde Serao, an die Französin Marcelle Tynaire.

Nicht ganz so steht es um Clara Viebig's neuen Roman Eine Handvoll Erde /Berlin, Fleischel/. Die Schriftstellerin hat die Sehnsucht herausgespürt, die viele Berliner empfinden: sie wünschen, verurteilt zur riesenstädtischen Schollenlosigkeit und räumlichen Beengung, eine Handvoll Erde. Ein starker Wille zum Erziehen und Lehren leitet die Verfasserin. Die Handvoll Erde wird von den Proletariern der Berliner Mietskasernen ersehnt und mühselig erworben. Da rackern sie im Sand vor den Toren, um ein grünes Blättlein und eine duftende Frucht eigener Pflanzung zu gewinnen. Das sind die Echten und Aufrichtigen, die der kärglichen Beglückung durch die magere

Scholle würdig sind. Ausbeuter und Spekulanten wissen aber die Handvoll Erde hinterlistig an sich zu rafften und die Erfüllung jener Sehnsucht zu vereiteln. Clara Viebig bringt für die armen Menschen und einfachen Seelen, denen das Schicksal ihr bißchen Glück nicht gönnt, viel herzliches Verständnis mit. Daneben arbeitet sie, um ihre guten Absichten zu erfüllen und auch den Leser zu fesseln, mit romantischen Zutatzen, auch mit robuster Sensation. So kann das unterhaltende Buch wohl an manchen Stellen rühren, aber keinen einheitlichen Eindruck hinterlassen.

×
Neuausgaben Der Anglist Dr. Wolfgang Keller von der Münsterschen Universität besorgte

eine Ausgabe von Shakespeares Werken in 15 Teilen, die in die Bongische Goldene Klassikerbibliothek aufgenommen ist. Daß von diesem nützlichen Verlegerhaus für die Ausstattung, Berechnung der volkstümlichen Billigkeit und die gute Auswahl der ordnenden Fachmänner das Rühmenswerteste geleistet wird, ist hier schon oft betont worden. Die neue Shakespeareausgabe bringt nicht nur alle Dramen sondern auch das epische Stück von Venus und Adonis und die Sonette. Der gelehrte Apparat der Anmerkungen, Lesarten und Polemiken ist in einem gar nicht schmalen Teil gedruckt. So wird der Studierende die bequemste Handhabe zum Weiterforschen erlangen. Die Geschichte des Shakespeareschen Lebens ist ja weniger aufregend als die Geschichte vom geistigen Erwerb jedes Shakespeareschen Werkes. Keller teilt von diesen Begebenheiten das Merkwürdigste so unterhaltsam mit wie es nur ein gesicherter Beherrscher des unerschöpflichen Tatsachenmaterials tun kann. Alles in allem eine Shakespeareausgabe, die den vielen bestehenden doch noch etwas Neues hinzufügt.

×
Kurze Chronik Die Dichtkunst hat eine Reihe weiterer Kriegsoffer zu beklagen. In

den Kaukasuskämpfen fiel der Armenier Daniel Varugian. Er war der Hauptvertreter der türkisch-armenischen Volksdichtung. Die Sammlung seiner Gedichte trägt den Titel Das Herz des Volkes. In der Seeschlacht am Skagerrak ist der Hamburger Gorch Fock mit dem Schiff Wiesbaden untergegangen. Er hieß im Privatleben Johann Kinau, war Angestellter der Ham-

burg-Amerika-Linie und ist nur 35 Jahre alt geworden. Er war der Volksdichter der Wasserkante. Sein Hauptwerk Seefahrt in Not ist seiner Heimatinsel Finkenwärder gewidmet. Im Juni fiel der Berliner Lyriker und Novellist Peter Baum. Ein feines Talent, nicht stark genug, um größere Wirkung zu erzielen, aber jeden unredlichen Effekt verschmähend. × Am 25. Mai starb Heinrich Hansjakob in Stuttgart, 79 Jahre alt. Dieser Pfarrer war als Schriftsteller von echter Volkstümlichkeit, ein streitbarer Geist und von leidenschaftlicher Liebe zur Natur. Es wird sich in dieser Rundschau wohl noch, bei einer Gesamtausgabe seiner Werke, Gelegenheit bieten von seiner literarischen Persönlichkeit zu sprechen. × Im Mai starb auch der bedeutendste nationale Dichter der österreichischen Ukraine Iwan Franko, in Lemberg in seinem 60. Lebensjahr. Die Westeuropäer erfuhren erst durch den Krieg, daß in den kleinen Ostvölkern die politische Dichtung moderne Klassiker hervorgebracht hat. Iwan Franko ist der reimende Herold für die Freiheit seiner Nation gewesen. Heine und Herwegh und Béranger sind seine Vorbilder. × Die junge Dichterin Angela Langer ist im Haus ihrer Eltern in einem Flecken bei Wien am 26. Juni gestorben. Ihr erstes Buch, Stromaufwärts, hat vor 3 Jahren starken Eindruck gemacht (siehe die Rundschau Frauenbewegung, 1913, 3. Band, pag. 1652 f.). Ihr zweiter Roman, Der Klausenhof, ist eben erst erschienen /Berlin, S. Fischer/. Ein schönes, edles Geschöpf ist ausgelöscht worden, gerade als es das so heiß geliebte Leben beginnen wollte. × Frankreichs eifrigster Literaturhistoriker, Emile Faguet, ist als Siebziger in Paris gestorben. Er war Professor der Dichtkunst an der Sorbonne, Theaterkritiker des Journal des Débats und Verfasser unzähliger Bücher über die klassische und die moderne Zeit der französischen Literatur. Als Mitglied der Akademie wachte er, daß man einen vernünftigen und einfachen Stil schreibe. Er war der Hauptvertreter des sogenannten gesunden Menschenverstands, er besaß aber kaum Talente, die ihn zur Unsterblichkeit der Sainte-Beuve und Taine hinüberführen werden. Trotz seiner ungeheuren Belesenheit wußte Faguet nicht zu vergleichen, und so scheint sein geschichtlicher Blick eng. Trotzdem war er ein so tüchtiger Sammler von Dokumenten,

daß seine Werke über Balzac und das Drama der großen Ludwigszeit keinem Forscher entgehen dürfen. × Der Raimundpreis wurde Anton Wildgans zuerkannt, für sein Drama Armut, eine Dichtung von starker Empfindung, die noch besprochen werden muß. Der Stockholmer Verband der Neun hat an 9 schwedische Autoren Ehrenpreise verteilt; die Goldene Medaille des Verbandes erhielt Verner von Heidenstam. × Eine neue Strindbergstatue ist von einem jüngern schwedischen Bildhauer, Carl Eldh, geschaffen worden: ein Körper, der sich von einem Felsblock löst, ein Titane mit dem Kopf eines Träumers.

× Literatur Es scheint, daß Philipp Witkop es liebt Literaturgeschichte in Bildern zu schreiben. Seine Geschichte der deutschen Lyrik setzt sich aus lauter Einzelcharakteristiken und Biographien zusammen. Der Historiker wird durch solche Methodik natürlich verleitet ein wenig nach Art des Novellisten auszumalen und die Persönlichkeiten stärker zu isolieren als es der Zusammenhang der großen Entwicklungen verträgt; der Gelehrte kann jedoch sein schriftstellerisches Talent und seine Fähigkeit beweisen die Persönlichkeit eines Dichters verlockend zu schildern. Der Hang zu derartiger Bildnerie wird Witkop auch bewegen haben sein Buch Heidelberg und die deutsche Dichtung /Leipzig, Teubner/ zu schreiben. Er wollte da wiederum viele in sich geschlossene Bilder vereinigen. Das Leben der Dichter, die in den Jahrhunderten Heidelberg bevölkert haben, suchte er auf, um jedesmal ein unterhaltendes Kulturgemälde zu liefern. Bei den Humanisten beginnt er, er endet mit Scheffel. Dazwischen stehen die Kapitel Goethe und Suleika in Heidelberg, die Entstehung von Des Knaben Wunderhorn in Heidelberg. Der junge Hebbel, der junge Keller haben ihre ersten Studienmonate dort verbracht. Hebbel wurde dort so etwas wie ein moralistischer Revolutionär, der behäbigere, epischer angelegte Keller wurde nur ein gemäßigter Gottesleugner und Jesuitenfeind, den Ludwig Feuerbach und Hettner geistig erzogen. Man merkt, wieviel poetische Anregung von Heidelberg nach dem übrigen Deutschland gekommen ist. Witkop tat darum gar nichts Gewalttätiges, als er die deutsche Literaturgeschichte in Heidelberg aufblätterte.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Untersee-
frachtschiffe

Eine bedeutende Tat hat die deutsche Schiffsbaukunst durch die Konstruktion eines Frachtenunterseeboots vollbracht, das den Atlantischen Ozean zu durchqueren vermochte. Das Schiff hat seine Fahrt Ende Juni bis Anfang Juli durchgeführt und 3 Wochen dazu gebraucht. Sie ging durch den Kanal, also mitten durch die englische Blockade. Damit ist dem Seeverkehr ein neues Hilfsmittel geschenkt worden, das bisher von der Kriegführung nur sehr wenig berührt wird. Vorerst kommt es nur für höchstwertige Frachten in Betracht. Inwieweit es auch für andere benutzt werden kann, läßt sich nicht beurteilen, da bisher alle Kosten- und Konstruktionsangaben fehlen. Das Schiff soll etwa 105 Meter lang und an der breitesten Stelle 10 Meter breit sein. Es soll durch 2 Dieselmotoren bewegt werden. Der Gesamttonnage soll 2000 Tonnen betragen, der Bruttoladeraum 791, der Nettoladeraum 717 Tonnen. Ein solches Schiff rund 7000 Kilometer Weg machen zu lassen ist eine großartige Leistung, um so mehr als sie auf den ersten Anblick glatt gelang. Von dieser Reise erfolgte fast die Hälfte, genauer 3000 Kilometer, in Unterwasserfahrt, ein Umstand, der die lange Fahrtdauer bedingte.

Die Bedeutung des Schiffes ist in mehrfacher Beziehung wesentlich. Materiell vornehmlich dadurch, daß nun höchstwertige Frachten, wie Farbstoffe, Arzneien, Chemikalien, ferner auch wertvolle Dokumente, Wertpapiere, Briefe, Manuskripte usw., von Deutschland nach Amerika gelangen (wodurch auch die deutsche Valuta unter Umständen verbessert werden könnte), wie auch vielleicht bei der Rückkehr nach Deutschland, falls es dem Schiff gelingt den englischen Spähern zu entkommen, höchst notwendige und bisher unersetzbare Dinge mitgebracht werden können. Sehr wichtig ist es auch, daß nun immerhin die Möglichkeit vorliegt wertvolle Post unzensuriert zu befördern. Wenn freilich an die Fahrt dieses ersten Unterseehandelschiffes (das den Namen Deutschland führt) nun gar die Hoffnung geknüpft wird, daß durch solche Unterseeschiffe der freie Seeverkehr überhaupt gewonnen und somit Englands Seeherrschaft gebrochen ist, so muß man solchen Übertreibungen entgegen treten, da sie geeignet sind den Blick für die Realitäten unserer weltwirtschaftlichen Position zu trüben. Es ist zu hoffen, daß der Verkehr untersee noch eine große Zukunft vor sich hat, da die Technik schließlich auch die schwierigsten Probleme bewältigt. Einen Ersatz für den Verkehr übersee bildet er aber nicht. Von einer ernstlichen Einschränkung der britischen Seeherrschaft ist also einstweilen gar keine Rede; und für die Zukunft darf man auch nicht vergessen, daß für jedes technische Mittel ein Gegenmittel gefunden werden kann. Mit der Freiheit der Meere ist es also auch in Zukunft genau so bestellt wie bisher, und die politischen Notwendigkeiten, die der Kampf um sie ergibt, bestehen nach wie vor. Diese Tatsache kann natürlich unsere Genugtuung über diese Leistung der deutschen Industrie nicht verringern. Wenn jetzt eine ganze Flotte solcher Untersee-
frachtschiffe gebaut wird, so wird man den verkehrstechnischen Ergebnissen dieses neuen Beförderungsmittels mit Spannung entgegen sehen.

× Die Stadt Montreal liegt auf einer Insel im Lorenzstrom, am Abhang des 240 Meter hohen Mount Royal. Die canadische Nordbahn besaß bisher keinen Bahnhof im Innern der Stadt und baute deshalb einen 5 Kilometer langen Tunnel durch den Mount Royal, um sich einen Zugang zur Innenstadt zu verschaffen. Der Endbahnhof liegt dicht am östlichen Tunnelende in rund 15 Meter Tiefe unter der Straßenebene, in unmittelbarer Nähe der Hauptgeschäftsstraße. Im Anschluß an den Bahnhof ist eine Hochbahn zur Verbindung mit dem Hafen geplant, in deren Zug ein hochliegender Güterbahnhof angelegt werden soll. Dem Fernverkehr dienen elektrische Lokomotiven von je 72 Tonnen Betriebsgewicht, dem Vorortverkehr Triebwagen mit 70 Sitzplätzen und 45 Tonnen Betriebsgewicht. Zum Betrieb wird Gleichstrom von 2400 Volt verwendet. Der Strom soll durch Oberleitung mit Kettenaufhängung zugeführt werden, weil das Klima Leitschienen außerhalb des Tunnels verbietet. Der Tunnel ist 2gleisig und fast auf der ganzen Länge in Kalkstein erbaut. Beim Bau hat man den Stollen durchschnittlich 8 Meter in 24 Stunden vortreiben können: ein Rekord, der alle bisherigen Leistungen im amerikanischen Tunnelbau übertrifft. Dem Stollen folgte unmittelbar der Vollausbau. Durch einen Bandförderer

× Die Stadt Montreal liegt auf einer Insel im Lorenzstrom, am Abhang des 240 Meter hohen Mount Royal. Die canadische Nordbahn besaß bisher keinen Bahnhof im Innern der Stadt und baute deshalb einen 5 Kilometer langen Tunnel durch den Mount Royal, um sich einen Zugang zur Innenstadt zu verschaffen. Der Endbahnhof liegt dicht am östlichen Tunnelende in rund 15 Meter Tiefe unter der Straßenebene, in unmittelbarer Nähe der Hauptgeschäftsstraße. Im Anschluß an den Bahnhof ist eine Hochbahn zur Verbindung mit dem Hafen geplant, in deren Zug ein hochliegender Güterbahnhof angelegt werden soll. Dem Fernverkehr dienen elektrische Lokomotiven von je 72 Tonnen Betriebsgewicht, dem Vorortverkehr Triebwagen mit 70 Sitzplätzen und 45 Tonnen Betriebsgewicht. Zum Betrieb wird Gleichstrom von 2400 Volt verwendet. Der Strom soll durch Oberleitung mit Kettenaufhängung zugeführt werden, weil das Klima Leitschienen außerhalb des Tunnels verbietet. Der Tunnel ist 2gleisig und fast auf der ganzen Länge in Kalkstein erbaut. Beim Bau hat man den Stollen durchschnittlich 8 Meter in 24 Stunden vortreiben können: ein Rekord, der alle bisherigen Leistungen im amerikanischen Tunnelbau übertrifft. Dem Stollen folgte unmittelbar der Vollausbau. Durch einen Bandförderer

× Die Stadt Montreal liegt auf einer Insel im Lorenzstrom, am Abhang des 240 Meter hohen Mount Royal. Die canadische Nordbahn besaß bisher keinen Bahnhof im Innern der Stadt und baute deshalb einen 5 Kilometer langen Tunnel durch den Mount Royal, um sich einen Zugang zur Innenstadt zu verschaffen. Der Endbahnhof liegt dicht am östlichen Tunnelende in rund 15 Meter Tiefe unter der Straßenebene, in unmittelbarer Nähe der Hauptgeschäftsstraße. Im Anschluß an den Bahnhof ist eine Hochbahn zur Verbindung mit dem Hafen geplant, in deren Zug ein hochliegender Güterbahnhof angelegt werden soll. Dem Fernverkehr dienen elektrische Lokomotiven von je 72 Tonnen Betriebsgewicht, dem Vorortverkehr Triebwagen mit 70 Sitzplätzen und 45 Tonnen Betriebsgewicht. Zum Betrieb wird Gleichstrom von 2400 Volt verwendet. Der Strom soll durch Oberleitung mit Kettenaufhängung zugeführt werden, weil das Klima Leitschienen außerhalb des Tunnels verbietet. Der Tunnel ist 2gleisig und fast auf der ganzen Länge in Kalkstein erbaut. Beim Bau hat man den Stollen durchschnittlich 8 Meter in 24 Stunden vortreiben können: ein Rekord, der alle bisherigen Leistungen im amerikanischen Tunnelbau übertrifft. Dem Stollen folgte unmittelbar der Vollausbau. Durch einen Bandförderer

wurden die Ausbruchsmassen vom Ort bis zur Verladestelle gebracht. Die letzten 500 Meter auf der Stadtseite mußten in weichem Ton erbohrt werden. Man wählte hierzu eine Bauweise mit Schildvortrieb. Es wurden 2 Stollen neben einander vorgetrieben und in jedem auf der äußeren Seite das Widerlager für das Gewölbe aufgeführt. Zwischen beiden Stollen wurden in 70 Meter Abstand eiserne Pfosten aufgestellt. Dann wurden die beiden oberen Tunnelhälften mit einem gemeinsamen Schild ausgeführt, der sich auf die beiden Widerlager und die Pfosten stützte. Der Zwischenraum zwischen den Pfosten wurde ebenfalls ausgemauert, so daß der Tunnel an diesem Ende aus 2 getrennten Teilen besteht.

× Gleislose Bahnen × Die bisher nur für Gleichstrombetrieb eingerichteten gleislosen Bahnen (siehe diese Rundschau, 1913, 2. Band, pag. 949 f.) erhalten durch die Ausrüstung der aus einer Oberleitung gespeisten Motorwagen mit Wechselstrommotoren eine wesentlich erweiterte Verwendungsmöglichkeit. Ein solcher Wagen von Max Schiemann & Co. ist 1912 auf der Elektrotechnischen Ausstellung in Leipzig vorgeführt und auf einer 2 Kilometer langen Versuchsstrecke in Wurzen erprobt worden. Der 3,6 Tonnen schwere, 6 Meter lange und 1,8 Meter breite Wagen enthält 14 Sitz- und 10 Stehplätze. Der Antrieb erfolgt durch einen Einphasenkollektormotor, der bei 1000 Volt Klemmspannung, 50 Perioden und 1200 Umläufen in der Minute 15 Pferdestärken leistet. Mittels Bürstenverschiebung, die vom Führerstand aus durch Kettenübertragung betätigt wird, kann die Geschwindigkeit des Wagens zwischen 8 und 22 Kilometer für die Stunde eingestellt und die Fahrtrichtung umgekehrt werden. Durch Umkehren der Drehrichtung des Motors mittels Bürstenverschiebung kann auch gebremst werden, wozu unter gewöhnlichen Verhältnissen eine Fußbremse dient.

× Kriegspublikationen × Einen Kriegs atlas der Gegenwart gibt die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand heraus; sein Preis beträgt 2 Kronen. In einem 1. Teil werden die wichtigsten statistischen Übersichten über Volk, Land und Wirtschaft zusammen-

gestellt, in einem 2. Teil 19 Karten der verschiedenen Kriegsschauplätze gegeben, in einem 3. ein Ortsverzeichnis und ein Kriegskalender. So dankenswert und grundsätzlich gut angelegt das Büchlein auch ist, leidet es doch an zwei Mängeln, die der Kritiker nicht verschweigen darf, nämlich an zu kleinem Maßstab und im Kriegskalender an Unvollständigkeit. Andere wohlfeile Kriegskarten, die sich seit langem auf dem Markt befinden, haben erheblich größeren Maßstab. Die Unvollständigkeit erstreckt sich auf die feindlichen Erfolge. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor diese zu verschweigen; es wäre doch ganz verkehrt zu glauben, daß der Leser in seiner Zuversicht etwa herabgestimmt werden könnte. Ein Atlas darf weder unvollständig noch unobjektiv sein. Von diesen Ausstellungen abgesehen, kann dieser Kriegs atlas aber durchaus empfohlen werden.

× Kurze Chronik Die Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahnen ist ein gutes Stück vorwärts gekommen. Im Oktober und November 1915 sind die Strecken Niedersalzbrunn-Freiburg und Niedersalzbrunn-Gottesberg polizeilich abgenommen worden. Es handelt sich hier um eine Strecke, die wegen starker Steigungen und vieler Krümmungen als überaus schwierig für den elektrischen Betrieb anzusehen ist. × Die Berliner Omnibusgesellschaft will ihren Teilstreckentarif von 5 auf 7½ Pfennig erhöhen. Diese Erhöhung soll nur das Vorspiel einer allgemeinen Fahrpreiserhöhung im gesamten Berliner Stadtverkehr bilden, obgleich bei den anderen Unternehmungen (Straßenbahn, Hoch- und U-Bahn) keineswegs eine wirtschaftliche Notlage besteht wie bei den Omnibussen. × Vergleichende Luftuntersuchungen der Pariser U-Bahnlinien durch den Pariser Gesundheitsrat haben ergeben, daß die Luft in den Tunneln der Stadtlinie (Métropolitain) bedeutend schlechter ist als in der Nordsüdbahn. Die Hauptursache bilden die Schienen, die bei der Stadtlinie aus weicherm Stahl bestehen und sich infolgedessen beim Bremsen stärker abnutzen. Dazu kommt, daß die Wagen der Stadtlinie gußeiserne Bremschuhe ohne Belag, diejenigen der Nordsüdbahn dagegen Bremschuhe mit Teerasbestbelag haben.